

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium des Innern  
Staatliche Archivverwaltung

Nur für den Dienstgebrauch

Rahmendokumentationsprofil  
der staatlichen Archive der DDR für den Zeitraum  
1945 - 1981

Potsdam 1984



Erarbeitet von der Zentralen Bewertungskommission der  
Staatlichen Archivverwaltung unter Nutzung von Zuarbeiten  
der Staatsarchive Potsdam und Magdeburg:

E. Brachmann-Teubner, Dr. L. Enders, H. S. Gold, Dr. U. Heß,  
S. Peters, Dr. H. Thieme.

Gutachter: Prof. Dr. sc. S. Prokop (Humboldt-Universität zu  
Berlin).

Redaktionsschluß: 26. Mai 1983

- 3 -

# Inhaltsverzeichnis

|                                                                                | <u>Seite</u> |
|--------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| Einleitung                                                                     | 5            |
| Synoptische Tabelle                                                            | 9            |
| 1. Entwicklung der antifaschistisch-demokra-<br>tischen Umwälzung, 1945 - 1949 | 11           |
| 2. Aufbau der Grundlagen der sozialistischen<br>Gesellschaft, 1949 - 1961      | 43           |
| 3. Umfassender Aufbau des Sozialismus,<br>1961 - 1970                          | 81           |
| 4. Gestaltung der entwickelten sozialistischen<br>Gesellschaft, 1971 - 1981    | 109          |
| Abkürzungsverzeichnis                                                          | 138          |

Ag.: 106/197/83

Druck: Zentralstelle für Reprographie

II 1998/501 G  
Archivschule  
Marburg ✓



### Einleitung

Das Dokumentationsprofil (DP) kennzeichnet als Hilfsmittel für die positive Wertauslese die wesentlichen Anforderungen an den Inhalt der zu archivierenden Quellen aus dem Zuständigkeitsbereich eines Archivs für einen konkreten Zeitraum unter der Beachtung der Dialektik von Allgemeinem und Besonderem. Es ist deshalb die inhaltlich-konzeptionelle Grundlage für die Bewertung und Bestandsergänzung. Das DP enthält diejenigen gesellschaftlichen Tatsachen, die wegen ihrer Bedeutung mit Archivgut zu dokumentieren sind, und stellt damit eine objektivierbare Vorgabe für die Bewertung dar.

Das DP ist zugleich Vorgabe und Regulativ für die Bewertung der Registraturbildner. Es bestimmt die Strategie in der Rangfolge und Intensität der Zusammenarbeit mit den Registraturbildnern entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und der Aussagekraft ihres Schriftgutes. Im Prozeß der Bestandsergänzung dient das DP der Kontrolle der vollständigen Dokumentierung relevanter, historischer Tatsachen und erforderlichenfalls der Schließung von Dokumentationslücken durch zielgerichtete Ermittlung weiterer Quellen.

Das DP ist ein Hilfsmittel für die inhaltliche Abstimmung zwischen den Endarchiven verschiedener Archivfonds sowie innerhalb eines Archivfonds unter Berücksichtigung der territorialen und institutionellen Zuständigkeit und unter Beachtung der Grundsätze für die Archivierung von Dokumenten mit sich wiederholendem Inhalt. Ferner ermöglicht das DP eine gezielte Abstimmung der Quellensicherung mit anderen historisch orientierten Dokumentationseinrichtungen (Bibliotheken, Museen). Das gilt einerseits für die Erfassung, Bewertung und Übernahme bestimmter Dokumente und Bestände, z. B. Sammlungsgut, Nachlässe, andererseits für die Dokumentation bestimmter historischer Tatsachen mit spezifischen historischen Quellen der jeweiligen Institutionen. Darüber hinaus ist das DP ein Bewertungshilfsmittel für die Vorbereitung und Durchführung von Arbeiten an Beständen im Endarchiv, vor allem für die Einstufung der Bestände in Wertgruppen,



für die Erschließung und für die Auswertung.

Das vorliegende Rahmendokumentationsprofil (RDP) umfaßt die Gesamtheit wichtiger gesellschaftlicher Sachverhalte historischen Charakters, die sich im Schriftgut staatlicher Organe, Betriebe und Einrichtungen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit niederschlagen und deshalb durch die Bestände des STAFO zu dokumentieren sind. Das RDP ist aus praktischen Gründen auf die Gesellschaftsformation Sozialismus begrenzt, die hinsichtlich der Bestandsergänzung für die staatlichen Archive im Vordergrund steht. Es ist gemäß der Periodisierung der Geschichte der DDR in vier Abschnitte gegliedert, innerhalb dieser einheitlich nach 14 gesellschaftlichen Bereichen. Jedem dieser Abschnitte sind unter der Überschrift "Grundtendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung" Ausführungen zu den den jeweiligen Zeitraum bestimmenden Prozessen vorangestellt. In das RDP sind aus der Geschichte der Parteien und Massenorganisationen, jeweils in der ersten Untergruppe der vier Abschnitte (s. 14, 45, 83 und 111), wichtige historische Tatsachen aufgenommen worden, die für die in den Beständen des STAFO zu dokumentierende gesellschaftliche Entwicklung von grundlegender Bedeutung sind. Damit wird darauf orientiert, die Wechselwirkung zwischen der Partei der Arbeiterklasse sowie den ihr befreundeten Parteien und den Massenorganisationen einerseits und der Tätigkeit des Staats- und Wirtschaftsapparates andererseits in dem Maße zu dokumentieren, wie sie sich in den staatlichen Beständen widerspiegelt. Das gilt namentlich für die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft. Die Dokumentierung der Geschichte der SED, der anderen Parteien und Massenorganisationen dagegen stützt sich auf das in deren Tätigkeit erwachsene Archivgut und ist Aufgabe des Archivwesens dieser Organisationen. Das RDP faßt jeweils die historischen Tatsachen, Ereignisse und Prozesse unter allgemeineren Fragestellungen zusammen, die für die Entwicklung der Geschichte der DDR bestimmend sind und damit auch für die Geschichte der einzelnen Territorien der DDR. Dazu gehören:

- Die Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse;

- die wachsende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei;
- die Entfaltung des bewußten Kampfes der Volksmassen unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse beim Aufbau und bei der weiteren Gestaltung des Sozialismus sowie der Bündnispolitik der Klassen und Schichten;
- die wachsende Bedeutung des sozialistischen Staates als Machtinstrument der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten beim sozialistischen Aufbau sowie die Entfaltung des demokratischen Zentralismus und der sozialistischen Demokratie;
- das Auftreten, die Abwehr und die Ausschaltung antisozialistischer Elemente und hemmender Faktoren beim Aufbau und bei der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung;
- die wirtschaftliche Entwicklung in allen ihren Zweigen einschließlich der Außenwirtschaft unter Hervorhebung der für den Zuständigkeitsbereich des betreffenden Archivs spezifischen Bereiche;
- die Steigerung der sozialpolitischen Leistungen einschließlich der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen;
- die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens einschließlich des Bildungswesens;
- die Dialektik von internationaler und nationaler Entwicklung, die Entfaltung des proletarischen Internationalismus; internationale Beziehungen und Außenwirtschaft.

Das RDP ist im Zusammenhang mit den anderen Bewertungshilfsmitteln schöpferisch anzuwenden. Die einzelnen Endarchive konkretisieren bzw. ergänzen die allgemeinen Vorgaben des RDP gemäß dem territorialen Profil ihres Sprengels und den Besonderheiten in der historischen Entwicklung der materiellen und nichtmateriellen Bereiche in dem Maße, wie es für die Bewertung des Schriftgutes und die Feststellung ihrer Dokumentationsfähigkeit als inhaltliche Vorgabe notwendig ist.

Als Grundlagen und Hilfsmittel für die Ergänzung des RDP durch die Endarchive der verschiedenen Ebenen dienen die Direktiven der SED für den Fünfjahrplan sowie die entsprechenden territorialen Planungs- und Abrechnungsdokumente, die Statistischen Jahrbücher der DDR



und der Bezirke und Kreise sowie Archivgut komplexen Inhalts wie Jahresberichte und -analysen, Ratsprotokolle u. a. Das DP bedarf der fortschreitenden Ergänzung und Aktualisierung, um sowohl rückwirkend wie auch für die Gegenwart anwendbar zu sein.

Synoptische Tabelle

|                                                   | 1945-49 | 1949-61 | 1961-70 | 1971-81 |
|---------------------------------------------------|---------|---------|---------|---------|
| Grundtendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung | 11      | 43      | 81      | 109     |
| 1. Politische Organisation der Gesellschaft       | 14      | 45      | 83      | 111     |
| 1.1. Parteien und Massenorganisationen            | 14      | 45      | 83      | 111     |
| 1.2. Massenbewegungen                             | 20      | 47      | 84      | 114     |
| 1.3. Staatsorgane                                 | 23      | 48      | 85      | 115     |
| 2. Schutz von Staat und Gesellschaft              | 26      | 49      | 86      | 117     |
| 2.1. Sicherheit und Verteidigung                  | 26      | 49      | 86      | 117     |
| 2.2. Kontrolle                                    | 26      | 51      | 87      | 118     |
| 2.3. Justiz                                       | 27      | 51      | 87      | 118     |
| 3. Industrie und Bauwesen                         | 28      | 53      | 87      | 119     |
| 4. Handwerk und Dienstleistungen                  | 31      | 61      | 91      | 123     |
| 5. Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft      | 31      | 61      | 92      | 123     |
| 6. Umweltschutz und Wasserwirtschaft              | 33      | 64      | 95      | 126     |
| 7. Binnen- und Außenhandel                        | 34      | 64      | 96      | 127     |
| 8. Verkehr, Post- und Fernmeldewesen              | 34      | 65      | 96      | 129     |
| 9. Finanzen und Preise                            | 35      | 66      | 97      | 130     |
| 10. Bildung und Erziehung                         | 36      | 67      | 98      | 130     |
| 11. Kultur                                        | 38      | 69      | 100     | 131     |
| 12. Jugendpolitik, Körperkultur und Sport         | -       | 73      | 102     | 134     |
| 13. Sozialpolitik und Gesundheitswesen            | 39      | 74      | 104     | 134     |
| 14. Außenpolitik und internationale Verbindungen  | 40      | 75      | 106     | 136     |



1. Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung  
1945 - 1949

Grundtendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung

Befreiung Deutschlands vom Faschismus durch die Rote Armee und ihre Verbündeten in der Anti-Hitlerkoalition. Besetzung des Gebietes der sowjetischen Besatzungszone im Mai bzw. Juli 1945 (Thüringen, Teile von Sachsen, von Sachsen-Anhalt, von Mecklenburg). Zerschlagung der entscheidenden Machtorgane des faschistischen Staates.

Bildung der sowjetischen Militäradministration (SMAD) als Teil einer alliierten Militärverwaltung Deutschlands für die Ausübung der obersten Regierungsgewalt in der sowjetischen Besatzungszone (Juni 1945). Aufnahme der Tätigkeit eines Alliierten Kontrollrates für die Ausübung der obersten Gewalt in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten sowie einer Alliierten Militärkommandantur für Berlin (Juli 1945, Beendigung der Zusammenarbeit 1948). Festlegung der Ziele und Prinzipien für die demokratische Neugestaltung Deutschlands durch die 4 Siegermächte im Potsdamer Abkommen (Juli/Aug. 1945).

Sofortmaßnahmen der Roten Armee, deutscher Antifaschisten und Aktivisten der ersten Stunde zur Überwindung der unmittelbaren Kriegsfolgen, zur Normalisierung und Ingangsetzung der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens. Politisch-staatliche Führung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung durch die revolutionäre Arbeiterklasse in Zusammenarbeit und mit Unterstützung der SMAD. Aktionsprogramm der KPD für den Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands (Juni 1945).

Revolutionäre Umwälzung der Produktionsverhältnisse und des geistig-kulturellen und politischen Überbaus zugleich in Übereinstimmung mit den Deutschlandbeschlüssen der Hauptmächte der Anti-Hitlerkoalition, als ein Beitrag zur konsequenten Erfüllung des Potsdamer Abkommens. Kadermäßige Säuberung und Erneuerung der staatlichen Organe (Einsatz von Antifaschisten und Demokraten; Entnazifizierung). Beseitigung der ökonomischen und politischen Grundlagen von Faschismus, Militarismus und Imperialismus in



einem mehrstufigen, antifaschistisch-demokratische und in immer stärkerem Maße sozialistische Elemente verbindenden einheitlichen revolutionären Prozeß: demokratische Bodenreform, Entmachtung von Großgrundbesitz und Monopolkapital in Landwirtschaft, Industrie, Finanz- und Bankwesen, Handel, Bauwesen und Verkehr. Herausbildung von 3 Sektoren der Wirtschaft (der neue volkseigene Sektor, der privatkapitalistische sowie der der einfachen Warenproduktion).

Schaffung der Grundlagen für eine tiefgreifende geistige Erneuerung. Schulreform zur Brechung des Bildungsmonopols und Verwirklichung demokratischer Bildungsziele. Ausrottung der Naziideologie, Auseinandersetzung mit Faschismus und Krieg in Kunst und Literatur und Anknüpfung an die progressiven Traditionen des kulturellen Erbes. Propagierung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse und der Kultur der Sowjetunion. Wege zur Herausbildung einer neuen Intelligenz als Bündnispartner der Arbeiterklasse.

Schutz der demokratischen Errungenschaften gegen Anschläge der entmachteten Klassen und äußerer Feinde durch die demokratische Justiz und neu aufgebaute Sicherheits- und Kontrollorgane.

Entstehung neuer Klassen- und Machtverhältnisse als Voraussetzung bzw. Folge der revolutionären Veränderungen. Verwirklichung der ideologischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse durch Gründung der SED und zunehmende Durchsetzung ihrer wachsenden Führungsrolle. Sicherung der entscheidenden Positionen in den bestimmenden Staats- und Wirtschaftsorganen. Entstehung einheitlicher Gewerkschaften. Herausbildung der antifaschistischen Demokratie, unmittelbare Einbeziehung von Werktätigen in die staatliche Machtausübung und in die Leitung und Planung der Wirtschaft. Heranreifen eines neuen Klassenbewußtseins der Arbeiter durch die Erziehungsarbeit der Partei und auf der Grundlage der neuen Eigentumsverhältnisse: neue Einstellung zur Arbeit, Aktivistenbewegung. Entwicklung der Arbeiterklasse von einer ehemals unterdrückten zur Hegemonie ausübenden Klasse.

Herstellung enger Bündnisbeziehungen der Arbeiterklasse zu den werktätigen Bauern als Hauptbündnispartner der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Einbeziehung der fortschrittlichen Kräfte des Bürgertums in den demokratischen Neuaufbau, vor allem durch Zusammenarbeit im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen.

Zusammenarbeit des Staates und der Kirchen bei der Linderung der durch den Krieg verursachten Not. Hilfeleistungen der Kirchen und Freikirchen (Methodisten, Baptisten).

Weitgehende Westorientierung der Kirchenleitungen bei entschiedenem Willen vieler Christen zur Zusammenarbeit mit Atheisten (besonders Marxisten) in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Endgültige Durchsetzung der Trennung von Staat und Kirche und damit auch von Schule und Kirche. Übernahme des Religionsunterrichts durch die Religionsgemeinschaften für die Kinder ihrer Gläubigen. Ausnahme des kirchlichen Grundbesitzes (ca. 50 Großbetriebe) bei der Demokratischen Bodenreform.

Staatliche Unterstützung bei der Schaffung der materiellen Voraussetzungen für den Aufbau der acht jüdischen Kultusgemeinden in der Sowjetischen Besatzungszone.

Kampf gegen Hunger, Arbeits- und Obdachlosigkeit; schrittweise Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Aufnahme von Umsiedlern und Bombengeschädigten in Flüchtlingslagern und Massenquartieren. Eingliederung der Umsiedler in die Gesellschaft. Fürsorge für Bombengeschädigte und Kriegsoffer. Beginn der Durchsetzung grundlegender sozialpolitischer Ziele der Arbeiterbewegung, v. a. des Rechtes auf Arbeit, des Prinzips des gleichen Lohns für gleiche Arbeit, der Gleichberechtigung der Frauen; Jugendförderung. Beginn des Kampfes der SED gegen die imperialistische Besatzungspolitik in den Westzonen und in den Westsektoren Berlins.

Auslösung und Führung einer nationalen Volksbewegung durch die SED für den Abschluß eines Friedensvertrages, die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, gegen das Wiederentstehen des deutschen Imperialismus und gegen die Spaltung Deutschlands. Eindeutige Orientierung der SED auf die UdSSR und die volksdemo-



kratischen Staaten Europas als Grundlage für sich entwickelnde außenpolitische und außenwirtschaftliche Beziehungen.

### 1.1. Politische Organisation der Gesellschaft

#### 1.1.1. Parteien und Massenorganisationen

##### Antifaschistisch-demokratische Parteien

Zulassung antifaschistisch-demokratischer Parteien durch die SMAD (Befehl Nr. 2, Juni 1945).

Schaffung eines Bündnisses aller Antifaschisten auf Initiative des ZK der KPD und des Zentralausschusses der SPD durch Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien (Zentraler Blockausschuß; sich bildende Blockausschüsse auf Provinzial- und Länderebene, in Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden). Einheitliches Handeln durch Beschlußfassung nach dem Prinzip der Einstimmigkeit.

Durchsetzung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse, Unterstützung der progressiven Kräfte in den bürgerlichen Parteien in den Auseinandersetzungen mit reaktionären Politikern. Erweiterung des Blocks in der Folgezeit durch neue Parteien und demokratische Massenorganisationen (Juli 1945 ff.).

##### Parteien der Arbeiterklasse

Heraustreten der kommunistischen Organisationen aus der Illegalität. Entsendung von Initiativgruppen des ZK der KPD aus der Sowjetunion, Zusammenarbeit mit den Stäben der Roten Armee bei der Normalisierung des Lebens, Vorbereitung des Wiederaufbaus legaler Parteiorganisationen, Aufnahme von Verbindungen zu Sozialdemokraten und bürgerlichen Hitlergegnern (Frühjahr 1945).

Aufbau von Parteiorganisationen der KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone unter Leitung bzw. maßgeblichem Einfluß des ZK der KPD bzw. des Zentralausschusses der SPD (ZA) in Berlin (Juni 1945 ff.).

Veröffentlichung programmatischer Richtlinien und Ziele der Arbeiterparteien (Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni; Aufruf des ZA der SPD vom 15. Juni).

Fortsetzung der im Widerstandskampf begonnenen Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten in Form gemeinsamer Arbeit in Aktionskomitees, Verwaltungsorganen, beim Aufbau der Gewerkschafts-, Frauen-, Jugendorganisationen.

Abschluß eines Aktionsabkommens zwischen ZK der KPD und ZA der SPD, Bildung eines gemeinsamen Aktionsausschusses. Bildung von Aktionsausschüssen in den Ländern und Provinzen, Kreisen und Gemeinden (Juni 1945 ff.).

Vorbereitung des ideologischen und organisatorischen Zusammenschlusses von KPD und SPD zu einer einheitlichen revolutionären Partei der Arbeiterklasse in einer Reihe von Konferenzen und Parteitag.

Forderung nach Vereinigung in den Reihen der Mitglieder der Arbeiterparteien in gemeinsamen Kundgebungen, Versammlungen, durch Belegschaften von Betrieben. Auseinandersetzung mit den von rechten SPD-Führern der Westzonen und Westberlins unterstützten Gegnern der Vereinigung (Ende 1945/Anfang 1946).

Vereinigung von KPD und SPD in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone von unten nach oben. Konstituierung der Betriebs-, Orts-, Kreis- und Landesorganisationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Spaltung der Berliner SPD-Organisationen durch einen Westberliner Parteitag (März/Apr. 1946).

Vereinigungsparteitag von KPD und SPD in Berlin. Gründung der SED. Beschluß der Grundsätze und Ziele und des Statuts der SED (21./22. Apr. 1946).

Formierung der SED zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei. Weiterführung des ideologischen Klärungsprozesses durch Aneignung des Leninismus und der Erfahrungen der KPdSU durch die gesamte Partei (1946 ff.).

Aufbau eines einheitlichen Schulungssystems für alle Mitglieder (Mai 1946).



Beratung und Beschlußfassung der strategischen Konzeption bei der Weiterentwicklung von Partei und Gesellschaft auf den Parteitagen, Parteikonferenzen (Jan. 1947 Kulturkonferenz, Sept. 1947 II. Parteitag, Juli 1948 Staatspolitische Konferenz in Werder, Jan. 1949 1. Parteikonferenz) und den Tagungen des Parteivorstandes (1947 - 1949).

#### Bürgerlich-demokratische Parteien

Formierung bürgerlicher Parteigruppierungen christlich-demokratischer bzw. liberaldemokratischer Prägung auf örtlicher Ebene mit unterschiedlicher Bezeichnung, Programmatik (Juni 1945).

Gründung der Christlich-Demokratischen Union in Berlin als Vertretung religiös gebundener Teile der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums, der Arbeiterklasse (Juni 1945).

Gründung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands in Berlin als Vertretung von Angestellten, Intellektuellen, Handwerkern und Gewerbetreibenden, mittleren und kleinen Unternehmern (Juli 1945).

Eingliederung der selbständigen örtlichen Parteigründungen in eine zonale Organisation.

Differenzierungsprozeß in beiden Parteien. Bekenntnis zu antifaschistisch-demokratischen Forderungen bei Beibehaltung bürgerlicher Konzeptionen (u. a. bürgerlicher Parlamentarismus, Privateigentum an den Produktionsmitteln). Unterstützung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung durch die Masse der vorwiegend dem Kleinbürgertum entstammenden Mitglieder gegen den Widerstand konservativer bzw. reaktionärer Kräfte (Bodenreform, Enteignung des Monopolkapitals, Schulreform, Volkskongreßbewegung, Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse). Mitbegründer des demokratischen Blocks (Juli 1945). Durchsetzung des dominierenden Einflusses der progressiven Kräfte mit Unterstützung durch die Partei der Arbeiterklasse (1945 - 1949).

Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (Apr. 1948).

Gründung der National-Demokratischen Partei Deutschlands zur politischen Aktivierung noch nicht organisierter Handwerker, Einzelhändler, Angestellter, Teile der Intelligenz, von ehemaligen Angehörigen der NSDAP, Berufssoldaten (Mai 1948). Aufnahme der NDPD und DBD in den Demokratischen Block (Aug./Sept. 1948).

#### Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

Bildung erster Betriebsräte und Gewerkschaftskomitees, vor allem durch Kommunisten und Sozialdemokraten. Mitwirkung bei der Beseitigung der Kriegsschäden, der Wiederaufnahme der Produktion, der Säuberung der Betriebe von aktiven Nazis und Kriegsverbrechern. (Sommer 1945 ff.).

Bildung eines Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses in Berlin aus Vertretern aller 1933 verbotenen Gewerkschaften zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit.

Vereinigung zahlreicher Werktätiger in den Betrieben der sowjetischen Besatzungszone zu einheitlichen Klassengewerkschaften (Industrie- bzw. Branchengewerkschaften) unter bestimmendem Einfluß von Funktionären der Arbeiterparteien (Juni 1945).

Abschluß der Herausbildung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation. Vereinigung der bisherigen BGL und Betriebsräte zu BGL. Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes durch die 1. Allgemeine Delegiertenkonferenz der Gewerkschaften der Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone in Berlin, I. Bundeskongreß des FDGB (Febr. 1946).

II. Bundeskongreß. Veröffentlichung eines 9-Punkteprogramms zur Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Beschlüsse zur Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik (Apr. 1947).

FDGB-Konferenz in Bitterfeld. Beschluß der gewerkschaftlichen Hauptaufgaben, u. a. Förderung der Aktivistenbewegung, Einführung des Leistungslohnes. Bestätigung der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) als alleiniges Vertretungsorgan der Belegschaften (Nov. 1948).

Aufnahme des FDGB in den Weltgewerkschaftsbund (WGB) (1949).



### Freie Deutsche Jugend

Bildung antifaschistischer Jugendausschüsse auf Initiative der KPD bei Verwaltungsorganen der sowjetischen Besatzungszone. Zusammenarbeit von Jugendfunktionären der Arbeiterbewegung mit Vertretern früherer bürgerlicher Jugendverbände. Aufklärende Tätigkeit der Jugendausschüsse zur Überwindung der faschistischen Ideologie, zur Gewinnung der Jugend für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau. (Juli 1945 ff.)

Gründung der Freien Deutschen Jugend in der sowjetischen Besatzungszone durch den Zentralen Antifa-Jugendausschuß als einheitliche Jugendorganisation (März 1946). Kampf um die Zulassung der FDJ in Berlin bis Okt. 1947.

I. Parlament der FDJ in Brandenburg. Verkündung der Grundrechte der jungen Generation (Juni 1946).

Gründung der Organisation der Jungen Pioniere auf Beschluß des Zentralrats der FDJ (Dez. 1948).

Aufnahme in den Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ), (1948).

Mitgliedschaft der FDJ im Internationalen Studentenbund (1949).

### Demokratischer Frauenbund Deutschlands

Entstehung erster antifaschistischer Frauenausschüsse bei Verwaltungsorganen der sowjetischen Besatzungszone. Zusammenarbeit fortschrittlicher Frauen verschiedener sozialer Herkunft und unterschiedlicher politischer Überzeugungen für die Einbeziehung der Frauen in den demokratischen Neuaufbau und die Durchsetzung der Gleichberechtigung. Soziale Tätigkeit u. a. bei der Betreuung von Umsiedlern, Ausgebombten, elternlosen Kindern (Juli/Aug. 1945).

Gründungskongreß des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD), (März 1947).

Aufnahme des DFD in die Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF), (Dez. 1948).

### Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Einrichtung von Häusern der Kultur der Sowjetunion in Berlin und anderen Städten (Febr. 1947).

Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion (Juni 1947).

Umbildung in Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) auf dem 2. Kongreß. Verbreitung von Informationen über die politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung der UdSSR, Vermittlung von Begegnungen mit sowjetischen Künstlern (Juli 1949).

### Kulturbund

Gründung des Kulturbundes zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands durch antifaschistische Persönlichkeiten des geistig-kulturellen Lebens (Aug. 1945).

Beginn vielfältiger Aktivitäten zur Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie, zur Pflege des humanistischen Kulturerbes, zur Gewinnung von Angehörigen der Intelligenz für den demokratischen Neuaufbau (Juli/Aug. 1945).

### Volkssolidarität

Entfaltung einer breiten Solidaritätsbewegung, Organisation nationaler Solidaritätsaktionen ("Rettet die Kinder", "Thüringenaktion gegen Not") und Herausbildung der Volkssolidarität als Massenorganisation zur freiwilligen solidarischen Hilfe. Bildung von Ortsgruppen, Klubs, Treffpunkten. Materielle und kulturelle Betreuung älterer und hilfsbedürftiger Bürger.

### Domowina

Erneuerung der nationalen Organisation der Sorben "Domowina" auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Sammlung von Angehörigen der sorbischen Minderheit zur Durchsetzung ihrer nationalen Gleichberechtigung und zur Pflege ihres Kulturerbes und ihrer Sprache (Mai 1945).



### Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) als Organisation antifaschistischer Widerstandskämpfer und aus rassischen oder religiösen Gründen Verfolgter (Febr. 1947). Kampf gegen das Wiederaufleben von Militarismus und Nazismus, Wahrung der Interessen der Verfolgten oder ihrer Hinterbliebenen.

### Helmut von Gerlach-Gesellschaft

Gründung der Helmut von Gerlach-Gesellschaft zur Vermittlung von Kenntnissen über Volkspolen und zur Förderung der deutsch-polnischen Freundschaft (Aug. 1948).

### Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

Gründung von Ausschüssen der gegenseitigen Bauernhilfe durch Klein- und Mittelbauern im Zusammenhang mit der Bodenreform. Übernahme von Teilen des durch die Bodenreform enteigneten Inventars sowie von Molkereien, Werkstätten und anderen Einrichtungen. Bildung erster Ausleihstationen oder Maschinenhöfe als Vorgänger späterer Maschinenausleihstationen (MAS). Förderung der Entwicklung der Neubauernwirtschaften sowie der Zusammenarbeit unter den werktätigen Bauern, Zurückdrängung reaktionärer Einflüsse im Dorf (Herbst 1945).

Bildung von Kreisausschüssen, Landesverbänden, eines Zonenausschusses (Mai 1946).

Abschluß der Herausbildung einer einheitlichen demokratischen Massenorganisation der Bauern mit dem 1. Deutschen Bauerntag in Berlin. Gründung der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) und Wahl eines Hauptausschusses (Nov. 1947).

### 1.1.2. Massenbewegungen

#### Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung

Anfänge der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung zur Erhöhung der Arbeitsmoral und Steigerung der Arbeitsproduktivität als Voraussetzung für die Behebung der außergewöhnlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Jahres 1947 in allen gesellschaftlichen Bereichen (Aufrufe von SED und FDGB, Apr. 1947, SMAD-Befehl

Nr. 234, Okt. 1947).

Aufbaueinsätze von der FDJ geführter Jugendlicher in Betrieben und Gemeinden. Herausbildung neuer Formen der Jungaktivistenbewegung: Stoßbrigaden, Jugendaktive (Jan./Apr. 1947).

Wettbewerb der SAG-Betriebe in Hettstedt, Magdeburg, Thale. Beginn der Aneignung von Erfahrungen der sowjetischen Arbeiterklasse (Apr./Okt. 1947).

Weiterentwicklung der Wettbewerbsbewegung mit dem Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung (1948).

Sonderschicht des Bergmanns im Zwickauer Steinkohlenrevier Adolf Hennecke mit Normerfüllung von 387 % (Okt. 1948). Rasche Ausbreitung der Aktivistenbewegung.

Auftreten von Henneckeaktivisten in allen Industriezweigen und volkseigenen Betrieben. Teilnahme ganzer Belegschaften am Wettbewerb. Einführung neuer fortschrittlicher Normen auf der Grundlage verbesserter Arbeitsmethoden und einer besseren Organisation der Produktion (Dez. 1948 ff.).

Förderung der Aktivistenbewegung durch Beschlüsse des FDGB (Bitterfelder Konferenz, Nov. 1948) und der SED (1. Parteikonferenz, Jan. 1949).

Erzielung hoher Ergebnisse in der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in den Zementwerken (Febr./März 1949).

Entwicklung zur Massenbewegung. Anstieg der innerbetrieblichen Wettbewerbe. Auslösung der Bewegung der Qualitätsbrigaden durch Luise Ermisch, Kleiderwerke Halle (1. Halbjahr 1949).

### Volkskongressbewegung

Kampf der demokratischen Kräfte Deutschlands unter Führung der SED für die Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates (1946 - 1949).

Vorlage eines Verfassungsentwurfs für eine deutsche demokratische Republik durch die SED (Nov. 1946).



Verstärkte Anstrengungen der SED und der mit ihr verbündeten politischen Kräfte gegen die sich abzeichnenden Pläne der Westmächte zur Spaltung Deutschlands und zur Einbeziehung eines westdeutschen Staates in das imperialistische Bündnissystem (Ablehnung sowjetischer Vorschläge für die Bildung zentraler deutscher Verwaltungsorgane, für die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen, für den Abschluß eines Friedensvertrages auf den Außenministerkonferenzen in Moskau und London, März/Apr. bzw. Nov./Dez. 1947; Vorbereitung der Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan).

Unterstützung der antiimperialistischen Volksbewegung in den Westzonen durch das Auftreten führender Repräsentanten der SED auf Großveranstaltungen und Konferenzen in Westdeutschland. Bemühungen des FDGB um Herstellung einer Einheitsfront der Gewerkschaften in ganz Deutschland auf den Interzonenkonferenzen. Vorschläge der Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone zur Bildung zentraler deutscher Verwaltungen auf der Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in München (Juni 1947).

1. Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden in Berlin. Forderung der aus allen Zonen und aus unterschiedlichen politischen und sozialen Gruppierungen stammenden Delegierten nach Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen deutschen demokratischen Staat (Dez. 1947).

Durchführung von Volkskongreßkonferenzen in Betrieben, Gemeinden, Kreisen und Ländern in der sowjetischen Besatzungszone, Wahl von Volksausschüssen (Dez. 1947 - März 1948).

Erfolgreiche Durchführung eines Volksbegehrens für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands in ganz Deutschland (Mai/Juni 1948).

Ausweitung der Volkskongreßbewegung zu einer umfassenden antiimperialistischen nationalen Bewegung des deutschen Volkes gegen die fortschreitenden Vorbereitungen der westdeutschen Staatsbildung (Empfehlungen der Londoner Konferenz der Westmächte zur Bildung eines westdeutschen Separatstaates, Febr./Juni 1948; Entstehung wesentlicher Organe in Strukturformen für einen westdeutschen Staat; Durchführung einer separaten Währungsreform in

den Westzonen und Westsektoren, Spaltung Berlins, Juni/Nov. 1948; Ausarbeitung eines Grundgesetzes, Sept. 1948/Mai 1949; erfolglose Beratung der Außenminister der Siegermächte über die Einheit Deutschlands und einen Friedensvertrag in Paris, Mai/Juni 1949). Aufnahme von Verbindungen zu westdeutschen Gemeinden und Organisationen, Organisierung einer breiten Diskussion über den vom Deutschen Volksrat im Oktober 1948 verabschiedeten Entwurf einer Verfassung, Organisierung freiwilliger Aufbaueinsätze für den Wiederaufbau zerstörter Betriebe (Mitte 1948/1949).

3. Deutscher Volkskongreß mit Delegierten aller Besatzungszonen in Berlin. Annahme der vom Deutschen Volksrat im März beschlossenen Verfassung einer deutschen demokratischen Republik. Neuwahl des Deutschen Volksrates. Übernahme von Funktionen einer zentralen Volksvertretung (Mai 1949).

Beschluß des Deutschen Volksrates zur Weiterentwicklung der Volkskongreßbewegung in eine alle nationalgesinnten Deutschen zusammenschließende Nationale Front des demokratischen Deutschlands (Juli 1949).

Forderung hunderttausender Werktätiger auf Massenversammlungen in der sowjetischen Besatzungszone nach Bildung einer wahrhaft demokratischen deutschen Regierung (Ende Sept./Anfang Okt. 1949).

#### 1.1.3. Staatsorgane

##### Volksvertretungen

Bildung beratender Körperschaften aus Vertretern der Parteien und Massenorganisationen und mit weiteren Persönlichkeiten bei den Verwaltungen der Länder, Kreise, Städte und Gemeinden (Mitte 1946). Erste demokratische Wahlen zu Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen, Kreis- und Landtagen (Sept./Okt. 1946).

Erfolglose Versuche reaktionärer Kreise in CDU und LDP bei Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Sprengung des demokratischen Blocks. Sicherung des bestimmenden Einflusses der Vertreter der Arbeiterklasse in allen Länderparlamenten und der Mehrzahl der anderen Volksvertretungen (Sept./Okt. 1946).

Sprengung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Berlin durch imperialistische Besatzungsmächte, reaktionäre bürgerliche Politiker und rechte sozialdemokratische Führer. Erringung der Mehrheit durch SPD, CDU, LDP in der Berliner Stadtverordneten-



Versammlung (Sept. 1946).

Übernahme des Gesetzgebungsrechts durch die Landtage (Ende 1946).

Annahme demokratischer Verfassungen durch die Länderparlamente. Ausarbeitung und Einführung demokratischer Kreis- und Gemeindeordnungen. Durchsetzung einer weitgehenden Einheitlichkeit von Gesetzgebung und Rechtsauffassung in den Ländern durch die SED in Auseinandersetzung mit reaktionären Kräften. (Ende 1946/Anfang 1947)

Bildung von Volkskongreß und Volksrat, s. Massenbewegungen (1947-1949).

#### Staatsapparat

Bildung antifaschistischer Aktionskomitees in einer Reihe von Orten unmittelbar vor der Befreiung unter führender Beteiligung von Kommunisten und Sozialdemokraten: Beendigung der Kampfhandlungen, Verhinderung der Zerstörung von Industrie- und Versorgungsanlagen, Beseitigung der faschistischen Verwaltung, Bildung neuer demokratischer Verwaltungen und Aktive. (Frühjahr 1945)

Aufbau demokratischer Verwaltungsorgane durch die sowjetischen Orts- und Kreiskommandanturen. Übertragung der Verantwortung als Gemeindevorsteher, Bürgermeister, Landräte an deutsche Antifaschisten unter entscheidender Berücksichtigung von Mitgliedern der Arbeiterparteien. (Mai 1945 ff.)

Schaffung antifaschistisch-demokratischer Staatsorgane auf allen Verwaltungsebenen; personaler Neuaufbau der öffentlichen Verwaltung, verbunden mit einer Säuberung von NSDAP-Mitgliedern.

Bildung von Landes- und Provinzialverwaltungen der Länder Sachsen, Mecklenburg, Thüringen und der Provinzen (ab 1947 Länder) Brandenburg und Sachsen-Anhalt aus Vertretern aller Parteien und parteilosen Antifaschisten (Juli 1945).

Bildung Deutscher Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone für Industrie, Brennstoffindustrie, Landwirtschaft, Finanzen, Arbeit und Sozialfürsorge, Gesundheitswesen, Volksbildung, Justiz, Verkehrswesen, Nachrichtenwesen, Handel und Versorgung, in der Folgezeit für Inneres, für Umsiedlungsfragen, für

Interzonen- und Außenhandel. Zweigspezifische Leitungs- und Koordinierungsfunktionen unter Kontrolle und zur Beratung der SMAD (Juli 1945 ff.).

Festigung der neuen Staatsorgane im Prozeß der Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Maßnahmen (Bodenreform, Entmachtung des Monopolkapitals u. a.).

Wachsende Einbeziehung der Werktätigen, vor allem der Arbeiter, in die Arbeit der Verwaltung (z. B. Bodenreform-Sequesterkommissionen, Kontrollausschüsse, Schöffen usw.), (Juli 1945).

Übertragung des Rechts zum Erlaß von Gesetzen und Verordnungen mit Gesetzeskraft an die Landes- und Provinzialverwaltungen durch die SMAD (Okt. 1945).

Bildung von Regierungen der Länder und Provinzen auf Grund der Wahlen vom Oktober 1946. Übernahme der entscheidenden Machtpositionen durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Fortbestehender reaktionärer Einfluß durch einen Teil der bürgerlichen Politiker, vor allem auf den Gebieten von Finanzen, Handel, Justiz (Dez. 1946).

Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) für die sowjetische Besatzungszone aus den Präsidenten der für die wirtschaftliche Entwicklung verantwortlichen Zentralverwaltungen und den Vorsitzenden des FDGB und der VdGB. Beratung der SMAD, Koordinierung der Arbeit der Zentralverwaltungen und der Länderregierungen. Vorbereitung einer einheitlichen Wirtschaftsplanung (Juni 1947).

Neukonstituierung der DWK. Erweiterung ihres Plenums im November, Ausbildung zu einem politisch-repräsentativen Organ der sowjetischen Besatzungszone durch ihre Zusammensetzung aus Mitgliedern der Länderparlamente, Vertretern der Parteien und Massenorganisationen und den Präsidenten der Zentralverwaltungen. Gewährleistung der einheitlichen Leitung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung durch die Wahrnehmung zentralstaatlicher gesetzgeberischer Befugnisse. (März/Nov. 1948)



Bildung eines neuen demokratischen Magistrats für den demokratischen Sektor von Berlin nach Zerstörung der einheitlichen Berliner Stadtverwaltung durch die reaktionäre bisherige Magistratsmehrheit (Nov. 1948).

## 1.2. Schutz von Staat und Gesellschaft

### 1.2.1. Sicherheit

Entstehung einheitlich aufgebauter demokratischer Polizeiorgane bis zur Länder- und Provinzebene unter der Führung bewährter Antifaschisten. Kampf gegen typische Kriminalitätsformen der Nachkriegszeit (1945 ff.).

Bildung der Grenzpolizei zur Abwehr von Störaktionen aus den Westzonen bzw. Westsektoren Berlins (Nov. 1946).

Bildung einer einheitlichen zentralen Polizeiverwaltung. Unterstellung der Volkspolizei unter die Deutsche Verwaltung des Inneren. Aufbau bewaffneter Bereitschaften der Volkspolizei (1948).

### 1.2.2. Kontrolle

Entstehung von Ausschüssen für Volkskontrolle in den Betrieben, Gemeinden, Städten und Kreisen unter Beteiligung der Parteien und Massenorganisationen zur Bekämpfung von Wirtschaftssabotage (1946/1947).

Ausbau des Systems der Volkskontrolle beim Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung: Bildung einer Zentralen Kontrollkommission bei der DWK, von Kontrollkommissionen der Länder und von Kontrollbeauftragten der Kreise. Eingliederung der Volkskontrollausschüsse und der Kontrolleinrichtungen in den Verwaltungen in das Kontrollsystem der staatlichen Kontrolle. Konzentrierung der Tätigkeit der Kontrollorgane auf die Sicherung der Erfüllung des Zweijahrplanes (1948 ff.).

## 1.2.3. Justiz

Beginn der Entnazifizierung des Justizwesens mit unterschiedlicher Intensität in Berlin und in den einzelnen Ländern und Provinzen (Mai 1945 ff.).

Einleitung einer grundlegenden Reform des Justizwesens durch die Deutsche Zentralverwaltung für Justiz auf Anordnung der SMAD; Herstellung einer einheitlichen Gerichtsorganisation durch Wiederherstellung des Standes vor dem 1. Jan. 1933 (Amts-, Land-, Oberlandesgerichte, Arbeitsgerichte). Entfernung aller Mitglieder der NSDAP, Besetzung der Schlüsselpositionen mit bewährten Antifaschisten. (Sept. 1945 - 1946).

Einrichtung von Lehrgängen für die Ausbildung von Volksrichtern und Staatsanwälten (Richterschulen), (Ende 1945/Anfang 1946).

Beginn der Ahndung faschistischer Verbrechen durch deutsche Gerichte. Konsequente Verfolgung von Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und von Kriegsverbrechen auf der Grundlage des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 (Dez. 1945) bzw. des SMAD-Befehls 201 (16. Aug. 1947). Erweiterung der Zuständigkeit der Kleinen und Großen Strafkammern für Verfahren gegen Kriegs- und Naziverbrecher und Stärkung der Stellung der Untersuchungsorgane.

Sicherung der sich entwickelnden antifaschistisch-demokratischen Ordnung, insbesondere des Volkseigentums und der Volkswirtschaft mit den Mitteln des Strafrechts. Bestrafung von Schiebern, Spekulanten, Saboteuren auf der Grundlage von Gesetzen und Anordnungen der deutschen Organe bzw. von SMAD-Befehlen (1945 - 1949).

Vertiefung der Demokratisierung der Justiz unter Führung der SED in ständiger Auseinandersetzung mit restaurativen Kräften im Justizwesen, in den Regierungen und Parlamenten: Kampf gegen zögerndes Vorgehen von Gerichten gegen Wirtschaftsverbrecher, gegen ungenügende Unterstützung der Maßnahmen zur Entmachtung des Großgrundbesitzes und Monopolkapitals.

Auseinandersetzung mit bürgerlichen Rechtstheorien in den Justizverwaltungen und Parlamenten einzelner Länder.



Ausarbeitung der Prinzipien und Festlegung der Aufgaben für die Weiterführung des Demokratisierungsprozesses durch die 1. Juristenkonferenz der SED (März 1947), den Ausschuß für Rechtsfragen beim ZK der SED (Jan. 1948), die Juristenkonferenzen der Zentralverwaltung für Justiz (Juni, Nov. 1948), die Juristentage der Länder (1948), den Ausschuß des deutschen Volksrats für Recht und Rechtspflege (Sept. 1948).

### 1.3. Industrie und Bauwesen

Wiederaufnahme der Produktion und Umstellung auf die Friedenswirtschaft durch Aktivisten der ersten Stunde (Mai 1945) ff.).

Beschlagnahme des Eigentums des faschistischen Staates, der NSDAP, aktiver Nazis und Kriegsverbrecher (Befehle der SMAD Nr. 124, 126).

Bildung von Sequesterkommissionen auf zentraler, Landes- und örtlicher Ebene aus Vertretern der Verwaltungsorgane, der Parteien und Massenorganisationen.

Mobilisierung der Belegschaften und Organisierung der Arbeiterkontrolle durch Arbeiterparteien, Betriebsräte, Gewerkschaften gegen Versuche von Vertretern des Monopolkapitals in den Betrieben und Verwaltungen, diese Maßnahmen zu hintertreiben.

Herauslösung der Betriebe der sowjetischen Besatzungszone aus den Konzernen, Entfernung von Konzernvertretern aus leitenden Positionen, Ersetzung durch Treuhänder aus den Reihen der Arbeiter und durch andere fortschrittliche Werktätige (Okt. 1945 ff.).

Wirtschaftskonferenz der SED in Berlin. Beschluß der Richtlinien der Wirtschaftspolitik in der sowjetischen Besatzungszone. Forderung nach planmäßiger Nutzung des entstandenen Volkseigentums an Produktionsmitteln durch die Staatsorgane bei entscheidender Mitwirkung der Gewerkschaften. (Dez. 1945/Jan. 1946)

Übergabe konfiszierten und sequestrierten Eigentums durch die SMAD in Besitz und Nutznießung der deutschen Verwaltung mit Ausnahme des ausländischen Vermögens und der zur Demontage vorgesehenen Betriebe (Mai 1946 ff.).

Forderung eines Volksentscheids über die entschädigungslose Enteignung der Betriebe der Nazis und Kriegsverbrecher durch den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien des Landes Sachsen und den FDGB bei der Landesverwaltung.

Bildung gemeinsamer Ausschüsse aus Vertretern der Blockparteien und der Belegschaften zur Entscheidung über die einzelnen Enteignungen. Vorbereitung des Volksentscheids durch Aufklärungsaktionen von SED, demokratischen Massenorganisationen, progressiven Teilen der bürgerlichen Parteien (Mai 1946).

Volksentscheid in Sachsen. Entscheidung der Mehrheit der Teilnehmenden für entschädigungslose Enteignung der Betriebe der aktiven Nazis und Kriegsverbrecher (Juni 1946).

Enteignung der Betriebe von aktiven Nazis und Kriegsverbrechern in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone. Entwicklung des Volkseigentums in der Industrie vor allem in Form landeseigener Betriebe (Juli/Aug. 1946 ff.).

Demontage von bisherigen Rüstungsbetrieben, Gleisanlagen, sonstigen technischen und industriellen Ausrüstungen als Wiedergutmachungsleistung. Umstellung von ca. 200 ehemaligen, zur Demontage vorgesehenen Rüstungsbetrieben auf Friedensproduktion, Umwandlung in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG). Zusammenarbeit sowjetischer Spezialisten mit deutschen Arbeitern und Vertretern der Intelligenz (1946 ff.).

Beschleunigter Aufbau des Uranbergbaus (SAG Wismut), (1946 ff.).

Gefährdung des wirtschaftlichen Aufbaus durch extreme Witterungsverhältnisse: Einstellung der Produktion zahlreicher Betriebe wegen Kohle- und Rohstoffknappheit.

Entscheidende Hilfe der SU bei Überwindung der Schwierigkeiten: Lieferung von Rohstoffen, Einstellung der Demontagen, Herabsetzung der Reparationen aus der laufenden Produktion, Übergabe von 75 SAG-Betrieben in Volkseigentum (Winter 1946/1947).



Allmähliche Stabilisierung des volkseigenen Sektors der Wirtschaft. Anfänge einer zentralen Wirtschaftsplanung durch die D.M.K. Steigerung der Industrieproduktion gegenüber 1946 um 11 %. Erzielung entscheidender Fortschritte in der Braunkohlen- und Eisenerzförderung und der Energieproduktion. (1947).

Weiterer Ausbau des volkseigenen Sektors: Überführung aller bergbaulichen Unternehmungen und Bodenschätze in das Eigentum der Länder (Mai/Juni 1947).

Ausarbeitung wirtschaftspolitischer Grundsätze und Ziele für den Neuaufbau aus eigener Kraft auf der Grundlage einer Übererfüllung der Pläne, Steigerung der Arbeitsproduktivität und einer weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen (II. Parteitag der SED, Sept. 1947; Maßnahmenplan zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, Befehl 234, Okt. 1947).

Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung. Einführung eines Wirtschaftsplanes für das 2. Halbjahr 1948. Beschluß eines Zweijahresplanes für 1949/1950 (11. Tagung des ZK der SED, Juni 1948).

Konzentrierung des wirtschaftlichen Aufbaus auf den Maschinenbau, die Grundstoffindustrie, die Anlagen- und Hüttenindustrie, den Kraftwerksbau.

Beginn der Wiederherstellung bzw. des Ausbaus der Stahlwerke Henningsdorf und Riesa, der Maxhütte Unterwellenborn, des Kupferwerkes Ilseburg, des Stickstoffwerkes Piesteritz, der Kraftwerke Böhlen, Espenhain und Zschornowitz. Abschluß der Sequestrierungen. Auflösung der Sequesterkommission (März 1948). Erklärung des Volkseigentums als unantastbar (SMAD-Befehl Nr. 64); Schaffung von Schutzorganen (Ämter zum Schutz des Volkseigentums).

Zusammenfassung der wichtigsten VEB in zonale Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) mit Unterstellung unter die entsprechenden Hauptverwaltungen der D.M.K.

Bildung analoger VVB in den Ländern, Vereinigung der übrigen VEB in Kommunalwirtschaftsunternehmungen (KWU) der Kreise, Städte und Gemeinden (1948).

Beschluß der Grundsätze einer neuen Wirtschaftspolitik für die Durchführung des Zweijahresplans. Einleitung von Maßnahmen zur Sicherstellung der Überlegenheit des volkseigenen Sektors im ökonomischen Wettbewerb mit dem kapitalistischen Sektor durch die 1. Parteikonferenz der SED (Jan. 1949). Erhöhung der Produktion und Arbeitsproduktivität im Hüttenwesen, im Bergbau, in der Energieerzeugung.

Einbeziehung des privaten Sektors in die Volkswirtschaft vor allem durch vertragliche Vereinbarungen zwischen volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten Betrieben.

#### 1.4. Handwerk und Dienstleistungen

Errichtung von Handwerkskammern zur Förderung der Produktion (Juni 1946).

Verstärkte Bildung von Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften des Handwerks (1948).

Einbeziehung privater Handwerksbetriebe in die staatliche Wirtschaftsplanung durch ein Vertragssystem mit dem volkseigenen Sektor der Wirtschaft (1949).

#### 1.5. Land- und Forstwirtschaft

Forderung der KPD nach einer demokratischen Bodenreform und Aufhebung der faschistischen Zwangswirtschaft.

Einigung der Führungen von KPD und SPD auf die Grundsätze einer revolutionären Umgestaltung der Landwirtschaft.

Aufhebung der Totalablieferungspflicht, Einführung einer Teilablieferungspflicht zur Stimulierung der Produktionssteigerung.



Hilfe der städtischen Bevölkerung, vor allem der Arbeiter, bei der verlustlosen Einbringung der Ernte. Beginn der Aufklärungsarbeit der Arbeiterparteien zur Überzeugung breiter Bevölkerungskreise von der Notwendigkeit einer neuen Landwirtschaftspolitik.

Aufnahme der Forderung "Junkerland in Bauernhand" durch eine wachsende Zahl werktätiger Bauern und Landarbeiter, Durchführung von Bauernkonferenzen (Sommer 1945).

Erlaß von Verordnungen zur Durchführung einer demokratischen Bodenreform in den Ländern und Provinzen und ihre Durchführung in einer breiten Massenaktion. Unterstützung der Landbevölkerung durch klassenbewußte Arbeiter und die neuen Staatsorgane, insbesondere die Deutsche Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, Wahl von Bodenreformkommissionen aus Industrie- und Landarbeitern, Kleinbauern, Umsiedlern.

Differenzierte Einstellung der bürgerlichen Parteien zur Bodenreform, Überwindung des Widerstandes reaktionärer Politiker durch die fortschrittlichen Kräfte in CDU und LDP mit Hilfe der Arbeiterparteien. Brechung des Widerstandes von Großgrundbesitzern und ihres Anhangs mit Hilfe der Staatsorgane und der SMAD. Enteignung und Aufteilung des Großgrundbesitzes über 100 ha und des Grundbesitzes von Nazis und Kriegsverbrechern.

Entstehung von ca. 200 000 Neubauernstellen, Erweiterung der Wirtschaften von ca. 125 000 landarmen Bauern und Kleinpächtern. Schaffung eines gesellschaftlichen Eigentums an Grund und Boden durch Übergabe von ca. 1/3 des Bodenfonds an staatliche und kommunale Organe oder Einrichtungen der gegenseitigen Bauernhilfe - materielle Basis später entstehender volkseigener Güter (VEG) und Maschinen-Ausleihstationen.

Maßgebliche Unterstützung der Bodenreform durch die SMAD: Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für eine Kredithilfe an Neubauern sowie die Bereitstellung von Baumaterial, Einleitung von Maßnahmen zur Bereitstellung von Vieh- und Saatgut gemeinsam mit den demokratischen Parteien und Staatsorganen, Übergabe von Flugplätzen und Truppenübungsplätzen an den Bodenfonds (Sept. 1945).

Erweiterung des Bodenfonds bzw. Erhöhung des Volkseigentums in Land- und Forstwirtschaft um weitere 525 000 bzw. 250 000 ha (1946 - 1949).

Sicherung der durch extreme Kälte, Hochwasserschäden im Oder- und Elbegebiet sowie durch Dürre gefährdeten landwirtschaftlichen Produktion durch erhöhte Anstrengungen der werktätigen Bauern, durch Hilfe der Sowjetarmee und der Arbeiterklasse.

Übernahme der Patenschaft von volkseigenen Betrieben über einzelne Neubauernwirtschaften oder ganze Dörfer, Aufstellung von Reparatur- und Erntebrigaden.

Bekämpfung des durch die wirtschaftliche Notlage anwachsenden Spekulantentums durch Ernährungsausschüsse (1947).

Beginn des verstärkten Baus von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden für Neubauern (Neubauernbauprogramm, SMAD-Befehl 209).

Ausbau der Maschinenausleihstationen. Verstärkte Ausstattung mit Traktoren und Landmaschinen, zum großen Teil aus Lieferungen der Sowjetunion. Umwandlung der MAS in gemischt staatlich-genossenschaftliche Betriebe (März 1949).

Zusammenfassung der bisher der VdgB oder den ländlichen Genossenschaften unterstellten MAS, Maschinenhöfe und Reparaturwerkstätten in einer Zentralen Verwaltung der MAS. Bau erster Kulturhäuser bei den MAS.

Förderung des Aufbaues volkseigener Güter und ihrer Entwicklung zu Mustergütern. Bildung von Vereinigungen Volkseigener Güter (VVG) und der Vereinigung Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VVEAB). Einschränkung des kapitalistischen Landhandels durch die VEG. (1948/1949)

#### 1.6. Umweltschutz und Wasserwirtschaft

Wiederherstellung zerstörter Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung u. a. Fertigstellung des Baus der Talsperre Cranzahl.



Beginn eines planmäßigen Gewässerausbaus, insbesondere zum Schutz vor Hochwasserkatastrophen (1947 ff.).

#### 1.7. Binnen-und Außenhandel

Beginn des Neuaufbaus der Konsumgenossenschaften (Dez. 1945).

Erste Leipziger Messe nach dem Kriege (Mai 1946).

Bekämpfung von Erscheinungsformen des "Schwarzen Marktes".

Entstehung eines volkseigenen Einzelhandels durch Gründung einer staatlichen Handelsorganisation (HO), (1948).

Beginn des Aufbaus eines staatlichen Großhandels. Schrittweise Beseitigung des Monopols des kapitalistischen Großhandels (1949).

Beginn der Herstellung neuer Außenhandelsbeziehungen: Erster Warenaustausch mit der UdSSR, Abschluß von Handelsabkommen mit Polen, Bulgarien, Holland, der Schweiz durch die SMAD für die sowjetische Besatzungszone (1947).

Abschluß von Handelsabkommen mit den meisten europäischen sozialistischen Ländern zur außenwirtschaftlichen Vorbereitung und Sicherung der zentralen Wirtschaftsplanung (2. Halbjahr 1948).

Übertragung der Vollmacht zum Abschluß selbständiger Import- und Exportverträge durch die SMAD an die deutschen Wirtschaftsorgane (Aug. 1948).

Bildung spezieller deutscher Außenhandelsunternehmen (Mitte 1949).

#### 1.8. Verkehr, Post und Fernmeldewesen

Übernahme der Leitung des gesamten Verkehrswesens in den ersten Monaten nach Kriegsende durch die SMAD sowie eines Teiles der Transportfunktion bei lebenswichtigen Versorgungsgütern durch die Rote Armee (1945).

Beseitigung der Trümmer in den Verkehrseinrichtungen, schrittweise Instandsetzung der Fahrzeuge und der Verkehrswege und Häfen. Nutzung des privaten Fuhrparks für staatliche Vorhaben (Autotransportgemeinschaften).

Einbeziehung von Teilen der Verkehrseinrichtungen in die Reparationen (1945 ff.).

Einheitliche Betriebsführung der Eisenbahn durch Zusammenfassung der zweigspezifischen Ämter zu Einheitsämtern (1946).

Entstehung eines volkseigenen Sektors im öffentlichen Kraftverkehr und in der Binnenschifffahrt durch Übernahme enteigneter Betriebe und Reedereien in die Verwaltung der Länder (1946).

Beginn des Aufbaus des Verkehrsnetzes entsprechend den Anforderungen der geänderten Verkehrsströme, den Bedürfnissen der neuen Schwerpunkte des wirtschaftlichen Aufbaues, den politischen Erfordernissen (Umgestaltung des Verkehrsnetzes im Berliner Raum). Beginn des Wieder- und Neuaufbaus von Werftanlagen in den Küstenstädten (1947 - 1949)

Beseitigung der Kriegsschäden an Post- und Fernmeldeeinrichtungen. Neuaufbau eines Netzes (1945 ff.).

#### 1.9. Finanzen und Preise

Schließung der kapitalistischen Großbanken und Versicherungen. Bildung landeseigener und kommunaler Finanz- und Kreditinstitute sowie Versicherungsanstalten (Juli/Aug. 1945)

Gründung von Emissions- und Girobanken in den Ländern (1947) und einer zentralen Deutschen Emissions- und Girobank (1948).

Weitere Stabilisierung der Wirtschaft durch die Währungsreform (Juni 1948) und eine Neuordnung des Bank- und Kreditwesens. Nationalisierung der 1945 geschlossenen Großbanken. Beginn des Aufbaus eines zentralisierten Banksystems und eines einheitlichen Kreditwesens: Umwandlung der Deutschen Emissions- und Girobank in die Deutsche Notenbank. Gründung der Deutschen Investitionsbank als



zentrales Kreditinstitut (1948)

Durchführung einer grundlegenden Steuerreform gegen den Widerstand kapitalistischer Interessenvertretung in Länderregierungen und Verwaltungen. Einschränkung der Möglichkeiten zur Bereicherung für kapitalistische Unternehmer (1948/1949).

#### 1.10. Bildung und Erziehung

##### Volksbildung

Schaffung der Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Unterrichts durch die neu gebildeten demokratischen Schulverwaltungen. Wiederherrichtung von Gebäuden und Unterrichtsräumen, Entfernung von NSDAP-Mitgliedern aus den Lehrkörpern (Sommer 1945).

Wiederaufnahme des Unterrichts an den meisten allgemeinbildenden Schulen der sowjetischen Besatzungszone (Okt. 1945).

Aufruf des ZK der KPD und des Zentralausschusses der SPD zur demokratischen Schulreform (Okt. 1945).

Gewinnung und Ausbildung von jungen Arbeitern, Bauern, Angestellten mit Hilfe der Parteien und Massenorganisationen für den Einsatz als Neulehrer, Entwicklung zu vollwertigen Pädagogen der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse (1945 ff.).

Wiedereröffnung der Volkshochschulen (1946).

Beratung der Richtlinien zur demokratischen Reform des gesamten Bildungswesens auf der 1. Zentralen Kulturtagung der KPD (Febr. 1946).

Sicherung der demokratischen Schulreform durch die von den Präsidenten der Landes- und Provinzialverwaltungen beschlossenen Gesetze zur Demokratisierung der deutschen Schule. Brechung des Bildungsprivilegs der besitzenden Klassen. Entstehung der demokratischen staatlichen Einheitsschule als einzige Form der schulischen Bildung und Erziehung (Mai/Juni 1946).

Erarbeitung der Prinzipien und Ziele der demokratischen Schulreform auf den Pädagogischen Kongressen in Berlin (Aug. 1946) und Leipzig (Aug. 1948) bzw. durch den Parteivorstand der SED (Schulpolitische Richtlinien, Aug. 1948).

Verringerung der Zahl der einklassigen Landschulen durch Errichtung von Zentralschulen (1946/1948).

Wiederaufnahme des Berufsschulunterrichts (1947).

Beginn der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen und der Aneignung der marxistischen Pädagogik (1948 ff.).

##### Hoch- und Fachschulwesen

Auflösung aller pseudowissenschaftlichen Einrichtungen des Nazi-regimes. Entlassung aktiver Nazis aus dem Hochschuldienst. Betrauung humanistischer Wissenschaftler mit dem Neuaufbau des Hochschulwesens (Mai 1945 ff.).

Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit an Universitäten und Hochschulen (Herbst 1945/Frühjahr 1946).

Erste Einrichtung von Vorbereitungskursen und Vorstudienanstalten für befähigte Arbeiter- und Bauernkinder zur Heranbildung einer neuen Intelligenz (Anfang 1946).

Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, nachfolgend Wiederaufnahme der Tätigkeit der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig und der Deutschen Akademie der Naturforscher (Leopoldina) in Halle (Aug. 1946).

Eröffnung der Deutschen Verwaltungsakademie in Forst Zinna zur Ausbildung von Arbeitern, Bauern und anderen Werktätigen für leitende Funktionen in Staat, Wirtschaft und Justiz (Okt. 1948).

Einführung des Marxismus-Leninismus als Lehrfach an allen Universitäten (Herbst 1948).



Ausbau der Vorstudienanstalten. Beginn ihrer Umwandlung in Arbeiter- und Bauernfakultäten (ABF). (1949).

Einleitung einer Reihe von Maßnahmen zur Entwicklung von Wissenschaft und Kultur und zur Verbesserung der Lage der Intelligenz durch die DWK: Wiederherstellungsarbeiten an Universitäten und Hochschulen, Reorganisation der Akademie der Wissenschaften, Bildung einer Akademie der Künste (März 1949 ff.).

#### 1.11. Kultur

Maßgebende Hilfe der Roten Armee, insbesondere der Informationsabteilung der SMAD (Oberst Tulpanow) und der Kultur- und Bildungs-offiziere bei der geistig-kulturellen Erneuerung. Rettung von durch Kriegsfolgen gefährdeten Kunstschatzen, Maßnahmen zur Überwindung der faschistischen Ideologie und zur Neubelebung des Kulturlebens, Vermittlung der Erfahrungen des kulturellen Aufbaus in der UdSSR (Mai 1945 ff.).

Erste Instandsetzungsarbeiten und Wiedereröffnung der Theater, Museen, Bibliotheken und anderer Kulturstätten (Mai 1945 ff.).

Beginn der Tätigkeit der demokratischen Presse und des Rundfunks (Mai 1945 ff.).

Begründung des demokratischen Verlagswesens (KPD-Verlag "Neuer Weg", SPD-Verlag "Vorwärts", ab 1946 vereinigt zum Dietz-Verlag, Aufbauverlag, Zentraler Schulbuchverlag "Volk und Wissen", SMA-Verlag). (Juli 1945 ff.).

1. Zentrale Kulturtagung der KPD. Vorlage des Kulturprogramms der Partei (Febr. 1946).

Gründung der Deutschen Film AG (DEFA). Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit, Gestaltung von Problemen der Arbeiterklasse in Filmen. (Mai 1946 ff.)

Überführung der Lichtspieltheater in Volkseigentum (1947/1948).

Gründung der Schallplatten GmbH "Lied der Zeit" durch Ernst Busch (1946).

Rückkehr zahlreicher emigrierter deutscher antifaschistischer Künstler in die sowjetische Besatzungszone (1946 - 1948).

1. Kunstaussstellung: "Allgemeine deutsche Kunstaussstellung" in Dresden (Aug. - Okt. 1946).

Erster gesamtdeutscher Schriftstellerkongreß in Berlin (Okt. 1947).

Weitere Entwicklung des kulturpolitischen Programms der SED, Beginn der Propagierung der Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus unter Kulturschaffenden und Wissenschaftlern, verstärkte Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen der imperialistischen Kultur als Ergebnis der Kulturkonferenz und des 1. Kulturtages der SED (Jan. 1947, Mai 1948).

Beginn der systematischen Aneignung des humanistischen Erbes der Weltkultur durch die Werktätigen. Würdigung des Werkes Goethes anlässlich seines 200. Geburtstages in Presse, Rundfunk, Theater und durch Buchveröffentlichungen unter breiter Teilnahme weiter Bevölkerungskreise. Werbende und vermittelnde Tätigkeit von Kulturobleuten und -kommissionen des FDGB, Bau der ersten Klubhäuser, Einrichtung von Betriebsbibliotheken.

Gründung des Bundes Deutscher Volksbühnen als neue Form der Verbindung von werktätigem Publikum und Theater (1947 ff.).

Erstmalige Verleihung des für hervorragende künstlerische und wissenschaftliche Leistungen gestifteten Nationalpreises (1949).

#### 1.13. Sozialpolitik und Gesundheitswesen

Bekämpfung der unmittelbaren Kriegsfolgen im Gesundheitswesen unter Anleitung und Hilfe des Gesundheitsdienstes der Roten Armee: Schwerpunkt Seuchenschutz in den Großstädten (1945).

Formulierung der Grundsätze einer demokratischen Sozialpolitik auf dem 1. FDGB-Kongreß (Febr. 1946) bzw. durch die sozialpolitischen Richtlinien der SED (Dez. 1946): Recht auf Arbeit, Sicherung der Arbeitskraft, Einhaltung des Arbeitsschutzes,



Sozialversicherung, Gesundheits-, Sozial-, Familien-, Wohnungs-, Umsiedler- und Heimkehrerfürsorge.

Schrittweise Verwirklichung der Richtlinien, u. a. Aufbau eines einheitlichen Systems der Sozialversicherung, Wiederaufnahme der Rentenzahlungen, Bildung von Arbeitsämtern, Arbeitsschutzämtern, Arbeitsschutz- und Sozialkommissionen, Wohnungsämtern, Wohnungsausschüssen.

Aufbau eines demokratischen Gesundheitswesens: Überführung der meisten Krankenhäuser, Heilstätten und Kuranstalten in Eigentum der Länder bzw. der Gemeinden. Entstehung eines Netzes von öffentlichen Polikliniken und Ambulatorien. Aus- und Neubau medizinischer Einrichtungen, insbesondere für die Bekämpfung von Volkskrankheiten.

Beginn des Aufbaus einer umfassenden prophylaktischen Betreuung, Impfaktionen, Errichtung von Fürsorgestellen für gefährdete Personenkreise.

Beginn des Aufbaus eines Betriebsgesundheitswesens, Entstehung von Sanitätsstellen und Polikliniken in den Betrieben sowie von allgemeinen Polikliniken und Ambulatorien (1946 ff.).

#### 1.14. Außenpolitik und internationale Verbindungen

Vorbereitung einer neuen deutschen Außenpolitik durch die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen der SED und dem FDGB einerseits und den Parteien der Arbeiterklasse bzw. den Massenorganisationen der Werktätigen in den Volksdemokratien (1947 - 1949).

Delegationen der SED in der UdSSR (Jan./Febr. 1947, Mai/Dez. 1948). Meinungsaustausch mit führenden Vertretern der KPdSU über Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus und des Kampfes gegen Restauration und Spaltungspolitik in den Westzonen. (1947 - 1948)

Teilnahme einer Delegation der KPdSU und anderer marxistisch-leninistischer Parteien am II. Parteitag der SED. Abschluß von Vereinbarungen über die Erweiterung der gegenseitigen Beziehungen. Unterstützung durch die KPdSU bei der Aufnahme von Beziehungen zu den volksdemokratischen Ländern (Sept. 1947)

Delegationen der SED in den VR Ungarn, Rumänien, Bulgarien, ČSR (Juni) und Polen und in Österreich (Okt.). Vereinbarungen über die Herstellung fester Wirtschaftsbeziehungen (1948)

1. Delegation des FDGB beim Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften (Nov. 1947).

Aufnahme der demokratischen Massenorganisationen FDJ, DFD, FDGB in die internationalen Organisationen WDDJ, IdFF, WGB (1948/1949).



## 2. Aufbau der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft 1949 - 1961

### Grundtendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung

Beginn der sozialistischen Umgestaltung unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Planmäßiger Aufbau der Grundlagen des Sozialismus (2. Parteikonferenz der SED 1952). Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen entscheidenden Bereichen und Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR.

Staatsgründung im Ergebnis der Volkskongreßbewegung. Übergabe der staatlichen Souveränität von der UdSSR an die DDR. Ausbau der Arbeiter- und Bauernmacht als Form der Diktatur des Proletariats durch Schaffung neuer Machtorgane, Festigung des Demokratischen Blocks, Formierung der Nationalen Front und politisch-territoriale Neugliederung der DDR (Verwaltungsreform 1952). Weiterentwicklung der sozialistischen Staatsmacht und der sozialistischen Demokratie auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus durch Stärkung der Rolle der Volksvertretung im Territorium (Gesetz vom Jan. 1957) und Umorganisation des Staatsapparates (Gesetz vom Febr. 1958).

Durchsetzung der Grundsätze sozialistischer Außenpolitik. Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten. Festigung des Bündnisses und enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten (Warschauer Vertrag, RGW). Kampf um die Einheit Deutschlands, für einen gerechten Frieden und gegen die Remilitarisierung der BRD als Schwerpunkt in der internationalen Klassenauseinandersetzung. Abwehr imperialistischer Störversuche. Niederschlagung des konterrevolutionären Putschversuches im Juni 1953. Kampf gegen Abwerbung von Arbeitskräften und Republikflucht. Paßgesetz 1957 und Sicherung der Staatsgrenze im August 1961.



Beginn der sozialistischen Planwirtschaft und Übergang zu langfristiger Planung. Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse durch Ausbau und Stärkung des volkseigenen Sektors. Politische und ökonomische Maßnahmen zur Stabilisierung der Volkswirtschaft sowie zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen (Neuer Kurs). Orientierung auf den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse durch Aufbau einer umfassenden sozialistischen ökonomischen Basis. Entwicklung neuer Formen zur Einbeziehung des privaten Bereichs von Wirtschaft und Handel (BSB, PGH).

Festigung des Bündnisses mit den werktätigen Bauern. Schaffung materieller Voraussetzungen als Grundlage für die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande. Zusammenschluß der werktätigen Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Beginn der Formierung der Klasse der Genossenschaftsbauern aus Neu-, Alt- und Großbauern, Landhandwerkern, Arbeiter-Bauern, Fischer-Bauern, Land- und Industriearbeitern.

Fortschreiten des Differenzierungsprozesses in der Bourgeoisie, Gewinnung progressiver Teile für den sozialistischen Aufbau.

Entwicklung des Massenwettbewerbs in allen Bereichen der Volkswirtschaft und der sozialistischen Brigadebewegung.

Schaffung der Voraussetzungen für die sozialistische Kulturrevolution durch Verbreitung des Marxismus-Leninismus, Hebung des Bildungs- und Kulturniveaus der Werktätigen und sozialistische Umgestaltung des Bildungswesens. Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz. Breiter Aufschwung des künstlerischen Volksschaffens und Heranführung der Kunstschaffenden an die Zentren der materiellen Produktion (Bitterfelder Weg).

Gewährleistung freier Religionsausübung gemäß Verfassung der DDR von 1949. Gleichberechtigung aller Religionsgemeinschaften untereinander.

III. Deutscher Kirchentag in beiden Teilen Berlins 1951: Erhaltung des Friedens und Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Kirchliche Unterstützung der Friedenspolitik der gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen ("Ruf von Wittenberg" 1950). Stellungnahmen christlicher Kreise gegen die Wiederaufrüstung der BRD und gegen die von dort ausgehende Atomkriegsgefahr.

Differenzierung in der Haltung der Kirchenleitungen gegenüber dem sich entwickelnden Sozialismus unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse. Zunehmendes Verständnis der Religionsgemeinschaften für die Ziele und Aufgaben des Sozialismus und für die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten (Gemeinsame Erklärung vom 21. Juli 1958, Bekenntnis von 5779 christlichen Lehrern zur sozialistischen Schulpolitik 1958).

## 2.1. Politische Organisation der Gesellschaft

### 2.1.1. Parteien und Massenorganisationen

Festigung der Zusammenarbeit im Demokratischen Block. Auseinandersetzung mit den reaktionären Gegnern im Block. (Nov. 1949/Febr. 1950)

Umwandlung der bürgerlichen Parteien in kleinbürgerlich-demokratische Parteien. Verstärkte Einbeziehung der Blockparteien in die Ausarbeitung der Gesellschaftsstrategie in bestimmten, sich ständig festigenden Formen (1958 ff.).

Eigenständiger, schöpferischer Beitrag der Blockparteien zur Errichtung des Sozialismus v. a. durch Entwicklung von Formen zur Einbeziehung der ländlichen und städtischen Mittelschichten. Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei:

#### SED

Erhöhung der Kampfkraft und der führenden Rolle der Partei, Annahme eines neuen Statuts, Einführung des Parteilehrjahres (II. Parteitag der SED, Juli 1950)



Kontrolle der Parteiorganisationen über die Tätigkeit der Betriebsleitungen,  
Erhöhung der Rolle der Produktionsberatungen,  
Orientierung auf den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (2. Parteikonferenz der SED, Juli 1952; 3. Parteikonferenz der SED, März 1956; V. Parteitag der SED, Juli 1958),  
Beschluß über den ersten Fünfjahrplan 1951,  
Konsequente Fortsetzung der Blockpolitik zur weiteren Einbeziehung der Mittelschichten in den sozialistischen Aufbau.

Beschluß zur planmäßigen Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in allen Bereichen der Gesellschaft durch Festigung der sozialistischen Staatsmacht, Organisation der Verteidigung der DDR gegen äußere Feinde, weitere Erfüllung des Fünfjahrplanes und Entwicklung der Planwirtschaft, sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und sozialistische Erziehung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen.

Einleitung von Maßnahmen zur Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie und zur Verbesserung der Tätigkeit der Staatsorgane auf allen Verwaltungsebenen (30. Tagung des ZK der SED, Jan./Febr. 1957).

Orientierung auf Fragen der besonderen Verantwortung der DDR für die Sicherung des Friedens an der Westgrenze.

#### FDGB:

Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus, zur führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse und zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung; Förderung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung (3. FDGB-Kongreß, Aug./Sept. 1950).

Bildung von Frauenausschüssen in Betrieben der Industrie und Landwirtschaft auf Vorschlag der SED (1952 ff.).

Ausbau der Rechte der Gewerkschaften bei der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter u. a.: Rechenschaftslegung der Betriebsleiter in Produktionsberatungen; Weiterbildung der Arbeiter (Verordnung vom 10. Dez. 1953).

Erweiterung der Rechte und Aufgaben der Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben: Betriebskollektivverträge, Vertretung der Arbeiter in arbeitsrechtlichen Fragen, sozialistischer Wettbewerb und Programm zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Frauen und Mädchen (1956).

Größerer Einfluß der Gewerkschaften auf die Ausarbeitung des Planes, Verantwortung der Gewerkschaft für die verstärkte Teilnahme der Werktätigen an der staatlichen und wirtschaftlichen Leitung (35. Tagung des ZK der SED, Febr. 1958).

Mitwirkung der Gewerkschaften bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft (Programm Aug. 1958, Beschluß des Bundesvorstandes Apr. 1960).

#### FDJ:

Deutschlandtreffen Berlin (1950, 1954).

III. Weltfestspiele (1951).

Übernahme der Patenschaft über die Volkspolizei durch die FDJ (1952).

Erklärung der FDJ zu einer sozialistischen Jugendorganisation (16. Tagung des Zentralrates der FDJ, Apr. 1957).

Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus (VI. Parlament der FDJ, Mai 1959).

#### 2.1.2. Massenbewegungen

Umwandlung der Volkskongreßbewegung in die Nationale Front und Neuorganisation der Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden als Ausschüsse der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands (1950).

Wahl des Nationalrates und Annahme des Programms der Nationalen Front: Schaffung von Voraussetzungen für eine demokratische Wiedervereinigung Deutschlands; Abschluß eines Friedensvertrages; Stärkung der DDR; Festigung der Freundschaft mit der SU und den anderen sozialistischen Staaten; Mitwirkung bei der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne (1950).



Weiterentwicklung der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands als Massenbewegung im Kampf für Einheit und gerechten Frieden, gegen atomare Aufrüstung und Remilitarisierung (Stockholmer Appell 1950, sowjetischer Friedensvertragsvorschlag 1952, Bildung des Ausschusses für Deutsche Einheit 1954, Volksbefragung gegen die EVG 1954, Wiener Appell 1955, Rapackiplan 1957, Deutschlandsplan 1959 f, Deutscher Friedensplan 1961 und zur Entfaltung von Masseninitiativen zur politischen und ökonomischen Stärkung der DDR (Beginn des Nationalen Aufbauwerkes 1952, Entwicklung der sozialistischen Demokratie unter der Losung "Plane mit - arbeite mit - regiere mit" ab 1958).

Durchführung von Volksaussprachen und Verpflichtungsbewegungen zu politischen Höhepunkten wie Parteitag, Wahlen u. a.

### 2.1.3. Staatsorgane

Konstituierung des Volksrates zur Provisorischen Volkskammer der DDR; Bildung der Provisorischen Länderkammer; Inkraftsetzung der vom 3. Deutschen Volkskongreß bestätigten Verfassung; Übergabe der Verwaltungsfunktionen an die staatlichen Organe der DDR durch die SMAD; Bildung der sowjetischen Kontrollkommission (SKK); Wahl Wilhelm Piecks zum Präsidenten der DDR; Bildung der provisorischen Regierung der DDR (Okt. 1949).

Verwirklichung wesentlicher Grundsätze der Verfassung durch die Gesetzgebung der Volkskammer: Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft in der Landwirtschaft (7. Dez. 1949); Jugendförderungsgesetz (8. Febr. 1950); Gesetz der Arbeit (19. Apr. 1950); Gesetz für den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau (27. Sept. 1950); Gesetz zum Schutze des Friedens (15. Dez. 1950).

Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen: Gemeinsames Wahlprogramm und gemeinsame Kandidatenliste der Nationalen Front durch den demokratischen Block (30. März 1950); Bildung der Regierung der DDR (Okt. 1950).

Weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe:

Auflösung der 5 Länder und Bildung von 14 Bezirken;

Erhöhung der Zahl der Kreise von 132 auf 217;

Bildung ständiger Kommissionen bei den Bezirks- und Kreistagen unter Einbeziehung der Werktätigen (Gesetz vom 23. Juli 1952).

Auflösung der SKK und Schaffung des Amtes des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland (27. Juli 1953). Übertragung der vollen staatlichen Souveränität durch die UdSSR an die DDR (25. März 1954). Aufhebung der Befehle und Anordnungen der SMAD und der SKK in Deutschland (7. Aug. 1954).

Weitere Festigung der sozialistischen Staatsmacht und Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie durch

Erweiterung der Rechte und Pflichten der Volksvertretungen;

Vervollkommen und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates durch Planung, Koordinierung und Durchführung staatlicher Aufgaben entsprechend dem Prinzip der doppelten Unterstellung;

Auflösung der Industrieministerien und Übertragung der Leitung der Industrie an die SPK;

Bildung von VVB und der Wirtschaftsräte der Bezirke;

Einheit von zentraler staatlicher Planung und Leitung und bewußter Teilnahme der Werktätigen (V. Parteitag der SED, Juli 1956).

Bildung des Forschungsrates der DDR als Organ des Ministerrates zur Festlegung der Schwerpunkte der Forschung und Koordinierung der Forschungskapazitäten (Aug. 1957).

Bildung des Staatsrates der DDR als kollektives Staatsoberhaupt nach dem Tod des Präsidenten Wilhelm Pieck (Sept. 1960).

## 2.2. Schutz von Staat und Gesellschaft

### 2.2.1. Sicherheit und Verteidigung

Wahrnehmung der Souveränitätsrechte der DDR zum Aufbau ihrer Verteidigungskraft durch

Schutz der Staatsgrenzen und des Staatsgebietes der DDR (1950



ff.); Ergänzung des Artikels 5 der Verfassung (26. Sept. 1955);

Übernahme der Kontrollfunktionen an den Grenzkontrollpunkten, Grenzordnung für die Grenze zur BRD;

Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit (8. Febr. 1950);

Umwandlung der Volkspolizeibereitschaften in die Kasernierte Volkspolizei (Juli 1952);

Übernahme der Sicherung der Grenzen der DDR durch die Grenzpolizei (Staatsvertrag zwischen DDR und UdSSR, 1. Dez. 1955);

Schaffung der NVA und des Ministeriums für Nationale Verteidigung; Einbeziehung der NVA in die Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages (Jan. 1956);

Regelung der Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR (Abkommen zwischen den Regierungen der DDR und der UdSSR vom 12. März 1957);

Einführung des Luftschutzes in der DDR (Gesetz vom 11. Febr. 1958);

Bildung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR (10. Febr. 1960).

Maßnahmen zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften gegen wachsende Angriffe des Imperialismus (1953 ff.):

Versuche von imperialistischen Geheimdiensten und Agentengruppen durch Sabotage, ideologische Diversion und Überfälle die Konsolidierung der DDR zu stören;

Bildung von Arbeiterwehren zum Schutz der Produktionsanlagen (Juni 1953); Zerschlagung des konterrevolutionären Putschversuches mit Hilfe der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte; Bildung von Kampfgruppen als bewaffnete Organe der Arbeiterklasse zum Schutze des sozialistischen Staates und der volkseigenen Betriebe unter direkter Führung der SED (seit 1953);

Vereinbarung über eine gemeinsame Friedenspolitik und des gegenseitigen militärischen Beistandes (Warschauer Vertrag; Bildung des Politischen Beratenden Ausschusses und des Vereinten Kommandos der Streitkräfte), (14. Mai 1955).

Appelle der Kampfgruppen und Protestversammlungen der Werktätigen gegen den konterrevolutionären Putsch in der VR Ungarn und gegen die Provokationen reaktionärer Kräfte von Westberlin aus (Okt. 1956).

Sicherung der Staatsgrenze der DDR gegenüber Westberlin am 13. August 1961 (Beschluß des Politischen Beratenden Ausschusses vom März 1961 und Maßnahmen zur Verhinderung einer Aggression und zur Sicherung des Friedens an der Grenze zu Westberlin; Beratung der Ersten Sekretäre der ZK der Kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Moskau, Anfang August 1961).

#### 2.2.2. Kontrolle

Bildung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle (1948).

Kontrollposten der FDJ in den volkseigenen Betrieben, MAB, VEG, staatlichen Verwaltungen (Okt. 1951 ff.).

Auflösung der Volkskontrollausschüsse und Übernahme dieser Funktionen durch die gewerkschaftliche Arbeitorkontrolle, Helfer der Volkspolizei u. a. (Juni 1953 ff.).

Kommissionen für Parteikontrolle (1958 ff.).

#### 2.2.3. Justiz

Neuordnung der Justiz und Organisation der Rechtspflege (1949 ff.) durch:

Bildung des Obersten Gerichts und der Obersten Staatsanwaltschaft (Dez. 1949);



Eröffnung der zentralen Richterschule in Potsdam (1950/51);

Bildung des Staatlichen Vertragsgerichts (6. Dez. 1950);

weiteren Ausbau der Staatsanwaltschaften, u. a. durch Aufsicht über die Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit (Aug. 1951 - Mai 1952);

Aufhebung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung von 1877; Angleichung des Gerichtsaufbaus an den Staatsaufbau: Abschaffung der Schwurgerichte; Festlegungen über Wahl der Schöffen; Errichtung des Staatlichen Notariats und Übertragung aller Aufgaben der "freiwilligen Gerichtsbarkeit" an die örtlichen Staatsorgane, z. B. Register-, Grundbuchwesen, Vormundschaft, Adoption (Okt. 1952);

Bildung von Konfliktkommissionen, Einbeziehung der Werktätigen in die Arbeits- und Zivilrechtssprechung und Erweiterung ihrer Aufgaben und Rechte (Apr. 1953 ff.);

Verbesserung der Tätigkeit der Rechtspflege- und Justizorgane (Zentrale Konferenz des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates, 10. Mai 1956) und Weiterentwicklung des Strafrechts (Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dez. 1957);

Rechenschaftslegung vor den örtlichen Organen und Wahl der Richter der Kreis- und Bezirksgerichte durch die örtlichen Volksvertretungen (Gesetz vom 1. Okt. 1959);

Verordnung über die Tätigkeit der Kreis- und Bezirksarbeitsgerichte (Arbeitsgerichtsordnung) (29. Juni 1961);

Beschluß des Staatsrates über die weitere Entwicklung der sozialistischen Rechtspflege u. a.: bedingte Verurteilung und öffentlicher Tadel (30. Juni 1951).

Entwicklung der sozialistischen Gesetzlichkeit (1949 ff.):

Schutz und Unantastbarkeit des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums (Gesetz vom 2. Okt. 1952, Urteil des Obersten Gerichts, Apr. 1953);

Erarbeitung wichtiger Gesetzeswerke, z. B. Gesetz der Arbeit (19. Apr. 1950);

Ausarbeitung, umfassende Diskussion und Beschlußfassung des Gesetzbuches der Arbeit (1960 ff.).

## 2.3. Industrie und Bauwesen

### Industrie

Leitung, Planung und Organisation der Industrie:

Aufruf zur Verbesserung der Qualität der Produktion; Erhöhung der Arbeitsproduktivität; Senkung der Selbstkosten; strenge Betriebswirtschaftsplanung; Verbesserung der Ausbildung des Facharbeiternachwuchses (Wirtschaftspolitische Konferenz in Leipzig, Nov. 1949);

Erreichung des Vorkriegsstandes der Industrieproduktion durch vorfristige Erfüllung des Zweijahresplanes (Aufruf der SED vom Jan. 1950);

Einführung von Betriebsplänen in der volkseigenen Industrie (ab März 1950);

Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität: Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung; Einführung des allgemeinen Vertragssystems; Kontrolle der volkseigenen Wirtschaft durch die Mark; erhöhte Verantwortung der staatlichen Leiter sowie der Gewerkschaften (6. Tagung des ZK der SED vom Juni 1951); Abschluß von Betriebskollektivverträgen (BKV) in nahezu 5000 volkseigenen Betrieben (Frühjahr 1951);

1. Fünfjahrplan 1951 - 1955 mit der Zielstellung: Beschleunigter Ausbau der metallurgischen Basis, Erweiterung des Schwermaschinenbaus, Schaffung einer Handelsflotte, Verdopplung der Industrieproduktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität, des Volkseinkommens und Erreichung und Überschreitung des Vorkriegslebensstandards; Stärkung des sozialistischen Sektors und Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen;



Maßnahmen zur Politik des "Neuen Kurses" u. a.: Änderung des Planes der Entwicklung der Schwerindustrie zugunsten der Steigerung der Produktion von Nahrungs- und Genußmitteln; Bildung neuer Industrie- und Handelskammern der DDR (Juni - Aug. 1953).

Ausarbeitung der Prinzipien der ökonomischen Politik in der Übergangsperiode: Erhöhung der Wirksamkeit der Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch Erweiterung der wirtschaftlich-operativen Selbständigkeit der Betriebe, konsequente Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, wirksamere Ausnutzung des Wertgesetzes (21. Tagung des ZK der SED, Nov. 1954).

Systematische Förderung von Wissenschaft und Technik zur Erreichung der Weltspitze (24. Tagung des ZK der SED) und Ausarbeitung von Perspektivplänen für Forschung, Technik und Standardisierung (1955 ff.);

2. Fünfjahrplan 1956 - 1960 mit der Aufgabenstellung: Erhöhung des Anteils der sozialistischen Betriebe an der industriellen Bruttoproduktion von 85 % auf 90 %, Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch fortgeschrittene Technik und sozialistische Ökonomik und Erreichung des wissenschaftlich-technischen Weltniveaus;

Ersetzung des zweiten Fünfjahrplanes durch den Siebenjahrplan 1959 - 1965 mit dem Ziel der maximalen Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Höchststandes bei ständiger Senkung der Kosten; Ausarbeitung langfristiger Programme für die Elektroindustrie, den Werkzeugmaschinenbau und andere Industriezweige (1959); Abänderung des Siebenjahrplanes infolge des imperialistischen Wirtschaftskrieges mit dem Ziel der völligen Unabhängigkeit der Volkswirtschaft der DDR von der BRD (Störfreimachung); weiterer Abbau der volkswirtschaftlichen Disproportionen; Steigerung der Produktion und des Exportes hochwertiger Fertigerzeugnisse zur Abdeckung des wachsenden Bedarfs an Steinkohle, Roheisen und Rohstahl (5. Tagung des ZK der SED, Mai 1959); beschleunigte Entwicklung der führenden Wirtschaftszweige; umfassendere ökonomisch-technische Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern

(11. Tagung des ZK der SED, Dez. 1960); Entwicklung der privaten Industrie durch Einbeziehung von Privatbetrieben (Industrie, Handel) in den sozialistischen Aufbau in Form der staatlichen Beteiligung (1955 ff.); Fortsetzung der Bildung von PGH.

Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, sozialistischen Rekonstruktion und Rationalisierung mit dem Ziel der Steigerung der Arbeitsproduktivität; Arbeit nach einem einheitlichen, auf die Schwerpunkte gerichteten "Plan Neue Technik" mit dem Ziel: Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Beschleunigung des Tempos und der Qualität der Standardisierung und Mechanisierung und Erhöhung des ökonomischen Nutzeffekts (9. Tagung des ZK der SED, Juli 1960);

Weitere Erhöhung des Anteils der sozialistischen Betriebe an der Industrieproduktion, Förderung der begonnenen Umwandlung von Privatbetrieben in Betriebe mit staatlicher Beteiligung.

Ausbau und Erweiterung der materiell-technischen Basis der sozialistischen Produktion:

Verstärkte Entwicklung bestimmter Industriezweige zur Überwindung der spaltungsbedingten Disproportionen und gemäß den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution (1950 ff.);

Maßnahmen gegen den Wirtschaftsboykott (Unterbindung der Stahllieferungen, Aufkündigung von Handelsabkommen) der Westmächte und der BRD (1950 ff.);

Erweiterung der metallurgischen und energetischen Basis durch Auf- und Ausbau neuer Werke: Eisenhüttenwerk West bei Calbe/S. (Niederschachtofenverfahren); Eisenhüttenkombinat Ost; Edelstahlwerk in Döhlen; Großkokerei Lauchhammer; Kraftwerk Trattendorf, Kombinat "Schwarze Pumpe" und sozialistische Johnstadt Hoyerswerda (1950 - 1955);

Aufruf der SED zur Überbietung der Planziele beim Neuaufbau des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg, beim weiteren Ausbau der Maxhütte Unterwellenborn, der Stahlwerke Gröditz, Hennigsdorf und Riesa (Jan. 1950);



Beschleunigte Rekonstruktion der Hüttenindustrie, des Schwermaschinenbaus, der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie und des Bergbaus auf der Grundlage der modernen Technik; Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung der Selbstkosten, Qualitätsverbesserung; Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs (Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED zur Stärkung des sozialistischen Sektors, 1952 ff.);

Beschleunigter Ausbau des Braunkohlenbergbaus, der Energieerzeugung und einiger Zweige der chemischen Industrie, Modernisierung des allgemeinen Maschinenbaus; weitere Erhöhung der Rolle der Produktionsberatungen (IV. Parteitag der SED, 1954, ff.);

Orientierung auf "Modernisieren, Mechanisieren, Automatisieren!" und auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität (25. Tagung des ZK der SED, Okt. 1955);

Durchführung ökonomischer Konferenzen zur Mobilisierung der Werktätigen für die Modernisierung und Mechanisierung der Produktion; erste ökonomische Konferenz im VEB Modul Karl-Marx-Stadt als neue Form der Leitungstätigkeit (1955);

Ausarbeitung eines langfristigen Kohle- und Energieprogramms (Zentrale Beratung über die Entwicklung der Energiewirtschaft der DDR 1957); Baubeginn des ersten Atomkraftwerkes bei Rheinsberg (Okt. 1957);

Weiterentwicklung der materiell-technischen Basis des Sozialismus, insbesondere der chemischen Industrie, der Metallurgie und des Maschinenbaus (V. Parteitag der SED, 1958);

Zentrale Chemiekonferenz: Chemieprogramm der DDR bis zum Jahre 1965; Entwicklung der Petrochemie; Aufbau des Erdölverarbeitungswerkes in Schwedt, der Leunawerke II und eines Chemiefaserwerkes in Guben (Nov. 1958);

Zentrales Jugendobjekt Erdölleitung "Freundschaft", Teilabschnitt von der Oder bis Schwedt (Ende 1958).

Unterstützung der Volkswirtschaft der DDR durch die Sowjetunion und solidarische Hilfe der Sowjetunion bei der Überwindung ernster wirtschaftlicher Schwierigkeiten:

Senkung noch zu leistender Reparationen um 50 % und Übergabe von 23 SAG-Betrieben (Mai 1950);

Übergabe weiterer 66 SAG-Betriebe (Apr. 1952);

Erlaß noch ausstehender Reparationen und Übergabe der letzten 33 SAG-Betriebe sowie Bildung einer sowjetisch-deutschen Aktiengesellschaft "SDAG Wismut" (1953);

Gewährung eines Kredites und Lieferung zusätzlicher Lebensmittel und Rohstoffe (Aug. 1953);

Vereinbarung unmittelbarer Verbindungen zwischen Großbetrieben der DDR und der UdSSR durch Partei- und Regierungsdelegationen beider Länder (Juni 1955).

Wettbewerbs-, Aktivisten- und Neuererbewegung

Aufschwung der Aktivistenbewegung; Bildung von "Brigaden der ausgezeichneten Qualität"; Schnolldrehverfahren des Drehers Erich Wirth aus dem Sachsenwerk Radeberg nach dem Vorbild Pawel Bykows (Ende 1949 - 1950);

Abschluß des Wettbewerbs in der volkseigenen Industrie zu Ehren des III. Parteitages der SED mit der vorfristigen Erfüllung des Zweijahrplanes (20. Juli 1950);

Beginn des Massenwettbewerbs und Erarbeitung von Aktivistenplänen der Betriebe nach dem Vorbild der Hallischen Pumpenwerke zum Kampf gegen Produktionsverluste (Okt. 1950 ff.);

Studium und Übernahme sowjetischer Neuerermethoden unter der Losung "Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen (Jan. 1951);

Sonderwettbewerbe der Stahl- und Walzwerker als Antwort auf das Ausbleiben vertraglich festgelegter Lieferungen aus der BRD (Sept. 1951) und zu Ehren der 2. Parteikonferenz der SED (Juni 1952);



Franik-Bewegung: Festlegung der Planaufgaben für jede Brigade und jedes ihrer Mitglieder (Febr. 1952);

1. Plan der Rationalisatoren und Erfinder im VEB Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden (Apr. 1952);

Aufruf zum "Wilhelm-Pieck-Aufgebot" der Jugend als Antwort auf den Beschluß der 2. Parteikonferenz (Juli - Aug. 1952);

Aufruf der Weberin Frieda Hockauf zum Wettbewerb unter der Losung "So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben" (Sept. 1953);

Wettbewerbsbewegung zum IV. Parteitag unter der Losung "Mehr, besser, billiger" u. a. mit dem Ziel: Überwindung des Mißverhältnisses zwischen Steigerung der Arbeitsproduktivität und dem Wachstum der Durchschnittslöhne; Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen und Materialverbrauchsnormen (Frühjahr 1954 ff.);

Anwendung der Luise-Ermisch-Methode in der Textil- und Lederindustrie: Wettbewerb von Mann zu Mann und Bildung von "Brigaden der ausgezeichneten Qualität" (1955 ff.);

Wilhelm-Pieck-Aufgebot zu Ehren seines 80. Geburtstages - vorfristige Erfüllung des Planes 1955 (Brigade Wolter aus dem VEB Reifenwerk Berlin-Schmöckwitz, Juli 1955 ff.);

Wettbewerb der Bauarbeiter "Schwarze Pumpe" mit anderen Großbaustellen (Sommer 1957);

Sozialistischer Wettbewerb in Vorbereitung des V. Parteitages der SED: Auslastung des Maschinenparks und Entwicklung material- und zeitsparender Arbeitsmethoden; Aufschlüsselung der Pläne auf jeden Tag und jeden Arbeitsplatz nach dem sowjetischen Neuerer N. J. Mamai (Herbst 1957);

Wettbewerb zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution;

1. Messe der Meister von Morgen in Leipzig (Okt. 1958);

Aufruf zur Bewegung "Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" (4. Tagung des ZK der SED);

1. "Brigade der sozialistischen Arbeit" Jugendkomplexbrigade "Nikolai Mamai" aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld (Jan. 1959);

Beginn eines verstärkten Erfahrungsaustausches mit sowjetischen Neuerern (Mai 1959).

### Bauwesen

Staatliche Bauprogramme und Nationales Aufbauwerk

Beginn der einheitlichen Leitung und Lenkung des Bauwesens durch das Ministerium für Aufbau (gegr. 1949); Entwicklung der Deutschen Bauakademie (eröffnet 8. Dez. 1951) zur zentralen Institution für die Forschung; Bildung von VVB anstelle der Hauptverwaltungen; volle Verantwortlichkeit der Bezirke für den Wohnungs- und Landwirtschaftsbau (1957 ff.);

1. Bauwirtschaftsplan 1950;

Aufbau der Städte in der DDR ab 1950, insbesondere von Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Chemnitz, Dessau, Rostock, Wismar und Nordhausen;

Auftakt für das Nationale Aufbauwerk mit Baubeginn des Hochhauses an der Weberwiese in Berlin (1. Sept. 1951) und Beginn des Nationalen Aufbauwerkes in den Kreisen (ab 1953);

Durchführung eines zusätzlichen Wohnungsbauprogramms in Berlin und in den Bezirken Halle, Frankfurt/Oder, Rostock und Karl-Marx-Stadt (1953 ff.);

Kritik an der unbefriedigenden Durchführung des landwirtschaftlichen Bauprogramms und des Wohnungsbaus; Konzentrierung der Kräfte auf die Industrialisierung des Bauens; zusätzlicher Bau von Wohnungen (28. Tagung des ZK der SED, Juli 1956);

vorrangige Fertigstellung der Bauobjekte für die Kohleindustrie und Energiewirtschaft (1958 ff.);

Landwirtschaftsbaukonferenz in Berlin (16. März 1960);

Festlegung für den Wiederaufbau der zerstörten Zentren der Städte und den Bau von 772.000 Wohnungen auf der Grundlage des Gesetzes über den Siebenjahrplan und der "Grundsätze zur Planung und Durchführung des Aufbaus der Stadtzentren" (Berlin, Leipzig, Dresden, Rostock, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt, Potsdam, Frankfurt/



Oder, Neubrandenburg, Gera und Dessau, Mai 1961).

Industrialisierung des Bauens und Durchsetzung der Einheit von Technik, Wissenschaft und Kunst

1. Baukonferenz der DDR; II. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten;

Anwendung der Großblockbauweise beim Wohnungsbau in Dresden-Striesen und in Berlin Leopoldstraße;

Zentrale technische Konferenz der volkseigenen Bauindustrie in Leipzig (1. Mechanisierungskonferenz);

Einsatz von Typenbauelementen für Hochbauten, landwirtschaftliche Nutzbauten und Industriebauten (1955 - 1956);

Tagung "Industrieller Wohnungsbau" in Leipzig über Entwicklung im 3. Fünfjahrplan (Okt. 1958);

1. Taktstraße für den Bau mit Großblöcken in Dresden-Seevorstadt (Ende März 1959);

Zusammenarbeit zwischen der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR und der Deutschen Bauakademie zum Thema Großplattenbau (Okt. 1950 ff.).

Bauwirtschaft

Forderung nach Stärkung des sozialistischen Sektors der Bauwirtschaft, der Verbesserung der Investitions- und Bauvorbereitung und einer wesentlichen Steigerung der Baustoffproduktion.

Wettbewerbs-, Aktivisten- und Neuererbewegung

Orientierung der Aktivistenkonferenzen der IG Bau auf Einführung neuer Arbeitsweisen und Methoden v. a. sowjetischer Neuerer, z. B. Duwanows (1950 ff.);

Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen in der Bau- und Baustoffindustrie (1950 ff.);

Engere Zusammenarbeit von Bauarbeitern und der technischen Intelligenz sowie höhere Produktionsleistungen im Ergebnis der Tausender Wettbewerbe beim Mauern (Mai 1957);

Einleitung einer breiten wissenschaftlichen Durchdringung der Produktion durch die sich herausbildende sozialistische Arbeitswissenschaft (Einführung der Kowaljow-Methode im Bauwesen (1951/52);

Komplezwettbewerb auf den Baustellen Dresden-Klotzsche; Aufschlüsselung der Arbeiten auf alle Brigaden und abschnittsweise Abrechnung (Apr. 1957 ff.).

#### 2.4. Handwerk und Dienstleistungen

Einbeziehung des Handwerks in die Lösung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben (Gesetz zur Förderung des Handwerks, Aug. 1950), (1950 ff.).

Errichtung von Bezirkshandwerkskammern (Aug. 1953).

Beginn der Bildung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH), (1955 ff.).

#### 2.5. Land- und Forstwirtschaft

Gesetz zum Schutz der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten (Dez. 1949).

Bildung von Vereinigungen Volkseigener Güter in den Ländern und Auflösung der zentralen Verwaltung Volkseigener Güter und ihrer 16 Gebiets- und 3 Fachvereinigungen (Jan. 1951).

Gründung der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (Jan. 1951).

Verstärkte Unterstützung der werktätigen Bauern durch die Arbeiterklasse. Weitere Zurückdrängung des Einflusses der Großbauern (1952 - 1950).

Zusammenschluß der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und der bäuerlichen Handelsgenossenschaften zur VdgB (DHG) zur Stärkung der Klein- und Neubauernwirtschaften und zur Einschränkung des Einflusses der Großbauern (Nov. 1950);



Bildung politischer Abteilungen bei den MAS; Entwicklung der MAS bzw. MTS zu Zentren der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes und Ausrüstung der MTS mit moderner Technik (Juli 1953 ff.). Unmittelbare Hilfe der Arbeiterklasse bei der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes unter der Losung "Industriearbeiter aufs Land";

Abschluß von Patenschaftsverträgen zwischen Industriebetrieben und LPG (1953/1954). Aktion der FDJ: "6000 junge Industriearbeiter aufs Land" (Febr. 1956);

Bildung der LPG bis zur Vollgenossenschaftlichkeit des Dorfes, Beschluß der 2. Parteikonferenz zur Unterstützung der werktätigen Bauern und Landarbeiter bei der Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften;

Bildung der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) in Merxleben, Krs. Bad Langensalza (Juni 1952);

1. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG über Aufgaben und Perspektiven und die Musterstatuten der LPG (Dez. 1952);

Bildung örtlicher Landwirtschaftsbetriebe zur Bewirtschaftung devastierter Ländereien und spätere Eingliederung in LPG;

Bildung der Zentralen Hochschule für Vorsitzende und Aktivisten der LPG in Meißen (Aug. 1953);

weitere Forcierung der Bildung von Genossenschaften durch Schaffung von Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Einbeziehung von Mittel- und Großbauern (IV. Parteitag der SED, 33. ZK-Tagung Okt. 1957) und Bildung eines LPG-Beirats beim Ministerrat der DDR zur Kontrolle entsprechender staatlicher Maßnahmen (Juni 1956);

Finanzielle Vergünstigungen zur vorrangigen Entwicklung der LPG (Febr. 1957 ff.);

Orientierung des V. Parteitages der SED auf den Abschluß der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, auf bessere Versorgung der Werktätigen mit Nahrungsmitteln und der Industrie mit Rohstoffen aus eigener Produktion; Bildung von LPG in jedem Dorf, Schaffung sozialistischer Produktions- und Lebensformen auf dem Lande (Juli 1958);

Gesetz über die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (3. Juni 1959);

Kreis Eilenburg - erster vollgenossenschaftlicher Kreis der DDR, 12. Dez. 1959;

Aufruf des ZK der SED zur Unterstützung der Parteiorganisationen auf dem Lande bei der Gewinnung der Einzelbauern für die LPG (Anfang 1960);

Bezirk Rostock - erster vollgenossenschaftlicher Bezirk der DDR, 4. März 1960;

Aufruf der FDJ: "Der Sozialismus siegt - 10.000 unserer Besten gehen in das vollgenossenschaftliche Dorf" (April 1960).

Schaffung und Ausbau der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft.

Bildung von Vereinigungen volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen (VVMAS) in jedem Land (Dez. 1950); Umwandlung der MAS in Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), (Anfang 1953), (Traktoren 1950: ca. 11.000; 1955: 31.500);

Maßnahmen des Ministerrates zur Förderung des Landwirtschaftsbauens u. a. Rinderoffenställe (Jan. 1956 ff.);

Übergabe der Technik der MTS an die LPG, Umwandlung der MTS in Reparatur-Technische Stationen (RTS), (Apr. 1959).

Wettbewerb und Produktionssteigerung

Übergreifen der Hennecke-Bewegung auf die Landwirtschaft (Bruno Kießler), (Okt. 1949);

Wettbewerb zur Erreichung des Vorkriegsstandes in der Feldwirtschaft und zur Erweiterung der Viehbestände (Aufruf des Parteivorstandes der SED Jan. 1950);

Kampf um die Steigerung der Pflanzen- und Tierproduktion und die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit (IV. Parteitag der SED, April 1954 ff.);

"Schönebecker Methode" zur Erzielung höherer Erträge (Aufruf der Jugendbrigade "Manfred v. Brauchitsch", Jan. 1955);



Obernahme der Jugendobjekte Umgestaltung der Altmärkischen Wische im Bezirk Magdeburg, der Großen Friedländer Wiese u. a. durch die FDJ (1958 ff.);

Orientierung auf die beträchtliche Steigerung der Hektarerträge und der tierischen Produktion (7. Tagung des ZK der SED, Dez. 1959).

## 2.6. Umweltschutz und Wasserwirtschaft

Beschleunigter Aufbau von Talsperren: Sosa als erstes zentrales Jugendobjekt (1949 - 1951), Rapp-Bode-Talsperre (1952 - 1959);

Neuorganisation der Wasserwirtschaft, Bildung des Amtes für Wasserwirtschaft als zentrales Organ beim Ministerrat, volkseigener Wasserwirtschaftsbetriebe für Großaufgaben der Wasserwirtschaft und volkseigener Wasserwirtschaftsbetriebe unter Leitung der örtlichen Räte zur Lösung der Aufgaben der Gemeinden (Juli/Aug. 1952 ff.);

Baubeginn eines Speichersystems zur Kühlwasserversorgung für die Großkraftwerke Vetschau, Lübbenau und des Kombirates "Schwarze Pumpe" und zum Hochwasserschutz des Spreewaldes (Aug. 1958 ff.).

## 2.7. Binnen- und Außenhandel

### Binnenhandel

Ausbau des staatlichen Binnenhandelsnetzes. Schaffung eines staatlichen Großhandels und Beseitigung des Monopols des privaten Großhandels (1950);

Einbeziehung des privaten Einzelhandels durch Abschluß von Kommissionsverträgen mit dem staatlichen und genossenschaftlichen Handel (1956 ff.).

Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen DDR und BRD

Frankfurter Abkommen (Okt. 1949), Zweites Berliner Abkommen (20. Sept. 1951);

Schutz des innerdeutschen Handels (Gesetz vom 21. Apr. 1950);

Verschärfte Embargopolitik durch reaktionäre Kräfte der BRD: Willkürliche Kündigung des Handelsabkommens mit der DDR vom 20. Sept. 1951 und aller Zusatzvereinbarungen zum 31. Dez. 1960 durch die Regierung der BRD (Sept. 1960).

Ausweitung der Handelsbeziehungen, Abschluß von Handels- und Warenabkommen

Handelsabkommen zwischen der DDR und der UdSSR für 1950 (April 1950);

Abschluß eines Warenabkommens mit der UdSSR für die Jahre 1952 - 1955 (Sept. 1951); Abschluß ähnlicher Verträge mit Albanien, der CSSR, Polen, Rumänien und Ungarn;

Bildung der Kammer für Außenhandel und Errichtung von Handelsvertretungen (Nov. 1955 Syrien, Sept. 1957 Ägypten); Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der DDR und der Republik Syrien;

Ausweitung der Handelsbeziehungen DDR - UdSSR einschließlich Kreditgewährung u. a. zur Deckung des Bedarfs der DDR an Steinkohle, Erzen, Walzwerkerzeugnissen und Rohöl, (1956 - 1957);

wirtschaftliche Unterstützung der DDR durch die UdSSR gegen Störmaßnahmen der BRD (Dez. 1960).

## 2.8. Verkehr, Post und Fernmeldewesen

Reorganisation im Verkehrswesen vorrangig durch Konzentration der Transportmittel und Ausweitung des Verkehrsnetzes durch

Fortigstellung des südlichen und nördlichen Außenringes der Reichsbahn um Berlin (1951 - 1952);

Abschluß der Automatisierung des öffentlichen Telegrafennetzes (März 1961).

Ausbau der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens.

Abkommen über juristische und ökonomische Fragen der Nachrichtenverkehrsbeziehungen mit der UdSSR (1966 erneuert) und bis 1959 mit den anderen sozialistischen Staaten (Juli 1950);



Abkommen über die Organisation für die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens (OSS), (Dez. 1957);

## 2.9. Finanzen und Preise

Aufbau eines einheitlichen Finanzsystems. Entwicklung und Durchsetzung sozialistischer Grundlagen der Leitung und Planung. Einführung und Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der volkseigenen Wirtschaft. Sozialistische Umgestaltung und Weiterentwicklung des Revisions- und Kontrollwesens sowie des Versicherungswesens.

### Grundsätze der Finanzpolitik

Stärkung des volkseigenen Sektors als wichtigster Einnahmequelle des Staatshaushaltes durch straffe Finanzplanung und -disziplin (Kontrolle durch die Mark), Senkung der Selbstkosten, Durchsetzung der Steuer-, Preis- u. a. Wirtschaftsgesetze, Entwicklung der Bank zu Finanzkontrollorganen der volkseigenen Betriebe, Kampf gegen Finanzsabotage, Förderung von Neubauern, Genossenschaftsbauern, Privatunternehmen;

Einleitung eines Feldzuges für strenge Sparsamkeit (Beschluß des ZK der SED vom 3. Febr. 1953) unter der Losung: "Spare mit jeder Minute, jedem Gramm, jedem Pfennig" (1953).

Schutz vor Spekulationen und Störungen der Volkswirtschaft durch Geldumtausch im Verhältnis 1:1 im Okt. 1957;

Erhöhung der Rolle des einheitlichen sozialistischen Finanzsystems durch Vervollkommen der Perspektivplanung der örtlichen Haushalte und Verbesserung der Kontroll- und Analysetätigkeit der Finanzorgane (1958 ff.).

### Staatshaushalt, Kredit und Steuern

Ausbau des Systems der Abgabenverwaltung (Abgabengesetz vom 9. Febr. 1950) zur Sicherung der planmäßigen Einnahmen des Staatshaushaltes durch konsequente Anwendung der Steuergesetze;

Durchführung der Haushaltsreform (Gesetz v. Dez. 1950) nach Außerkraftsetzung der Reichshaushaltsordnung. Einführung eines einheitlichen, den veränderten politischen und ökonomischen Verhältnissen des Übergangs zur langfristigen Wirtschaftsplanung entsprechenden Rechnungswesens, Durchsetzung neuer Formen der Organisation, Methodik und Technik bei der Planung und Durchführung des Staatshaushaltes auf der Grundlage der Prinzipien des demokratischen Zentralismus.

### Preise

Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen durch planmäßige Senkung der durchschnittlichen Preise für Nahrungsmittel und Industriewaren (1951 ff.);

Durchsetzung der Grundsätze einheitlicher Preispolitik zur größeren ökonomischen Wirksamkeit des Preissystems (Febr. 1953 ff.).

### Versicherungen

Neuordnung des Versicherungswesens durch Vereinigung der Sozialversicherungsanstalten der Länder zu einer einheitlichen, zentralgeleiteten Sozialversicherung unter Leitung und Kontrolle des FDGB (26. Apr. 1951) und durch Errichtung der Deutschen Versicherungsanstalt (Nov. 1952).

## 2.10. Bildung und Erziehung

Sozialistische Umgestaltung des Schulwesens durch Erhöhung des Einflusses der Arbeiterklasse auf die sozialistische Erziehung der Jugend (Beschlüsse der 3. Parteikonferenz und des V. Parteitages der SED), Einführung des bildungspolitischen Prinzips der Einheit von fachlicher und weltanschaulicher Bildung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, durch Einführung und Ausbau des polytechnischen Unterrichts, Aufbau der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule, Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Schüler zugunsten der Arbeiter- und Bauernkinder in den zwölfklassigen Oberschulen.



## Volksbildung

Ausgestaltung der Schulorganisation durch Aufbau von Zehnklassenschulen (seit Sept. 1951 in den Schwerpunkten der Industrie und Landwirtschaft). Liquidierung der Einklassenschulen. Auf- und Ausbau der Mittelschulen zur obligatorischen allgemeinbildenden Schule für alle Kinder (1956 - 1965). Einführung der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule und der erweiterten Oberschule ab 1960.

Verstärkung des Zusammenwirkens von Schule, Elternhaus, Pionierorganisation und Betrieb durch Tätigkeit der Elternbeiräte (seit 1951) und Entwicklung von Patenschaftsbeziehungen zwischen Betrieben und Schulen (seit 1954).

Veränderung der Bildungs- und Erziehungsinhalte durch Hebung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts, Verstärkung der patriotischen Erziehung, Einführung und Erweiterung der polytechnischen Bildung und Einführung der Jugendweihe als neue Form staatsbürgerlicher Erziehung (1954).

## Hoch- und Fachschulwesen

Neu- und Umgestaltung des Hoch- und Fachschulwesens

Eröffnung der Arbeiter- und Bauernfakultäten an den Universitäten (Okt. 1949);

Beginn der Einführung des Hoch- und Fachschulfernstudiums (1950 - 1951);

Bildung neuer Hochschulen: Gründung der Hochschule für Planökonomie (1950), Hochschule für Verkehrswesen in Dresden (Apr. 1952), Hochschulen für Bauwesen in Cottbus (Sept. 1953) und in Leipzig (Febr. 1954), Technische Hochschule in Ilmenau (Sept. 1953), in Karl-Marx-Stadt (Okt. 1953), in Magdeburg (Okt. 1953) und Merseburg (Sept. 1954), Medizinische Akademien in Dresden, Erfurt und Magdeburg (Sept. 1954);

Weiterentwicklung des Hochschulwesens durch die 2. Hochschulreform mit dem Ziel der Ausbildung politisch und fachlich hochqualifizierter Kader, der Einführung des Zehnmonate-Studienjahres auf

der Grundlage einheitlicher Lehrpläne, Einführung des obligatorischen gesellschafts-wissenschaftlichen Grundstudiums (1951 ff.).

Veränderung der Bildungs- und Erziehungsinhalte

Förderung russischer Sprachkenntnisse, engere Verbindung von Ausbildung und Praxis durch Einführung der Berufspraktika (seit 1951);

Orientierung auf Entwicklung der Universitäten, Hoch- und Fachschulen zu sozialistischen Bildungsstätten, Erhöhung des Einflusses der Arbeiterklasse auf das Hochschulwesen; Ausbildung hochqualifizierter, der Arbeiter-und-Bauern-Macht ergebener Kader (3. Hochschulkonferenz der SED März 1958); Forderung des V. Parteitages der SED (Juli 1958) nach Verbesserung der politisch-ideologischen Erziehung und fachlichen Ausbildung der Studenten und stärkere Ausrichtung der Lehr- und Forschungstätigkeit der Universitäten und Hochschulen auf die sozialistische Praxis.

## Berufsbildung

Engere Verbindung der praktischen Berufsausbildung in der Produktion mit dem berufstheoretischen Unterricht. Beginn des systematischen Ausbaus der Erwachsenenqualifizierung;

Einführung der Berufsbildung mit Abitur (Sept. 1959).

Anpassung der Berufsausbildung an das veränderte System des allgemeinbildenden Schulwesens (Grundsätze zur weiteren Entwicklung des Systems der Berufsbildung in der DDR vom 30. Juni 1960).

## 2.11. Kultur

Grundsätze sozialistischer Kulturpolitik

Überleitung der antifaschistisch-demokratischen in die sozialistische Kulturrevolution. Durchsetzung des marxistisch-leninistischen Kulturbegriffs. Verstärkte Fortsetzung der sozialistischen Kulturrevolution (Kulturkonferenz der SED, Okt. 1957, Bitterfelder Konferenz, Apr. 1959). Überwindung sozialismusfremder



und -feindlicher Erscheinungen in der DDR-Kunst mit dem Ziel, eine neue Qualität der künstlerischen Erfassung der sozialistischen Wirklichkeit zu erreichen;

Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz (2. Kulturverordnung März 1950);

1. Deutscher Kulturkongreß in Leipzig (Mai 1951);

Fortsetzung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur durch Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im kulturellen und geistigen Leben. Formulierung der zehn Grundsätze der sozialistischen Moral und Ethik (V. Parteitag der SED, 1958 ff.);

Orientierung der Schriftsteller und Kulturschaffenden auf ein neues Verhältnis zum werktätigen Volk und eine volksverbundene parteiliche Gestaltung der Helden des sozialistischen Aufbaus; Entfaltung des Volkskunstschaffens und der künstlerischen und kulturellen Betätigung der Werktätigen unter der Losung: "Greif zur Feder, Kumpel, die sozialistische Nationalkultur braucht dich!" (1. Bitterfelder Konferenz, Apr. 1951);

Erbepflege

Pflege der Traditionen der proletarischen und der humanistischen Kultur. Erhaltung und Pflege nationaler Kulturdenkmale v. a. Deutsche Staatsoper, Brandenburger Tor in Berlin, Zwinger und Hofkirche in Dresden (VO v. Juni 1952);

Bachjahr und 30. Deutsches Bach-Fest in Leipzig (Juli 1950);

Ludwig van Beethoven-Festwoche (März 1952);

Schiller-Ehrung in Weimar (Mai 1955);

Übergabe von 750 Gemälden der Dresdener Galerie durch die Regierung der UdSSR (Aug. 1955) sowie der Schätze des Grünen Gewölbes, des Kupferstichkabinetts, der Porzellansammlung Dresden und des Pergamonaltars Berlin (1958);

Festwoche zur 400-Jahr-Feier der Dresdener Kunstsammlungen; Eröffnung der wiederhergestellten Gemäldegalerie (Okt./Nov. 1950);

Gegenwartskunst

Förderung der sozialistischen Kultur und Kunst entsprechend den Kriterien des sozialistischen Realismus;

Entwicklung einer volksverbundenen realistischen Literatur und Kunst (5. Tagung des ZK der SED): Vertiefung des Studiums der Kultur der Sowjetunion sowie der Pflege des klassischen kulturellen Erbes und der Volkskunst. (März 1951 ff.);

Forderung des IV. Deutschen Schriftstellerkongresses in Berlin nach einer sozialistischen Nationalliteratur (Jan. 1956);

Orientierung der Kulturkonferenz des ZK der SED (Okt. 1957): Anwendung des sozialistischen Realismus in Literatur und Kunst, Fragen des sozialistischen Bewußtseins, der Moral und Ethik, einer sozialistischen Einstellung zur Arbeit, zum Staat und zur Gesellschaft; Auseinandersetzung mit Erscheinungen des Formalismus in Kunst und Literatur;

Forderung nach Überwindung der bürgerlichen Ideologie im Filmschaffen und Nutzung des Films zur sozialistischen Bewußtseinsbildung; Orientierung des historischen Films auf die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung (Filmkonferenz des Ministeriums für Kultur und der DEFA-Studios in Berlin, Juli 1958);

Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Theatern und den Autoren der DDR (1. Forum der sozialistischen Dramatik, Mai 1961); erstes offizielles Versuchsprogramm des Deutschen Fernsehens (Dez. 1952);

III. Deutsche Kunstausstellung in Dresden: erste Ansätze des sozialistischen Realismus in der bildenden Kunst (März 1953);

I. Berliner Festtage in der Deutschen Staatsoper (Okt. 1957);

Beginn der Zusammenarbeit zwischen Mosfilm und der DEFA mit dem Film "Fünf Tage und fünf Nächte" (1961).



### Kulturelle Massenarbeit

Erhöhung des Kulturniveaus der Werktätigen. Neue Qualität der Beziehung der Werktätigen zur Kultur. Entstehung der Bewegung schreibender Arbeiter. Förderung der Volkskultur;

weitere Entfaltung der kulturellen Massenarbeit und Koordination der Kulturarbeit durch Vereinbarungen des FDGB mit Massenorganisationen und Verbänden (1951 ff.);

Durchführung von Festspielen: Arbeiterfestspiele (1. im Bezirk Halle 13. - 21. Juni 1959) und Rügenfestspiele (1. im Fischerdorf Ralswiek - Aufführung der dramatischen Ballade "Klaus Störtebecker" von Kuba 16. Aug. - 2. Sept. 1959);

Beginn der Bewegung "Treffen junger Talente" (1959);

1. Konferenz schreibender Arbeiter und Bauern (Juni 1960);

1. Kongreß der sozialistischen Sängerbewegung in Leipzig (Dez. 1960); 1. Konferenz der Arbeiter- und Bauerntheater (Juni 1961).

Kulturelle Verbände, Organisationen und Institutionen

Auf- und Ausbau von Organisationsformen zur Leitung des kulturellen Lebens. Auseinandersetzung mit der zunehmend antihumanistischen Kultur in der BRD.

Programmerkklärung zur Verteidigung der deutschen Kultur (März 1954);

Eröffnung der Deutschen Akademie der Künste (März 1950);

Bildung von Fachverbänden der Kulturschaffenden: Juni 1950 Verband Bildender Künstler; Juli 1950 Deutscher Schriftstellerverband; Apr. 1951 Verband deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler;

Einweihung des ersten Kulturpalastes für Bergarbeiter in Chemnitz-Siegmarsdorf (1951 entstehen 565 Kultur- und Klubhäuser, darunter 352 in Betrieben), (Jan. 1951);

Bildung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten (Juli 1951) und des Ministeriums für Kultur (Jan. 1954);

Eröffnung des Instituts für Literatur in Leipzig (seit 1958 Institut für Literatur "Johannes R. Becher"), (Sept. 1955);

Profilierung der Tätigkeit und Aufgaben des Deutschen Kulturbundes (1958 ff.);

V. Deutscher Schriftstellerkongreß in Berlin. Aufgaben der Literatur im ideologischen Kampf für die sozialistische Gesellschaftsordnung (25. - 27. Mai 1961).

### 2.12. Jugendpolitik, Körperkultur und Sport

#### Jugendfragen

Allseitige Förderung der Jugend und ihre Teilnahme am Aufbau des Sozialismus;

Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung (Febr. 1950);

Stärkere Einbeziehung der Jugend in das gesellschaftliche Leben durch Herabsetzung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre (17. 5. 1950);

1. Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin, Pfingsten 1950;

III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten und XI. Akademische Sommersportspiele in Berlin (Teilnahme von 2000 Studentensportlern aus 42 Ländern), (Aug. 1951);

1. Kongreß der Arbeiterjugend Deutschlands in Erfurt (Apr. 1958).

#### Körperkultur und Sport

Ausbau der Sportbewegung und Entwicklung einer sozialistischen Körperkultur; Aufbau von Sportvereinigungen (SV) entsprechend der Organisationsstruktur der Gewerkschaften (Beschluß des Deutschen Sportausschusses, des FDGB und der FDJ, 1950 ff.)



Gründung der 1. Sportvereinigung: SV Motor (Juni 1950);

Gründung der Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport in Leipzig (Okt. 1950);

Bildung des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport und sportlicher Leistungszentren (Juli 1952);

I. Deutsches Turn- und Sportfest in Leipzig (Aug. 1954);

Gründung des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) (Apr. 1957);

I. Landessportkonferenz des DTSB-Losung "Das ganze Dorf treibt Sport" (Juni 1959);

Neue Initiative im Volkssport: "Jeder Mann an jedem Ort - jede Woche einmal Sport" (Juni 1959);

Erarbeitung der Grundlinien für den sozialistischen Inhalt und die Vervollständigung des Systems von Körperkultur und Sport (Karl-Marx-Städter Sportkonferenz, Nov. 1955);

Aufbau internationaler Sportbeziehungen; erstmalige Teilnahme von DDR-Radsportlern an der Friedensfahrt Warschau-Prag und Einbeziehung der DDR in die Streckenführung (1950/1952); Gründung des NOK der DDR (22. Apr. 1951); Anerkennung des NOK der DDR auf dem 50. Kongreß des IOC in Paris (23. Juni 1955).

#### 2.13. Sozialpolitik und Gesundheitswesen

Entwicklung und Verwirklichung von Grundsätzen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen

Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung in Verwirklichung der Politik des "Neuen Kurses";

Anwachsen des Realeinkommens durch Lohnerhöhungen; Preissenkungen und stufenweise Abschaffung der Rationierung;

Aufhebung der Rationierung aller Lebensmittel bis auf Fleisch, Fett, Zucker, Kartoffeln (Okt. 1951); Abschaffung der Lebensmittelkarten und vollständige Aufhebung der Rationierung (1958);

Verkürzung der Arbeitszeit in der sozialistischen Industrie, im Verkehrs- und Nachrichtenwesen (1957);

verstärkter Ausbau des Ferien- und Erholungswesens; erstmalige Sicherung von Urlaubsmöglichkeiten für Genossenschaftsbauern (1953 ff.). Urlauber- und Touristenaustausch mit sozialistischen Ländern;

Bildung von Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften (Dez. 1953 ff.).

Weiterentwicklung des Sozialwesens und Verbesserung der medizinischen Betreuung

Schutz von Mutter und Kind und Gewährleistung der Rechte der Frau (Gesetz, Sept. 1950);

verstärkter Ausbau von Krippeneinrichtungen (1951 - 1955);

Perspektiven der medizinischen Wissenschaft und des Gesundheitswesens im Siebenjahrplan (Konferenz Febr. 1960);

#### 2.14. Außenpolitik und internationale Verbindungen

Aufnahme diplomatischer Beziehungen nach Staatsgründung und Einbeziehung der DDR in den RGW als grundlegende Bedingung für die erfolgreiche ökonomische Entwicklung. Abschluß von Verträgen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand. Gleichberechtigte Teilnahme der DDR im Warschauer Vertragssystem.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch die SU und die volksdemokratischen Staaten VR Bulgarien, Polen, ČSSR, Ungarn, Rumänien, China, Korea, Albanien (Okt. - Dez. 1949), Mongolische VR (Apr. 1950), Jugoslawien (Okt. 1957);

deutsch-polnische Deklaration über die Markierung der Oder-Neiße-Grenze, Unterzeichnung des Abkommens in Zgorzelec (Juni/Juli 1950);

Abkommen über eine dauerhafte, friedliche und freundschaftliche Zusammenarbeit mit der ČSSR, den VR Ungarn, Bulgarien und Rumänien (Juni/Sept. 1950);



Aufnahme der DDR in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), (Sept. 1950), erstmaliger Versuch einer mehrseitigen Abstimmung der Produktionsprogramme (1954);

Bildung ständiger Kommissionen für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit; Koordinierung der Entwicklung der Eisen- und Buntmetallurgie, der Kohlen-, Erdöl- und Gasindustrie, des Maschinenbaus, der Leichtindustrie und des Außenhandels für 1955 - 1960;

Konferenz der Mitgliedsländer des RGW: Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, bessere Abstimmung der Fünfjahrpläne; Entwicklung der Arbeitsteilung und Kooperation in bestimmten Industriezweigen, besonders im Maschinenbau, Ausbau der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit (Mai 1958);

X. Tagung des RGW: Bau der transkontinentalen Erdölleitung "Freundschaft", Schaffung des internationalen Energieverbundsystems "Frieden" (Dez. 1958);

Teilnahme der DDR als gleichberechtigter Partner an der Konferenz der Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der ČSSR, Polens, Rumäniens, Ungarns und der DDR in Prag: Protest gegen die Beschlüsse der New Yorker Konferenz zur Remilitarisierung der BRD (Okt. 1950);

Herstellung der vollen Souveränität der DDR durch den Staatsvertrag zwischen DDR und UdSSR über die Regelung ihrer Beziehungen (Sept. 1955);

Regierungsabkommen zwischen der DDR und der UdSSR über die weitere wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit; Maßnahmen zur Auslastung der Produktionskapazitäten; Hilfe beim Aufbau des ersten Atomkraftwerkes der DDR; Gewährung eines Kredits an die DDR (Juli 1956);

Besuch der ersten sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation in der DDR. Gemeinsame Erklärung über die Unantastbarkeit der DDR und den engeren Zusammenschluß der Staaten des Warschauer Vertrages (07. - 14. Aug. 1957);

Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der VR Bulgariens, der ČSSR, der DDR, der VR Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der UdSSR und der Ungarischen Volksrepublik in Warschau (Warschauer Vertrag); Vereinbarung über eine gemeinsame und koordinierte Friedenspolitik und den gegenseitigen militärischen Beistand; Bildung des Politischen Beratenden Ausschusses und des Vereinten Kommandos der Streitkräfte (Mai 1955);

Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China (Dez. 1955);

Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit und Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Mongolischen VR (Aug. 1957).

Verstärkte Bemühungen der DDR um Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu nichtsozialistischen, vorwiegend afro-asiatischen Staaten in Abstimmung mit den sozialistischen Ländern;

Gründung der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (Juni 1952) (Nachfolger seit Dez. 1961: Liga für Völkerefreundschaft);

Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen Syrien und der DDR in Damaskus (Juni 1956);

Errichtung von Generalkonsulaten der DDR in Syrien, Indonesien und Burma (1956 - 1960);

Gründung von Freundschaftsgesellschaften: Deutsch-Arabische Gesellschaft; Deutsch-Afrikanische Gesellschaft; Deutsch-Lateinamerikanische Gesellschaft; Deutsch-Nordische Gesellschaft (1958 - 1961);

Vorschlag der DDR über den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen allen Anliegerstaaten der Ostsee (1. Ostseewoche im Bezirk Rostock, 5. - 12. Juli 1958).

Veränderung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten; Kampf um Einheit Deutschlands und die Sicherung des Friedens.



Initiativen und Maßnahmen des Deutschen Volksrates und der Volkskongreßbewegung gegen die imperialistische Zerreißungspolitik Deutschlands und für einen gerechten Friedensvertrag für Deutschland (1949 ff.).

Fortgesetzte Bemühungen der SED zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und zur Schaffung eines vereinigten antiimperialistischen deutschen Friedensstaates (III. Parteitag der SED, 1950):

"Deutsche an einen Tisch", "Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz";

Durchführung einer Volksbefragung in der DDR und trotz Verbot auch in der BRD über Pariser Verträge und Friedensvertrag und Entscheidung der Mehrheit der Bevölkerung für Friedensvertrag, gegen Pariser Verträge;

Scheitern des EVG-Projektes durch Friedensaktionen und Ablehnung der Ratifizierung durch Französische Nationalversammlung (Aug. 1954), neue Chancen für Wiedervereinigung Deutschlands.

Aktionen gegen die Remilitarisierung der BRD und ihre Integration in die NATO:

Vorschlag der Außenminister der sozialistischen Länder Europas in Prag zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates;

Brief des Ministerpräsidenten O. Grotewohl an Kanzler Adenauer zur Aufnahme zwischenstaatlicher Besprechungen;

wachsender Volkswiderstand gegen die Remilitarisierung in der BRD und ihre Einbeziehung in die EVG.

Breite Entfaltung der Friedensbewegung:

Stockholmer Appell zur Ächtung der Atombombe (März 1950);

Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz des Friedens durch die Volkskammer der DDR;

"Friedenskarawane der Jugend" (Mai 1952 in Essen);

Ersuchen der DDR an UdSSR, Großbritannien und Frankreich um beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages (Febr. 1952);

Friedensvertragsentwurf der UdSSR (10. März 1952).

Kampf gegen Pariser Verträge, Deutschlandvertrag und EVG:

Vorschlag der Volkskammerdelegation der DDR an Bundestag, gemeinsam für Friedenskonferenz unter Teilnahme beider deutscher Staaten einzutreten (Sept. 1952);

wachsender Widerstand in der BRD, in Frankreich und anderen Ländern gegen EVG-Vertrag;

Berliner Außenministerkonferenz über Rüstungsbeschränkungen und deutschen Friedensvertrag (Jan. - Febr. 1954);

"Eden-Plan" der Westmächte, Vorschlag der GU für gesamteuropäischen Vertrag über kollektive Sicherheit unter Beteiligung beider deutscher Staaten; für Abschluß eines Friedensvertrages innerhalb von 6 Monaten, Abzug der Besatzungstruppen und militärische Neutralität beider deutscher Staaten;

1. Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit (29. Nov. - 2. Dez. 1954 in Moskau) mit Vorschlag, die Pariser Verträge nicht zu ratifizieren, Einigung über gesamtdeutsche Wahlen im Jahre 1955 herbeizuführen und Vertrag über ein System kollektiver Sicherheit in Europa abzuschließen;

Vorschlag der DDR an BRD zur sofortigen Verhandlung über gesamtdeutsche Wahlen 1955 unter internationaler Beaufsichtigung; Paulskirchenbewegung;

Einleitung einer Zäsur in der nationalen Frage, im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten und in der Situation in Europa durch Ratifizierung der Pariser Verträge im Febr. 1955 durch den Bundestag mit Eingliederung der BRD in die NATO;

ergebnislose Behandlung der deutschen Frage auf Genfer Gipfelkonferenz (Juli 1955) und Konferenz der vier Außenminister (Okt. - Nov. 1955);



Verstärkte Bemühungen der sozialistischen Staaten um Minderung der internationalen Spannungen und Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz:

Aufruf des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten 1956 zur Ablösung der in Europa bestehenden Militärblöcke durch ein System der kollektiven Sicherheit und Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Vertragsstaaten 1956; einseitige Truppenreduzierung durch UdSSR; wiederholte Vorschläge der DDR an BRD zu Verhandlungen über Begrenzung der Streitkräfte, Nichteinführung der Wehrpflicht, Nichtstationierung von Atomwaffen und Unterbindung jeder Kriegshetze, zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, zur Bildung einer Konföderation beider Staaten (Juli 1957).

Friedensmanifest der Vertreter Kommunistischer und Arbeiterparteien (Moskau 1957).

Unterstützung des Vorschlages zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (Rapacki-Plan, 1957) durch DDR und Volksbewegung in der BRD (Kampf dem Atomtod).

### 3. Umfassender Aufbau des Sozialismus 1961 - 1970

#### Grundtendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung

Stabilisierung der Grundlagen des Sozialismus. Endgültige und unwiderrufliche Lösung der Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse und des Sozialismus. Weitere Ausprägung der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Erarbeitung der Konzeption des umfassenden Aufbaus des Sozialismus; beginnende Errichtung des entwickelten Sozialismus. Weiterführung des Prozesses der Herausbildung der sozialistischen deutschen Nation.

Festigung und Ausgestaltung der sozialistischen Staatsmacht und der sozialistischen Rechtsordnung u. a. durch die Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung. Steigerung der Verteidigungskraft der DDR. Umfassende Wahrnehmung der wirtschaftsorganisatorischen und kulturell-erzieherischen Funktion der Diktatur des Proletariats. Weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie durch Stärkung der Rolle der Volksvertretungen und breitere Einbeziehung der Werktätigen in die Machtausübung.

Vertiefung der Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern. Politische, wirtschaftliche und militärische Stärkung der DDR im Rahmen der sozialistischen Staatengemeinschaft. Kampf um den Frieden für die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz gegenüber den kapitalistischen Staaten, für die uneingeschränkte Anerkennung der DDR und gegen die Alleinvertretungsannahe der BRD.

Überwindung der aus der Zeit der offenen Grenze zu Westberlin entstandenen Verluste und volkswirtschaftlichen Disproportionen. Gestaltung der Volkswirtschaft der DDR im Rahmen des RGJ unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung. Grundlegende Verbesserung der Planungs- und Leitungstätigkeit entsprechend der Notwendigkeit des Übergangs zur vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion. Schrittweise Durchsetzung des "Neuen Öko-



nomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft". Einführung eines einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik (1966 ff.). Komplexe sozialistische Rationalisierung. Entwicklung neuer Formen des sozialistischen Massenwettbewerbs um höhere Arbeitsproduktivität und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Veränderung der Klassenstruktur: qualitative und quantitative Veränderung der Arbeiterklasse. Neue sozialistische Klasse der Genossenschaftsbauern. Weiterentwicklung der Intelligenz zur größten und am engsten mit der Arbeiterklasse verbundenen sozialen Schicht. Entwicklung sozialistischer Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten. Schaffung der Grundlagen für die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise.

Verstärkte ideologische Arbeit zur Überwindung der noch beträchtlichen Unterschiede in der Bewußtseinsentwicklung. Durchsetzung des Marxismus-Leninismus als herrschende Ideologie in der DDR. Hebung des politisch-ideologischen, geistigen und kulturellen Niveaus. Weiterführung der sozialistischen Kulturrevolution.

Gewährleistung der Tätigkeit der Religionsgemeinschaften nach der sozialistischen Verfassung von 1968. Allmählich sich positiv wandelnde, aber nicht widerspruchsfreie Entwicklung in der Haltung der Kirchen zum sozialistischen Staat. Beginnende Trennung der Kirchen in beiden deutschen Staaten wegen der sich verstärkenden reaktionären Kirchenpolitik in der BRD. Gründung eines besonderen evangelischen Kirchenbundes ("Bund evangelischer Kirchen - BEK"), der acht Landeskirchen in der DDR 1969 und deren Abgrenzung gegen den immer mehr der imperialistischen Politik dienenden EKD in der BRD.

Staatliche Förderung fortschrittlicher Geistlicher und christlicher Bürger. Bekenntnis immer größerer christlicher Kreise zum sozialistischen Staat und gegen die Atom- und Hochrüstung der NATO (Tagungen von Geistlichen 1965 in Weimar, 1966 in Erfurt und Magdeburg.)

Beibehaltung der wichtigsten christlichen Feste als staatlich anerkannte Feiertage bei Durchsetzung der Fünf-Tage-Arbeitswoche. Klärung anstehender Probleme zwischen Staat und evangelischer Kirche. Zusammenkunft von W. Ulbricht mit dem thüringischen Landesbischof M. Mitzenheim auf der Wartburg am 16. August 1964: Betonung der gemeinsamen Verantwortung von Staat und Kirche für die Friedenssicherung.

### 3.1. Politische Organisation der Gesellschaft

#### 3.1.1. Parteien und Massenorganisationen

Wesentlicher Beitrag der Blockparteien und Massenorganisationen zum umfassenden Aufbau des Sozialismus.

Entwicklung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien zu Parteien mit sozialistischer Orientierung im Ergebnis der sozialen Veränderungen und politisch-ideologischer Klärungsprozesse.

#### SED

Erhöhung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Orientierung der Partei vor allem auf:

den umfassenden Aufbau des Sozialismus als strategische Aufgabe (VI. Parteitag der SED, Jan. 1963) und die Gestaltung des Sozialismus als entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus (VII. Parteitag der SED, Apr. 1967);

Durchsetzung des Marxismus-Leninismus als führende Ideologie, Kampf gegen revisionistische und sozialismusfremde Erscheinungen; die Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen des RG./ und des Warschauer Vertrages;

Fortsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz, insbesondere in der nationalen Frage.

Ausarbeitung und Realisierung eines neuen Parteiprogramms.

Stärkere Konzentration auf die Bestimmung der Hauptrichtungen der gesellschaftlichen Prozesse und die Erhöhung der Eigenverantwortung der leitenden Parteiorgane auf den unteren Ebenen (13. Tagung



des ZK, Sept. 1966).

#### FDGB

Kampf um die Erhöhung von Produktion und Arbeitsproduktivität unter Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und Erhöhung des Kultur- und Bildungsniveaus der Werktätigen. Entwicklung eines reichhaltigen geistig-kulturellen Lebens in den Betrieben und Wohngebieten (6. FDGB-Kongreß, Nov. 1963; 7. FDGB-Kongreß, Mai 1968).

#### FDJ

Aufgaben des Jugendverbandes beim umfassenden Aufbau des Sozialismus. Verstärkte Rolle des Marxismus-Leninismus bei der Erziehung der Jugend (VII. Parlament der FDJ, Mai 1963; Deutschlandtreffen der FDJ, 1964).

#### 3.1.2. Massenbewegungen

Durchführung von Volksaussprachen zu politischen Höhepunkten und über Dokumente von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung: über das Verhältnis von Sozialismus, Imperialismus und nationaler Frage (1962), zum Familiengesetzbuch (1965) und zum Entwurf der neuen sozialistischen Verfassung; Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf (1968).

Herausbildung neuer Entwicklungsstufen des sozialistischen Wettbewerbs in der Industrie:

Produktionsaufgebot zur raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Warenproduktion bei annähernd gleichem Lohnniveau unter der Losung "Gründlich denken, wirtschaftlich rechnen, technisch verbessern, ehrlich arbeiten". Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen. Durchsetzung des Planes Neue Technik (1961 ff.).

Kampf um das Gütezeichen "Q". Einführung der Mitrofanow-Methode (1962 ff.).

Entwicklung des überbetrieblichen Komplexwettbewerbes (1963 ff.).

Verbindung des Kampfes um höhere Arbeitsproduktivität mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen (1965 ff.).

Wettbewerb zum Lenin-Jahr (Rationeller produzieren - für dich, für deinen Betrieb, für unseren sozialistischen Friedensstaat, 1970).

Lenin-Aufgebot der Jugend (1970).

Wettbewerb der landwirtschaftlichen Genossenschaften um die richtige Organisation der sozialistischen Großproduktion, die Einführung einer wissenschaftlich begründeten Fruchtfolge und die Erfüllung und Überbietung der Produktionspläne (1962 ff.).

Entfaltung der Bewegung "Schöner unsere Städte und Gemeinden - mach mit" durch die Nationale Front (Torgauer Initiative; 1967 ff.).

#### 3.1.3. Staatsorgane

Weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie und des demokratischen Zentralismus:

Stärkung der Rolle der örtlichen Volksvertretungen (1961, 1965)

Entwicklung des "Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung": Gesetz über den Ministerrat; Wahlgesetz und Wahlordnung; Bildung der Landwirtschaftsräte; Neubestimmung der Aufgaben der Staatlichen Plankommission und des Volkswirtschaftsrates (1963).

Reorganisation zentraler Leitungs- und Planungsorgane entsprechend den Anforderungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus: Konzentration der Tätigkeit des Ministerrates auf die Hauptfragen und die Koordinierung der Tätigkeit der anderen staatlichen und Wirtschaftsorgane; engere Verbindung der zentralen Planung mit der eigenverantwortlichen Planungstätigkeit der VVB und VEB; Auflösung des Volkswirtschaftsrates und Errichtung von Industrieministerien (1965)



Schaffung und Ausbau von Forschungs- und Informationsorganen: Reorganisation des Forschungsrates der DDR; Schaffung des Zentralinstituts für Information und Dokumentation sowie einheitlicher Informationseinrichtungen in den Ministerien, VVB und VEB. (1966)

Durchführung eines Volksentscheides über die neue sozialistische Verfassung der DDR (1968).

### 3.2. Schutz von Staat und Gesellschaft

#### 3.2.1. Sicherheit und Verteidigung

FDJ-Aufgebot "Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik" (1961).

Vervollkommen der sozialistischen Wehrgesetzgebung auf der Grundlage der neuen Anforderungen an die Landesverteidigung: Gesetz über die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik; Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht; Beschlüsse des Nationalen Verteidigungsrates über die Umrüstung der NVA. (1962)

Bildung von Kommissionen für sozialistische Wehrerziehung (Beschluß des Politbüros des ZK der SED, Okt. 1962).

Stärkung der Verteidigungskraft durch gemeinsame Manöver der sozialistischen Verteidigungscoalition auf dem Gebiet der DDR: "Quartett 1963", "Oktobersturm" (1965), "Waffenbrüderschaft" (1970).

Schaffung neuer Führungsorgane für den Schutz der sozialistischen Staatengemeinschaft: Komitee der Verteidigungsminister; Militär-rat der Vereinten Streitkräfte; Technisches Komitee. Erweiterung der Aufgaben der bestehenden Führungsorgane: Vereintes Kommando; Stab der Vereinten Kräfte (1969).

Aufbau der Zivilverteidigung in der DDR (Zivilverteidigungsgesetz, Sept. 1970).

#### 3.2.2. Kontrolle

Weiterentwicklung der staatlichen und gesellschaftlichen Kontrolle entsprechend den Anforderungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus.

Schaffung der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI) als neues staatliches und gesellschaftliches Kontrollorgan (1963).

#### 3.2.3. Justiz

Festigung der sozialistischen Rechtsordnung durch Einführung neuer grundlegender Rechtsnormen: Gerichtsverfassungsgesetz (1963); Erlaß des Staatsrates über die Stellung und die Aufgaben der Gerichte für Militärstrafsachen (1963); Strafgesetzbuch (1963); Strafprozeßordnung (1968).

Bildung von Schiedskommissionen als neue gesellschaftliche Organe der Rechtspflege (1965).

Wirken der Justizorgane gegen Anschläge des Klassenfeindes.

### 3.3. Industrie und Bauwesen

Durchsetzung des "Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft":

Konsequenterer Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Stärkere Verbindung von zentraler Leitung und Planung der Volkswirtschaft mit eigenverantwortlicher Tätigkeit, besonders der Industrie- und Baubetriebe. Verbesserung der Führungstätigkeit der zentralen wirtschaftsleitenden Organe. Erhöhung der Autorität des Planes bei Verbesserung des Inhalts und der Methodik der Planung. Konzentration der Kräfte auf die Hauptaufgaben des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR; Juni 1963).

Intensivierung und Angleichung der Leitung und Organisation der Volkswirtschaft, besonders der Industrie und des Bauwesens, entsprechend den Erfordernissen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus: Gründung des Volkswirtschaftsrates zur Ausarbeitung und



Kontrolle der Jahresvolkswirtschaftspläne und zur Leitung der Volkswirtschaft (1961); Umbildung der VVB von administrativen zu ökonomischen Führungsorganen mit wirtschaftlicher Rechnungsführung (1964); Auflösung des Volkswirtschaftsrates, Stärkung der Stellung der Staatlichen Plankommission und Errichtung von Industrieministerien nach Industriezweigen (1966; Umbildung von VVB in leistungsstarke Kombinate der volkseigenen Industrie (1968).

Verstärkte Durchsetzung und Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Rechnungsführung im Rahmen der Einführung des "Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" und Ausbau der statistischen Datenerfassung: Monatsmeldungen über den Produktionsprozeß; Einführung leistungsabhängiger Lohnformen und Schichtprämien; stärkere Beachtung von Preis, Kredit, Zins und Lohn als ökonomische Hebel.

Weiterentwicklung von Industrie und Bauwesen unter den Bedingungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und der Zusammenarbeit im RGW.

Erweiterung der wissenschaftlich-technischen und der ökonomischen Zusammenarbeit der DDR und der UdSSR: Bildung der paritätischen Regierungskommission DDR-UdSSR für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit; Koordinierung der Fünfjahrpläne; Organisation der direkten Zusammenarbeit strukturbestimmender Wirtschaftszweige (1966 ff.); Vereinbarung neuer Formen der Zusammenarbeit (Mai 1968).

Beseitigung aufgetretener Disproportionen im Rahmen des fortschreitenden Aufbaus des Sozialismus. Schaffung der Voraussetzungen zur weiteren Stabilisierung der Volkswirtschaft durch Streichung zusätzlich aufgestellter, nicht realisierbarer Aufgaben und Übergang zur Wiederherstellung der planmäßigen proportionalen Entwicklung Ausbau der wissenschaftlich begründeten Wirtschaftspolitik unter konsequenter Beachtung der ökonomischen Gesetze bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (14. Tagung des ZK der SED, Dez. 1970).

Weitere Optimierung der gesamten Volkswirtschaft und zielgerichtete Förderung der für die Volkswirtschaft entscheidenden Industriezweige.

Ausbau der petrochemischen Industrie: Inbetriebnahme der 2. Ausbaustufe des VEB Erdölverarbeitungswerkes Schwedt und von VEB Leuna II (1966).

Arbeitsaufnahme des ersten Atomkraftwerkes der DDR bei Rheinsberg (1966).

Bau des VEB Kaltwalzwerk Eisenhüttenstadt.

Schaffung neuer profilbestimmender Wirtschaftszweige wie Schiffbau und Landmaschinenbau.

Wesentliche Erweiterung der Produktion von Halbleiterelementen, EDV-Anlagen, BGR-Technik-Geräten und des Maschinenbaus.

Neuordnung des Bauwesens.

Bildung großer Bau- und Montagekombinate. Bildung von Wohnungs-, Tief- und Landbaukombinaten in den Bezirken.

Entwicklung einer stabilen Baumaterialindustrie. Neuordnung der Baumaterialienwirtschaft im Rahmen der Neugestaltung der Materialökonomie (Ministerratsbeschluß, Febr. 1966).

Abschluß des Übergangs von der handwerklichen zur industriellen Produktion im Bauwesen durch die Montagevorgefertigter Bauelemente.

Ausarbeitung von Prinzipien der Planung und Gestaltung im Städtebau (13. Plenartagung der Bauakademie, Okt. 1964).

Herausbildung einer neuen sozialistischen Architektur.

Beseitigung von Monotonie und Schematismus sowie Aufforderung zu originellen und kühnen Lösungen im Städtebau und in der Architektur (1967 ff.).

Übergang zur Aufstellung von sozialistischen Generalbebauungsplänen für Städte (Staatsratsbeschluß, April 1970).

Weiterentwicklung des sozialistischen Rationalisatoren- und Erfinderwesens und des sozialistischen Wettbewerbs.



Verstärkte Standardisierung, Spezialisierung und Konzentration der Produktion, Förderung vielfältiger Kooperationsbeziehungen sowie Technisierung, Mechanisierung und Automatisierung als Hauptwege zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der sozialistischen Industrie und im Bauwesen (1961 ff.).

Hinüberwachsen des Neuererstrebens einzelner Werktätiger in die produktivere Neuererbewegung ganzer Neuerer- und Arbeitskollektive. Breitere Anwendung sowjetischer Neuerererfahrungen. (1961 ff.)

Einführung des Planes "Neue Technik" (1961) und "Wissenschaft und Technik" (1967) zur kontinuierlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Entfaltung der Rationalisatoren- und Neuererbewegung.

Produktionsaufgebot zur raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Warenproduktion bei annähernd gleichem Lohnniveau (Sept. 1961). Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen (1961 ff.). Kampf um das Gütezeichen "Q" für die Haupterzeugnisse der Industrie (1962 ff.). Entwicklung des überbetrieblichen Komplexwettbewerbs zur Aktivierung aller an einem bestimmten Finalprodukt mitwirkenden Kräfte und Betriebe (1963 ff.). Verbindung des Kampfes um höhere Arbeitsproduktivität mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen (1965 ff.).

Konzentration und Systematisierung der Materialökonomie als eines besonderen Wirtschafts- und Leitungszweiges (1966 ff.).

Durchsetzung von Erzeugnisgruppenarbeit als eine neue Methode der Einbeziehung von Privatbetrieben, Betrieben mit staatlicher Beteiligung und industriell arbeitenden Produktionsgenossenschaften des Handwerks in die einheitliche strategische Zielstellung des Produktionsprozesses der einzelnen Wirtschaftszweige (1967 ff.).

Entwicklung sozialer Widersprüche zwischen den hochverdienenden, voll in die sozialistische Industrie einbezogenen Komplementären der Betriebe mit staatlicher Beteiligung und Privatunternehmern einerseits sowie deren tatsächlichen gesellschaftlichen Leistungen und der Entlohnung ihrer Arbeiter und Angestellten andererseits. Progressive Einwirkung der demokratischen Blockparteien CDU, LDPD und NDPD auf die privaten Unternehmer.

Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen in Industrie und Bauwesen, vor allem durch die Schaffung und den Ausbau entsprechender betrieblicher Einrichtungen (1961 ff.).

### 3.4. Handwerk und Dienstleistungen

Aufbau eines engmaschigen Netzes von Dienstleistungsbetrieben.

Weitere Maßnahmen zur Förderung des Handwerks und der Dienstleistungen.

Ökonomische Kräftigung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks als wesentliche Formen der Dienstleistungs- und Reparaturbetriebe (PGH-Steuergesetz, Nov. 1962).

Förderung der privaten Handwerksmeister als Zulieferer von Produktionsbetrieben und als Dienstleistungs- und Reparaturbetriebe.

Einführung des einheitlichen Systems der Rechnungsführung und Statistik in den Produktionsgenossenschaften des Handwerks (Juni 1970).

Bessere Nutzung der vorhandenen Leistungs- und Effektivitätsreserven (Dez. 1970).

Verordnung über die Besteuerung des Handwerks und über die Kreditpolitik gegenüber dem Handwerk (Dez. 1970).

Ausbau von Produktionsgenossenschaften des Handwerks zu industriell produzierenden Betrieben mit Exportverpflichtungen. Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Reparaturen durch den Übergang zahlreicher PGH und privater Handwerksbetriebe zu Leistungen für die Produktion, besonders im Bauhandwerk.



Entwicklung sozialer Widersprüche durch Disproportionen im privaten Handwerk zwischen den Einkommensverhältnissen der selbständigen Meister und ihren Beschäftigten. Progressive Einwirkung der demokratischen Blockparteien CDU, LDPD und NDPD auf die selbständigen Handwerksmeister.

### 3.5. Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft

Weiterentwicklung der sozialistischen Landwirtschaft, vorwiegend auf genossenschaftlicher Grundlage. Übergang zur sozialistischen Produktion in der Landwirtschaft.

Durchsetzung der Prinzipien der genossenschaftlichen Arbeit in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Festigung des Verantwortungsbewußtseins der Genossenschaftsbauern für ihre Genossenschaften. Politische und ökonomische Festigung der LPG, Abschluß der Konsolidierung in der genossenschaftlichen Landwirtschaft.

Gestaltung einer sozialistischen Betriebswirtschaft im Gesamtbereich der Landwirtschaft und Entfaltung der sozialistischen Demokratie in den Genossenschaften (VII. Bauernkongreß, März 1962). Übergang zur Brigadearbeit; Bildung von Spezialistengruppen; Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit des genossenschaftlichen und zwischengenossenschaftlichen Wettbewerbs und der Neuereuerung; Aufbau eines abgestimmten Weiterbildungssystems in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft.

Kontinuierliche politische und ökonomische Aufwärtsentwicklung in den meisten LPG bei Fortbestehen erheblicher Unterschiede im Leistungsniveau. Allmähliche Überwindung der vielfach ungerechtfertigten Unterschiede in der Arbeitsproduktivität einzelner Genossenschaften. Heranführung leistungsschwacher LPG an das Durchschnittsniveau.

Durchsetzung des "Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft".

Aufbau eines neuen Systems der einheitlichen Leitung der sozialistischen Landwirtschaft: Landwirtschaftsrat beim Ministerrat der DDR mit Produktionsleitung; Bezirks- und Kreislandwirtschaftsräte mit Produktionsleitungen (1963). Unterstellung der Nahrungsgüterwirtschaft unter diese Räte; Entwicklung zu Räten für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft. (1968).

Entwicklung zwischenbetrieblicher und innerbetrieblicher Vertragsbeziehungen (1965 ff.).

Einführung des einheitlichen Systems der Rechnungsführung und Statistik unter verstärkter Betonung der Kostenrechnung als Kontrollinstrument (1971).

Allmähliche Durchsetzung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel in den LPG und VEG und Anwendung der jährlich vom Ministerrat festgelegten ökonomischen Hebel.

Durchsetzung einer aktiven Kreditpolitik unter Leitung der Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft (1968 ff.).

Weiterentwicklung des Steuersystems für die Landwirtschaft. Stufenweise Einführung ökonomisch begründeter Abgaben der sozialistischen Landwirtschaft (1969 ff.).

Bildung zwischengenossenschaftlicher und zwischenbetrieblicher Kooperationen in Form der Zwischengenossenschaftlichen/Zwischenbetrieblichen Bauorganisationen (ZBO) und Meliorationsgenossenschaften (1963 ff.).

Bildung übergemeindlicher Abteilungen für Pflanzenproduktion aus den einzelnen LPG; Kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion (KAP) (1964 ff.).

Weitere Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion und Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in sozialistischen Großbetrieben.

Erste Schritte zur agrar-industriellen Produktion: Kombinate industrielle Mast (KIM) (1968 ff.).



Engerer Zusammenschluß zahlreicher landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Produktionsbetriebe mit verarbeitenden Industriebetrieben und Handelsbetrieben zu erzeugnisspezifischen Kooperationsverbänden für Fleisch, Milch, Getreide, Kartoffeln, Obst und Gemüse (1967 ff.).

Orientierung der Agrarwissenschaft auf die weitere Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion.

Übergang zu vertragmäßig geregelten sozialistischen Marktbeziehungen in der Landwirtschaft.

Abbau der durch Ablieferungspflicht bestimmten Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Überführung der VEAB in einen in Kombinat organisiert sozialistischen Landwirtschaftshandel: Getreidekombinate, Fleischkombinate.

Weiterentwicklung des Systems der Agrarpreise: einheitliche Erzeugnispreise für pflanzliche und tierische Produkte (1963; 1968).

Übergang der Landtechnik von den Maschinen- und Traktorenstationen (MTS) auf die LPG. Ausbau der Reparaturkapazität der Landtechnik durch die Kreisstellen für Landtechnik. (1963 ff.)

Orientierung des Landwirtschaftsbaus und des Landmaschinenbaus auf Großanlagen zur agrar-industriellen Produktion (1967 ff.).

Verstärkte Chemisierung der Landwirtschaft: Chemische Düngemittel und Insektizide im Pflanzenbau; Wachstumspräparate in der Tierzucht. Aufbau der Agrochemischen Zentren (ACZ). (1967 ff.) Ausbau des Agrarflugs.

Ausbau des Meliorationswesens zu einem selbständigen leistungsfähigen Wirtschaftszweig innerhalb der Landwirtschaft. Durchführung großflächiger sozialistischer Meliorationsvorhaben. Einführung neuer Meliorationsverordnungen (1962, 1967); Überführung der Meliorationsgenossenschaften in die Zwischenbetrieblichen Einrichtungen (ZBE); Entstehung des VEB Meliorationsbau (1963); einheitliche Meliorationsplanung (1967 ff.); Bildung von Meliorationsverbänden (1967 ff.).

Hervorhebung der Bedeutung der Bodenkultur und ihres Schutzes für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion (Landeskulturgesetz, 1970).

Intensivierung der forstwirtschaftlichen Produktion: Bildung des Staatlichen Komitees für Forstwirtschaft (1965); Verstärkung des Einflusses der volkseigenen Forstwirtschaft auf den genossenschaftlichen und privaten Waldbestand (1966 ff.); Errichtung von Zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen der Waldwirtschaft (ZEW); weitere Mechanisierung der Holzerzeugung und Holzbereitstellung.

Durchsetzung einer planmäßigen Bewirtschaftung der Jagdgebiete.

### 3.6. Umweltschutz und Wasserwirtschaft

Durchsetzung einer einheitlichen Wasserwirtschaftspolitik.

Schaffung eines speziellen Leitungssystems (Wassergesetz, Apr. 1961).

Verstärkter Schutz und intensive Instandhaltung der Gewässer (Verordnung: Juni 1961, Apr. 1963, Sept. 1967, Febr. 1969).

Durchsetzung der einheitlichen Bewirtschaftung von größeren Flußgebieten.

Zusammenfassung wasserwirtschaftlicher Betriebe der Städte und Gemeinden zu größeren Betriebseinheiten auf Kreis- und überkreiselcher Ebene (1962 ff.).

Schaffung der Voraussetzungen für großräumige Lösungen der Trink- und Brauchwasserversorgung und der Abwasserbehandlung, besonders in industriellen Ballungsgebieten (1963 ff.).

Planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur.

Festlegungen über die Naturschutzgebiete (1961 ff.).

Wiederurbarmachung bergbaulich genutzter Bodenflächen (1970 ff.).

Intensivierung und Hebung des Natur- und Landschaftsschutzes durch Neuregelung des Umweltschutzes (Landeskulturgesetz 1970).



### 3.7. Binnen- und Außenhandel

Vertiefung und Erweiterung der Handelsbeziehungen mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten. Kontinuierliche Lieferung sowjetischen Erdöls als Voraussetzung für den Aufbau einer modernen petrochemischen Industrie in der DDR (Bau der Erdölleitung "Freundschaft").

Wesentliche Ausdehnung des Außenhandels der DDR mit nichtsozialistischen Ländern. Entwicklung des Handels zwischen der DDR und der BRD vom imperialistischen Wirtschaftskrieg zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Weiterer Ausbau des Binnenhandels zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Waren. Ausdehnung des Handelsnetzes.

Schaffung und Entwicklung des Exquisit-Einzelhandels für Industriewaren (1961 ff.), Modewaren (1962 ff.).

Entstehung und Festigung neuer Formen im Handel und Beherbergungswesen: Vereinigung Volkseigener Warenhäuser; Vereinigung Interhotel; Großhandelsbetriebe Textil- und Kurzwaren (1964 ff.).

Bildung zentralgeleiteter Handelssysteme im Großhandel mit Industriewaren (1968).

Tätigkeit privater Einzelhändler und Gastwirte als Kommissionshändler des sozialistischen Einzelhandels (1966 ff.).

Gestaltung von Vertragsbeziehungen zwischen der örtlichen Räten und den Betrieben zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen (1968 ff.).

### 3.8. Verkehr, Post und Fernmeldewesen

Verbesserung des Gütertransportes (Verordnung, Aug. 1961). Aufbau des Großcontainertransports (1968 ff.).

Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr (Straßenverkehrsordnung und Straßenverkehrszulassungsordnung, Jan. 1964).

Verbesserung der Binnenhafenverhältnisse (Anordnung, Juni 1964).

Neuregelung der Verhältnisse der Deutschen Post (Statut, Juli 1964) Einführung des Postleitzahlensystems (Beschluß, Aug. 1964).

Beitritt zu internationalen Vereinbarungen über den Eisenbahn-, Personen- und Güterverkehr (1964), zum Weltpostverein und zu postalischen Vereinbarungen (1970).

### 3.9. Finanzen und Preise

Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus im Finanzwesen. Festigung des Monopols des sozialistischen Staates für das Währungs- und Finanzsystem und die Außenwirtschaft einschließlich Valutawirtschaft.

Durchsetzung des "Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" in der Finanzwirtschaft.

Planung und Bilanzierung des Staatshaushaltes und Konzentration der Investfinanzierung auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte (1964 ff.).

Durchsetzung des einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik (1966 ff.).

Verstärkte Anwendung von Kredit und Zins als ökonomische Hebel und Herstellung direkter Kreditbeziehungen zwischen Bank und Betrieb.

Ausbau der Kontrollfunktionen der Banken bei der Planerfüllung (1964).

Einsatz der Finanzwirtschaft und -kontrolle zur Erzielung maximaler Senkung der Selbstkosten und Erhöhung der Rentabilität. Verstärkung der aktiven Einflußnahme der Finanz- und Finanzrevisionsorgane auf die Wirtschaftsführung der Betriebe an Stelle einer lediglich passiven Widerspiegelung der materiellen Prozesse (1967 ff.).

Reorganisation des Bank- und Versicherungswesens zur weiteren Vereinheitlichung und straffen Leitung der Finanzkontrolle entsprechend den Anforderungen des entwickelten Sozialismus u. a. durch Bildung der Staatsbank der DDR (1967) und spätere Eingliederung der Industrie- und Handelsbank (1974).



Umbewertung der Grundmittel als Voraussetzung der Übereinstimmung der Beziehungen zwischen Grundmittelwert und Bruttopreis zur ökonomischen Wirksammachung des Gewinns:

volkseigene und genossenschaftliche Wirtschaft (1964 f.)

Haushaltsorganisationen (1964 ff.).

Straffung und Vereinfachung bestimmter Steuerzweige:

Einkommenssteuer, Grundsteuer, Grunderwerbssteuer (1970).

Neugestaltung und Durchsetzung der sozialistischen Preispolitik:

Industriepreisreform zur Schaffung eines sozialistischen Preistyps: gesellschaftlicher Arbeitsaufwand als Preisgrundlage; Kontrolle der materiellen Planerfüllung durch den Preis (1964 ff.).

Bildung des Amtes für Preise (1967).

### 3.10. Bildung und Erziehung

Schaffung der Bedingungen für die sozialistische Bildung und Erziehung als Grundrecht und Grundpflicht der Bürger und als Voraussetzung des Weges zur gebildeten Nation. Gewährleistung der allseitigen Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Menschen.

Schaffung eines einheitlichen sozialistischen Bildungssystems. Sicherung des einheitlichen Bildungs- und Erziehungsprozesses von den Vorschuleinrichtungen bis zur Berufs- und Hochschulausbildung (Grundsätze, April 1964; Beschluß des ZK der SED, Febr. 1965; Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem, Febr. 1965).

Vorbereitung und Durchsetzung der polytechnischen Allgemeinbildung und Erziehung als Grundprinzip der sozialistischen Schule.

Verstärkte Übernahme der Erkenntnisse der Sowjetpädagogik (wissenschaftliche Konferenz, 1962; VII. Pädagogischer Kongreß, 1970).

Vervollkommen der Vorschulerziehung durch Aufnahme der meisten Kinder im Vorschulalter in staatliche Kindergärten. Verbesserung der Vorschulpädagogik (Bildungs- und Erziehungsplan für die

Kindergärten; 1965, 1967).

Realisierung der Prinzipien der zehnklassigen polytechnischen Oberschulbildung für alle Schulpflichtigen.

Stärkere Einflußnahme der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei auf die Bildung und Erziehung in der allgemeinbildenden Schule. Entwicklung effektiver Patenschaftsbeziehungen zwischen Schulklassen und Arbeitskollektiven.

Stärkere Verbindung von Allgemeinbildung und Berufsbildung in den polytechnischen Oberschulen unter Wahrung des Primats der Allgemeinbildung.

Schrittweise Einführung von präzisierten Lehrplänen in den Unterrichtsfächern und Klassenstufen der allgemeinbildenden Schulen (1965 ff.).

Umfassende Verbesserung der Lehrerbildung und der Lehrerweiterbildung für die allgemein- und berufsbildenden Schulen.

Ausbau eines stabilen Systems der Berufsbildung.

Verbesserung der Leitung und Planung der Berufsbildung durch Anpassung der Ausbildungsberufe an die Erfordernisse des entwickelten Sozialismus und Orientierung auf Grundberufe. Verselbständigung der Berufsbildung als eines besonderen Leitungssystems.

Entwicklung der Berufslenkung und Berufsberatung unter Berücksichtigung der Berufswünsche der Schüler (1970 ff.).

Erziehung der Lehrlinge zu allseitig gebildeten, klassenbewußten und hochqualifizierten Facharbeitern als Nachwuchs für die Arbeiterklasse (Volkskammerbeschluß, Juni 1968).

Einführung der BMSR-Technik, der Datenverarbeitung und der Elektronik als Grundlagenfächer für die Berufsbildung (Anordnungen: Juli 1968, Mai 1969).



Stärkere Systematisierung und Wirksamkeit der Erwachsenenqualifizierung zur Wissensvermittlung an die unter kapitalistischen Verhältnissen herangewachsenen Altersgruppen der Bevölkerung besonders in Industrie und Landwirtschaft (Verordnung, Sept. 1962; Volkskammerbeschluß, Sept. 1970).

Weitere Entwicklung der Forschung und Lehre an den Hochschulen. Engeres Zusammenwirken von Natur- und Technikwissenschaften mit den Gesellschaftswissenschaften. Stärkere Praxisbezogenheit der Forschung und Lehre. Klassenmäßige Erziehung der Studenten. Schaffung einer modernen Hochschulstruktur. Veränderung des Leitungssystems. (3. Hochschulreform, 1967).

Umwandlung der Akademie der Wissenschaften der DDR zum Zentrum der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung in der DDR (Akademiereform, 1969). Orientierung des wissenschaftlich-technischen Potentials auf zielgerichtete Großforschungsvorhaben für den weiteren Aufbau des Sozialismus.

### 3.11. Kultur

Herausbildung einer sozialistischen Nationalkultur in der DDR als Teil der sozialistischen Weltkultur. Weiterführung der sozialistischen Kulturrevolution.

Erhöhung des unmittelbaren Einflusses der Arbeiterklasse und ihrer Partei auf die kulturelle und ideologische Entwicklung. Auswertung der Erfahrungen der Sowjetunion auf dem Gebiet der Kultur und der Leitung der Kulturpolitik.

Weiterentwicklung des sozialistischen Realismus in der Kunst. Steigerung der künstlerischen und kulturellen Aktivitäten der Berufsverbände der Künstler und Schriftsteller. (VI. Parteitag der SED, Jan. 1963; 2. Bitterfelder Konferenz, April 1964)

Stärkere Verbindung des künstlerischen Schaffens mit der produktiven Arbeit der Werktätigen. Festigung des Bündnisses zwischen den Werktätigen und den Kulturschaffenden (2. Bitterfelder Konferenz, April 1964).

Auseinandersetzung mit sozialismusfremden und -feindlichen Erscheinungen im kulturellen und besonders im künstlerischen Bereich (11. Tagung des ZK der SED, Dez. 1965).

Allmähliche Überwindung der Niveauunterschiede zwischen Stadt und Land auf kulturellem Gebiet.

Niveauvolle Gestaltung nationaler und regionaler Kulturveranstaltungen: Arbeiterfestspiele, Künstler-Jubiläen, nationale Gedenktage.

Weiterentwicklung der kulturellen Massenarbeit.

Entfaltung einer sinnvollen Freizeitgestaltung und einer breiten künstlerischen und kulturellen Selbstbetätigung der Werktätigen.

Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten mit den Mitteln von Kunst und Kultur (13. Sitzung des Staatsrates, Okt. 1968).

Entfaltung der sozialistischen Volkskultur als einer breiten kulturellen Massenbewegung (VII. Parteitag der SED, April 1967; 10. Tagung des ZK der SED, April 1969).

Förderung der Musikkultur (1. Musikkongreß der DDR, Sept. 1964). Entwicklung des sozialistischen Chorwesens und der Singebewegung der Jugend zu kulturpolitisch und kulturell bedeutsamen Erscheinungen (Jugendstudio DT 64).

Weiterer Aufschwung auf dem Gebiet der darstellenden Kunst. Intensiverer Einsatz der Filmkunst (Kino- und Fernsehfilm) zur sozialistischen Bewußtseinsbildung. Produktion neuer Filme, besonders über die Entwicklung des sozialistischen Menschen und zu historischen Ereignissen; öffentliche Diskussion mehrteiliger Fernsehfilme wie "Gewissen in Aufruhr" (1961). Einführung des Farbfernsehens (1969). Bekämpfung subjektiver Verzerrungen der sozialistischen Wirklichkeit durch Film und Literatur.

Stärkung der Rolle des Buches bei der kulturellen Bildung und Unterhaltung.

Aktivierende Rolle der neuen realistischen Darstellung in den Werken der Schriftsteller der DDR. Neue Werke der Sowjetliteratur in deutscher Übersetzung.

Zunahme des Bücherlesens und des Bücherstudiums als feststehende Lebensgewohnheit.



Bereitstellung von unterhaltender, bildender und wissenschaftlicher Literatur zur Hebung des Bildungsstandes und zur kulturellen Erziehung der Werktätigen durch den Buchhandel und die Bibliotheken.

Steigende Anerkennung und gesellschaftliche Gestaltung der bildenden Kunst. Breite Auseinandersetzung der bildenden Kunst mit der sozialistischen Gegenwart, mit der Geschichte und dem Erbe in Kunst und Gesellschaft.

Herausbildung der Museen zu Stätten der ästhetischen Volkserziehung, der Förderung des Geschichtsbewußtseins, des National- und Heimatbewußtseins und der naturwissenschaftlichen Erkenntnis. Erhöhung des Einflusses der sozialistischen Ideologie auf die Darstellungsweise und die Aussagekraft der Museen.

### 3.12. Jugendpolitik, Körperkultur und Sport

Durchsetzung des sozialistischen Prinzips, der Jugend entsprechend ihrem gewachsenen Bewußtsein größeres Vertrauen entgegenzubringen und ihr höhere Verantwortung bei der Leitung, Planung und Mitgestaltung gesellschaftlicher Prozesse, staatlicher Aufgaben und volkswirtschaftlicher Schwerpunkte zu übertragen.

Zunehmender Einfluß der Arbeiterklasse auf die klassenmäßige Erziehung der Jugend und Gewinnung aller Jugendlichen für den umfassenden Aufbau des Sozialismus. Intensivere Aneignung der Lehren des Marxismus-Leninismus durch die Jugend.

Neufestlegung der Rechte und Pflichten der Jugend entsprechend den Anforderungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus (Jugendgesetz, Mai 1964).

Beginn der FDJ-Studententage und FDJ-Studentenbrigaden (1966).

Forderung nach Erhöhung der Wirksamkeit des sozialistischen Jugendverbandes bei der Erziehung der Jugendlichen zu sozialistischen Persönlichkeiten (VII. Parlament der FDJ, 1967).

Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Organen, der FDJ und dem FDGB bei der Förderung der Jugend.

Einbeziehung weiterer Altersgruppen der Jugend in die unmittelbare politische Machtausübung (Verfassung der DDR, 1968).

Bessere Befriedigung der Bedürfnisse junger Menschen nach inhaltsreicher und interessanter Freizeitgestaltung, u. a. Jugendtouristik, Jugendklubs.

Intensivierung der Bewegung "Messe der Meister von morgen" (MEM).

Orientierung der Jugend auf vormilitärische und wehrsportliche Aufgaben (Signal DDR 20, 1969; 1. Wehrsportspartakiade in Schwerin, 1971).

Anfänge einer wissenschaftlichen sozialistischen Jugendforschung.

Verstärkte Entwicklung des Volkssportes, vor allem des Kinder- und Jugendsportes (Turn- und Sportfeste der DDR; Kinder- und Jugendspartakiaden).

Förderung eines das Weltniveau maßgebend bestimmenden Leistungssports. Grundlegende Verbesserung der sportwissenschaftlichen Forschungstätigkeit und der Trainingsbedingungen. Hebung der wissenschaftlichen Ausbildung auf dem Gebiet von Körperkultur und Sport.

Stärkung des internationalen Ansehens des DDR-Sports als eine politische Aufgabe im Kampf um die weltweite völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Durchsetzung der Gleichberechtigung der DDR im Internationalen Olympischen Komitee und in den internationalen Sportorganisationen. Demonstration der sich ständig steigenden Leistungen des DDR-Sports in internationalen Vergleichskämpfen, besonders bei Olympiaden und in Europa- und Weltmeisterschaften.



### 3.13. Sozialpolitik und Gesundheitswesen

Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Einführung des Gesetzbuches der Arbeit entsprechend den Anforderungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus (1961).

Neue gesetzliche Regelung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten (Dez. 1961).

Neuregelung des Kur- und Erholungswesens (Juni 1961; Aug. 1967).

Verbesserung des Arbeitsschutzes (1962).

Förderung der Arbeitshygiene in den Betrieben unter den Bedingungen der sozialistischen Rationalisierung und der Chemisierung der Volkswirtschaft (1963).

Festigung und Förderung der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (1963).

Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Betreuung der Werktätigen auf Großbaustellen (Sept. 1964).

Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche (1967).

Vergünstigungen an kinderreiche Familien (Dez. 1970).

Entwicklung langfristiger Programme zur planmäßigen Gestaltung gesunder und hygienischer Arbeits- und Lebensbedingungen und Entwicklung gesundheitsfördernder Verhaltensweisen der Bevölkerung (Apr. 1970).

Ausweitung des Sozialwesens.

Rentenverordnung (1963); Freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR), (Erlaß des Staatsrates, 1968).

Verstärkung der Frauenförderung; Verbesserung der Schwangerenbetreuung; Ausbau der Ehe- und Sexualberatung (1963 ff.).

Schaffung neuer Krippenplätze. Verbesserung der Krippenerziehung nach der medizinisch-hygienischen und pädagogischen Seite (Krippenerziehungsprogramm, 1966).

Ausbau der Rehabilitation und der Schwerbeschädigtenbetreuung: Bildung von Rehabilitationskommissionen in den Kreisen und Bezirken (1961); Ausbau der Rehabilitationszentren; verstärkte Förderung geistig schwerbehinderter Kinder (1968 ff.).

Kontinuierliche Erhöhung der Plätze in Alters- und Pflegeheimen. Profilierung und Spezialisierung der Heime für ältere Bürger: Feierabend-, Pflege- und Krankenhäuser.

Weiterer Ausbau des Gesundheitswesens und Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung.

Erprobung unterschiedlicher Leitungen des Gesundheitswesens: Gesundheitszentren; Vereinigte Gesundheitseinrichtung im Kreis unter einem Ärztlichen Direktor (VI. Parteitag der SED, 1963).

Herausbildung und Entwicklung leistungstarker Einrichtungen für die stationäre Gesundheitsbetreuung; verstärkter Ausbau von Spezialabteilungen in Bezirks- und Kreiskrankenhäusern.

Aufbau eines einheitlichen Blutspende- und Transfusionsdienstes (1962 ff.).

Aufbau eines Netzes virologisch-diagnostischer Einrichtungen (1966 ff.).

Herstellung und Einsatz verbesserter Impfstoffe gegen Infektionskrankheiten.

Verdichtung des Netzes der ambulanten medizinischen Betreuung in den Wohn- und Arbeitsstätten und allmähliche Beseitigung von Disproportionen in der ambulanten Versorgung. Verbesserung des Stadt-Land-Verhältnisses.

Aufbau eines Dispensärsystems in den Kreisen und Gemeinden besonders für Diabetes, Herz-Kreislauf-Krankheiten und Geschwulst- und Rheumaerkrankungen.

Aufbau eines leistungsstarken Systems der dringenden medizinischen Hilfe (1966 ff.).



Aufbau eines effektiven Kur- und Bäderwesens: Übernahme des Kur- und Bäderwesens durch das staatliche Gesundheitswesen (1962); Kurordnung (1967); Konzentration der Kapazitäten in leistungsfähigen Bädern (1970 ff.).

Verbesserung der inhaltlichen Leitung und Kontrolle der medizinischen Wissenschaft und Konzentration der medizinischen Forschung auf Krankheiten mit dem höchsten Anteil an Morbidität und Mortalität (VI. Parteitag der SED, 1963; VII. Parteitag der SED, 1967; Staatsratsbeschuß, April 1970).

Erhöhung der gesellschaftlichen Anerkennung des mittleren medizinischen Personals (Beschuß, Juli 1961).

Ausbau der Medizinalstatistik (1967 ff.).

### 3.14. Außenpolitik und internationale Verbindungen

Kampf um Frieden und internationale Sicherheit.

Konsequentes Eintreten für die Sicherung des Friedens, Entspannung, Beseitigung politischer Krisenherde und Völkerverständigung auf der Grundlage des Prinzips der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

Förderung der Abrüstung. Minderung der Atomkriegsgefahr. Unterstützung aller Vorschläge über die Nichtweitergabe von Atomwaffen und die stufenweise Abrüstung bei den Atomwaffen.

Forderung nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung über Frieden, Zusammenarbeit und Grenzanerkennung in Europa (Bukarester Deklaration, 1966; Budapester Appell, 1969; Budapester Erklärung, Juni 1970).

Anerkennung der DDR als gleichberechtigter, souveräner Staat. Bestrebungen der DDR für die Herstellung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten in der nationalen Frage (Nationales Dokument, 1962; Briefaustausch SED - SPD, 1966).

Weiterführung des Abgrenzungsprozesses der sozialistischen DDR gegenüber der imperialistischen BRD (1967 ff.); Bemühungen der DDR um die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten (Vertragsentwurf, 1967; Treffen zwischen Stoph und Brandt in Erfurt und Kassel, 1970).

Kampf um eine weltweite völkerrechtliche Anerkennung der DDR: erster Aufnahmeantrag für die UNO (1966); Anerkennung durch 14 nichtsozialistische Staaten Afrikas, des Nahen Ostens und Asiens (1969 - 1970).

Mitarbeit der DDR als gleichberechtigtes Mitglied in der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Verstärkte Eingliederung der DDR in das sozialistische Weltlager, vor allem auf politischem und militärischem Gebiet. Aufbau eines Systems zweiseitiger Freundschafts- und Beistandsverträge mit der UdSSR (1964) sowie mit der VR Polen, der CSSR, der Ungarischen VR und VR Bulgarien (1967).

Verstärkung der wissenschaftlich-technischen und der ökonomischen Zusammenarbeit mit den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft bei fortschreitender Koordinierung der Aufgaben. Beratung der Grundprinzipien der Zusammenarbeit (Beratung der Ersten Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Ministerpräsidenten der RGW-Länder, Juni 1962); Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen (18. Tagung des Exekutivkomitees des RGW, Juni 1965); Koordinierung der wissenschaftlich-technischen Forschung und Realisierung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit (20. Tagung des Exekutivkomitees des RGW, Dez. 1965; XXI. Ratstagung des RGW, Dez. 1967); Koordinierung der Volkswirtschaftspläne 1966 - 1970;



(22. Tagung des Exekutivkomitees des RGW, April 1966); Ausarbeitung des Kampfprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration ab 1969.

Ausbau der militärischen Führungsorgane der Warschauer Vertragsstaaten (1968).

Rettung und Sicherung des Sozialismus in der CSSR durch die militärische Hilfe von Staaten des Warschauer Vertrages (Aug. 1968).

Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin (1970).

Unterstützung des nationalen und sozialen Befreiungskampfes in den Entwicklungsländern.

Hilfe der DDR für afrikanische Staaten: FDJ-Einsätze (1964 ff.).

Staatsbesuch in Ägypten (1965).

Moralische und materielle Hilfe für das gegen die USA-Aggression kämpfende vietnamesische Volk (Erklärung der Volkskammer der DDR, Sept. 1966; Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, Juni 1969).

#### 4. Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft 1971 - 1981

##### Grundtendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung

Ausarbeitung der Grundlagen der Konzeption des entwickelten Sozialismus unter Zugrundelegung der Erfahrungen der KPdSU und anderer Bruderparteien. Formulierung und Durchsetzung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Einbeziehung der DDR in die Lösung des Problems der europäischen Sicherheit und in die Durchsetzung der Entspannungspolitik (Vierseitiges Abkommen, Grundlagenverträge, Konferenz von Helsinki). Weltweite Anerkennung der DDR. Vertiefung der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten und Ausbau der ökonomischen Integration (Komplexprogramm). Verstärkung der internationalistischen Solidarität. Kampf um Fortführung der Entspannungspolitik gegen beginnende imperialistische Hochrüstung und einen neuen imperialistischen Wirtschaftskrieg (Handelsrestriktionen, Kreditboykott gegen die DDR).

Weitere Verstärkung des Friedenskampfes in den Kirchen der DDR besonders gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung und die Massenvernichtungsmittel. Fortdauer der Bemühungen der sozialistischen Staaten um die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften (Zusammenkunft E. Honeckers mit führenden Vertretern der Kirche, 6. März 1978).

Vervollkommenung der politischen Organisation der Gesellschaft durch Stärkung und Ausgestaltung der sozialistischen Staatsmacht und breite Entfaltung der sozialistischen Demokratie. Weiterentwicklung der Planungs- und Leitungstätigkeit des sozialistischen Staates und stärkere Konzentration auf die qualitativen Wachstumsfaktoren. Ausbau des Systems der Landesverteidigung.

Erhöhung der führenden Rolle der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Vertiefung der Bündnispolitik mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, mit der sozialistischen Intelligenz und anderen werktätigen Schichten zur Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes. Umwandlung



der Reste der privaten Unternehmer in Werktätige und sozialistische Leiter (1972). Beseitigung der Bourgeoisie als Klasse. Weitere Ausprägung der Merkmale der sozialistischen deutschen Nation.

Planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft auf der Grundlage realer Planung und auf dem Wege der Intensivierung der Produktion, der sozialistischen Rationalisierung und der erhöhten Praxiswirksamkeit der Wissenschaft zur langfristigen Lösung der Hauptaufgabe.

Beschleunigung der Intensivierung seit Mitte der 70er Jahre zur vollen Verwirklichung der Hauptaufgabe und des Kernstücks des sozialpolitischen Programms, des Wohnungsbaus, Orientierung auf schnelleres Wachstumstempo zur Sicherung des sozialpolitischen Programms bei ungünstigeren außenwirtschaftlichen Bedingungen.

Ausbau der Energiebasis durch verstärkte Nutzung der Brennstoffressourcen. Förderung von Handwerk und Gewerbe zur Verbesserung des Dienstleistungswesens. Umwandlung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung, industriell produzierenden PGH sowie privaten Industrie- und Baubetrieben in Volkseigentum. Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion durch systematische Herausbildung industriemäßiger Produktionsmethoden, Kooperation und Spezialisierung.

Aufschwung der Wettbewerbs-, Rationalisatoren- und Neuererbewegung zur Intensivierung der Produktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität. Wachsende Rolle und Verantwortung der Gewerkschaft bei der Organisation und Führung des Wettbewerbs und bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Verstärkte materielle Stimulierung des Leistungsvermögens der Werktätigen.

Neue Etappe der sozialistischen Kulturrevolution, weitere Ausprägung der sozialistischen Nationalkultur. Aufschwung des geistig-kulturellen Lebens in Wechselwirkung mit der ökonomischen Entwicklung und dem Fortschritt in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Herausbildung vielfältiger und differenzierter kultureller Bedürfnisse der Werktätigen, sozialistischer Denk- und Verhaltensweisen in Wechselwirkung mit der Entwicklung der

Sozialstruktur und der weiteren Annäherung der Klassen und Schichten.

Aufschwung der Gesellschafts- und Naturwissenschaften, Vertiefung des Prozesses der Integration und Differenzierung der Wissenschaften unter Verstärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit. Konsequenter Durchsetzung der Forschungsplanung auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften (1972 ff.). Weitere Ausgestaltung und Festigung der allgemeinbildenden zehnklassigen polytechnischen Oberschule auf der Basis des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems.

#### 4.1. Politische Organisation der Gesellschaft

##### 4.1.1. Parteien und Massenorganisationen

##### SED und demokratische Parteien

Ausbau der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der SED, weitere Ausarbeitung und Konkretisierung der Strategie und Taktik zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und des Übergangs zum Kommunismus. Vertiefung der Bündnispolitik zur Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes.

Beschluß über die Strategie und Taktik zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR; Formulierung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik; Kurs auf Intensivierung der Produktion (VIII. Parteitag der SED, Juni 1971).

Beschluß von Maßnahmen zur Umwandlung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung, privaten Industrie- und Baubetrieben in Volkseigentum in enger Zusammenarbeit von SED, LDPD, CDU, NDPD und DBD (1972).

Verstärkung der Parteikontrolle durch die Grundorganisationen in den Staatsorganen, Betrieben und Einrichtungen, u. a. über die Pläne Wissenschaft und Technik (1971 ff.). Vertiefung der politischen Massenarbeit der Partei in den Arbeitskollektiven und in den Wohngebieten (1971 ff.).



Bildung der Räte der Parteisekretäre in Kombinat der Industrie und des Bauwesens gemäß Beschluß des Sekretariats des ZK der SED (Juni 1975). Weitere Erhöhung der politischen Massenarbeit in den Wohngebieten (Beschluß des Sekretariats des ZK der SED, Okt. 1979).

Programm der SED zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und zur Schaffung der grundlegenden Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus. Beschluß über die Fortführung der Hauptaufgabe und den komplexen Ausbau der materiell-technischen Basis. Annahme eines neuen Parteistatuts (IX. Parteitag der SED, März 1976, Fortsetzung des Kurses der Hauptaufgabe und die ökonomische Strategie der 80er Jahre (X. Parteitag der SED, Apr. 1981).

Beschluß über die Stärkung der materiell-technischen Basis, v. a. durch produktive Akkumulationen und konzentrierten Einsatz der Investitionen (10. Tagung des ZK, Apr. 1979). Herausarbeitung der ökonomischen Erfordernisse zur Fortführung der Hauptaufgabe (11. Tagung des ZK, Dez. 1979).

Beschluß über die weitere Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik (13. Tagung des ZK, Dez. 1980).

Vertiefung der multi- und bilateralen Beziehungen zwischen SED und den kommunistischen Parteien der sozialistischen Staatengemeinschaft. Herausbildung eines umfassenden Systems der Zusammenarbeit, des Erfahrungsaustausches sowie der Abstimmung der strategischen und politischen Grundfragen (1973 ff.). Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Parteiorganisationen der KPdSU und der SED auf gemeinsamen Großbaustellen (1975 ff.).

#### FDGB

Erhöhung der Verantwortung der Rolle der Gewerkschaften als Träger der Wettbewerbsbewegung und der "Schulen der sozialistischen Arbeit":

Förderung des Kampfes der Kollektive um den Ehrentitel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" durch die betrieblichen Gewerkschaftsleitungen und Entwicklung der Bewegung "Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" (8. Kongreß des FDGB, Juni 1972).

Organisierung von Masseninitiativen, v. a. in der Zulieferindustrie, der Energiewirtschaft, den Exportbetrieben und in der Konsumgüterindustrie (1971 ff.) sowie zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und -effektivität.

Förderung der Rationalisatoren- und Neuererbewegung sowie der ant imperialistischen Solidarität (9. Kongreß des FDGB 1977).

Entstehung der "Schulen der sozialistischen Arbeit" in den Betrieben (April 1972).

Abschluß neuer Vereinbarungen über die Zusammenarbeit des FDGB mit den sowjetischen Gewerkschaften (1973).

#### FDJ

Festlegung der Aufgaben der jungen Generation bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Sozialistische Klassenerziehung der Jugend als Grundaufgabe der FDJ (IX. Parlament, Mai 1971, X. Parlament, Juni 1976, XI. Parlament, Juni 1981).

Konkretisierung der Aufgaben der Jugend bei der Intensivierung, der Rationalisatoren- und Neuererbewegung und der Aktion "Materialökonomie 1971"; Übernahme wichtiger Wohnungsbauvorhaben als Jugendobjekte (1972). Fortführung zentraler Jugendobjekte wie "KKW Nord" und "Zentrale Erntetechnik" (1972 ff.).

FDJ-Initiative "DDR 25" (1974). "FDJ-Freundschaftsstafette" und Pionierauftrag "Folgt dem Weg des roten Sterns" in Vorbereitung des 30. Jahrestages der Befreiung (1974 f.).

Aufnahme von über 100 000 FDJ-Mitgliedern anlässlich des IX. Parteitages als Kandidaten der SED ("Parteitagssinitiative der FDJ" 1975 - 1976).

Zentrales Jugendobjekt "FDJ-Initiative Berlin" (1976 ff.).



"Parteitagssinitiative der FDJ" und Aktion "Pioniersignal X. Parteitag". Kampf der Grundorganisationen der FDJ um die Ehrenbanner der SED (1980). Übernahme neuer Verpflichtungen (1981 ff.).

Durchführung nationaler und internationaler Festivals, u. a. X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin (Juli/Aug. 1973) sowie von Festivals der Freundschaft (Mai 1975, Mai 1980).

Abschluß neuer Vereinbarungen über die Zusammenarbeit der FDJ mit dem Komsomol (1973).

#### DSF

Vertiefung der Deutsch-sowjetischen Freundschaft durch:

Entwicklung von Massenbewegungen zur Erringung des Ehrentitels "Kollektiv der Deutsch-sowjetischen Freundschaft" (1971 ff.).

Bildung von Zirkeln zur Auswertung sowjetischer Neuerererfahrungen (1971 ff.).

Propagierung der sowjetischen Kultur in der DDR in Vorbereitung des 50. Jahrestages der UdSSR (1971 f.).

Durchführung des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (1977).

Weiterentwicklung der kulturellen Massennarbeit der DSF (Beschluß des ZV der DSF, Apr. 1980).

#### DFD

Organisierung der sozialistischen Nachbarschaftshilfe im Wohngebiet, der Mitwirkung zur Verschönerung der Wohngegend, zur Sicherung von Ordnung und Sauberkeit in Stadt und Land durch den DFD (1975 ff.).

#### 4.1.2. Massenbewegungen

Erhöhung der politischen Massennarbeit; Durchführung von Volksaussprachen und Verpflichtungsbewegungen zu politischen Höhepunkten wie Parteitag, Wahlen u. a.; Förderung und Erweiterung

des Inhalts und des Umfangs der Neuerer- und Rationalisatorbewegung:

Breite Entwicklung der antiimperialistischen Solidarität und aktive Unterstützung für die nationalen Befreiungsbewegungen, für Vietnam, Chile, Nikaragua, Kampuchea u. a. (1971 ff.).

Wettbewerbe zur Intensivierung der Produktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität, u. a. Arbeit nach persönlich-schöpferischen Plänen, Intensivierungskonzeptionen, Gegenplanbewegung, Initiativschichten, "Notizen zum Plan".

Wettbewerbsbewegungen der Genossenschaftsbauern und Landarbeiter in den LPG und VEG (1971 ff.).

Betriebskonferenzen zum Wettbewerbsprogramm "Aus jeder Mark, jeder Stunde Arbeitszeit, jedem Gramm Material einen größeren Nutzeffekt" (1973 ff.). Verpflichtungsbewegung zur Erfüllung der Exportaufgaben (1976 ff.).

Erarbeitung einer zusätzlichen Tagesproduktion mit eingespartem Material zu Ehren des X. Parteitages auf Beschluß der Vertrauensleute-Vollversammlungen (1980 ff.).

Stärkere Orientierung des sozialistischen Wettbewerbs auf die qualitativen Wachstumsfaktoren (1980 ff.).

Wettbewerb der Nationalen Front "Schöner unsere Städte und Gemeinden - mach mit!" (1972 ff.).

#### 4.1.3. Staatsorgane

Vervollkommnung des politischen Systems durch Festlegung der uneingeschränkten und umfassenden Wirksamkeit des Ministerrates als oberstes Exekutivorgan der Volkskammer (Gesetz über den Ministerrat vom 16. Okt. 1972) und Erhöhung der Verantwortung der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte (Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe vom 12. Juli 1973).



Vervollkommnung der sozialistischen Gesetzlichkeit:

Inkrafttreten des Gesetzes über die Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR (Okt. 1974).

Verbesserung der Arbeit mit den Eingaben der Bürger (Eingabengesetz vom 19. Juni 1975).

Stärkung der sozialistischen Staatsmacht und weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie durch Neukonzipierung der Wahlgrundsätze (Wahlgesetz vom 24. Juni 1976).

Durchsetzung des Territorialprinzips bei der Durchführung der staatlichen Pläne:

Programme und Maßnahmen der örtlichen Räte zur rationellen Nutzung der materiellen und finanziellen Ressourcen des Territoriums sowie zur Modernisierung und Erweiterung der Produktion und der Schaffung vorteilhafter Kooperationsbeziehungen (1972 ff.).

Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Kombinat, Betrieben, Genossenschaften und wissenschaftlich-technischen Einrichtungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Gewährleistung des rationellen Einsatzes des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, Entwicklung der Gemeinschaftsarbeit bei Rationalisierungs- und Investitionsvorhaben sowie auf dem Gebiet des Umweltschutzes (1973 ff.).

Weiterentwicklung der Gemeindeverbände (1973 ff.).

Organisierung von Materialbörsen, Werkfahrgemeinschaften, Be- und Entladegemeinschaften zwischen Betrieben und Einrichtungen durch die örtlichen Räte (1976 ff.).

Ausbau der territorialen Rationalisierung, u. a. durch die "Banken für Reserven produktiver Fonds" zur überbetrieblichen Nutzung freier Produktionsfonds und besseren Auslastung der Grundfonds sowie bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen (1980 ff.).

Vertiefung des Zusammenwirkens zentraler und örtlicher Staats- und Wirtschaftsorgane bei der Standortverteilung der Produktivkräfte.

Allseitige Unterstützung bei Schwerpunktaufgaben von Wissenschaft und Technik und der sozialistischen Rationalisierung, v. a. der Mikroelektronik, der Robotertechnik und des Werkzeugmaschinenbaus sowie der Vorhaben der Rohstoffproduktion, der Materialökonomie und der Produktion von absetzbaren Exporterzeugnissen und hochwertigen Konsumgütern durch rationelle Nutzung der territorialen Reproduktionsbedingungen als grundlegende Aufgabe der örtlichen Räte (1976 ff.).

#### 4.2. Schutz von Staat und Gesellschaft

##### 4.2.1. Sicherheit und Verteidigung

Vervollkommnung der Landesverteidigung in Verbindung mit der Stärkung des Warschauer Vertrages. Ausbau des Systems der Zivilverteidigung. Erhöhung und Förderung der Verteidigungsbereitschaft der Jugend.

Festigung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse, Verbesserung der Ausrüstung und Bewaffnung, Einführung eines neuen Ausbildungsprogramms (1971 ff.).

Verbesserung der Nachwuchsgewinnung für militärische Berufe, Bildung und Förderung von Bewerberkollektiven der FDJ für militärische Berufe (1973 ff.).

Verstärkung der sozialistischen Wehrerziehung durch FDJ, GST, DTSB, Kommissionen und Arbeitsgruppen für sozialistische Wehrerziehung in den Großbetrieben und in den Schulen; wehrpolitische und wehrsportliche Massenaktionen (Wehrspartakiaden). Einführung des Faches "Wehrunterricht" und des Lehrgangs Zivilverteidigung, der Lagererziehung der Jungen; Tage der Wehrbereitschaft an den polytechnischen Oberschulen (1978 ff.).



Entwicklung und Organisation der Zivilverteidigung zum wirksamen Schutz der Bevölkerung und wichtiger Objekte in Betrieben und Einrichtungen (1976 ff.).

Gesetz über die Landesverteidigung der DDR (13. Okt. 1978).

Bildung von Beiräten für Militärpolitik bei sozialistischen Presseorganen (1980 f.).

#### 4.2.2. Kontrolle

Aktivierung der Bezirksorgane für Volkskontrolle des FDGB (1971).

Weiterer Ausbau der Volkskontrolle als eine der grundlegenden Formen der demokratischen Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Gesellschaft (1974 ff.).

1974: 190 000 ehrenamtliche Mitarbeiter der ABI, 90 000 Arbeiterkontrolleure der Gewerkschaft.

#### 4.2.3. Justiz

Stärkung der sozialistischen Gesetzlichkeit und Rechtsordnung durch Änderung bzw. Vervollkommnung v. a. des Straf-, Zivil- und Arbeitsrechts und weitere Demokratisierung des Rechtssprechungssystems:

Neufassung des Strafgesetzbuches der DDR von 1968 (1974, Änderungen 1977, 1979).

Regelung des sozialistischen Zivilrechts in der DDR (1975 ff.).

Inkrafttreten des Arbeitsgesetzbuches der DDR von 1977 (1978).

Vervollkommnung der inneren Rechtsordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten (1979).

Erhöhung der Wirksamkeit der Staatlichen Notariate bei der Durchsetzung der Rechte und Interessen der Bürger und Betriebe sowie bei der Entwicklung des sozialistischen Rechtsbewußtseins (Notariatsgesetz vom 5. Febr. 1976). Erhöhung der Wirksamkeit der Staatsanwaltschaften bei der Sicherung der sozialistischen Gesetzlichkeit (Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR vom 7. Apr. 1977).

Verstärkte Maßnahmen zur Wiedereingliederung straffällig gewordener und kriminell gefährdeter Bürger (1974 ff.). Amnestie aus Anlaß des 30. Jahrestages der DDR (1979).

Bildung von Kreisgerichten für mehrere Kreise (1979 f.).

#### 4.3. Industrie und Bauwesen

##### Industrie

Verbesserung der Leitung, Planung und Organisation der Volkswirtschaft zur Verwirklichung des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft (14. Tagung des ZK der SED, 1970; 1971 ff.).

Langfristige Lösung der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes 1971 - 1975 gemäß den Beschlüssen des VIII. Parteitages der SED (1971 ff.).

Intensivierung der betrieblichen Planung und Leitung (Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen 1975).

Maßnahmen zur vollen Ausnutzung der Arbeitszeit und zur Senkung der Ausfallzeiten in den Betrieben und Kombinat. Erhöhung der Schichtauslastung hochproduktiver Anlagen (1976 ff.).

Verbesserung der Erzeugnisgruppenarbeit durch Kooperation zwischen Betrieben und Kombinat der zentral- und bezirksgeleiteten Industrie (1976 ff.).

Regelung der Standortverteilung von Investitionen (1979 ff.).

Umgestaltung und Rationalisierung in den neugebildeten VVB. Umwandlung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, privater Bau- und Industriebetriebe und industriell produzierender PGH in volkseigene Betriebe (1972). Bildung neuer Organisationsformen in der Volkswirtschaft, vor allem von Kombinat und Erhöhung ihrer Verantwortung entsprechend den gewachsenen Anforderungen (1973 ff.). Weitere Profilierung der Kombinate als die bestimmenden wirtschaftsleitenden Organe (1979 ff.).



Verstärkung der Wettbewerbsinitiativen und des Erfahrungsaustausches durch:

die Verpflichtungsbewegung "Planmäßig produzieren - klug rationalisieren - uns allen zum Nutzen!" (1971 ff.). Betriebskonferenzen zum Wettbewerbsprogramm "Aus jeder Mark, aus jeder Stunde Arbeitszeit, jedem Gramm Material einen größeren Nutzeffekt!" (1973 ff.).

Bewegung in der volkseigenen Industrie, einen Tag im Monat oder im Quartal mit eingespartem Material zu arbeiten (1975 ff.).

Einführung von Initiativschichten durch Arbeiter und Angehörige der technischen Intelligenz zur Intensivierung der Arbeitsvorbereitung und -organisation (1974). Einführung einer wissenschaftlichen Arbeitsorganisation und Veränderung der Arbeitsnormen (1974).

Durchführung von "Schmelzen der Freundschaft" in den Stahl- und Walzwerken Brandenburg, Hennigsdorf, Riesa sowie in den Eisenhüttenwerken Thale.

Anwendung sowjetischer Arbeitserfahrungen. Austausch von Brigaden, Forschungs- und Entwicklungskollektiven einschließlich des direkten Austausches von Arbeitern auf befristete Zeit (1971 ff.).

Erhöhung der Rolle von Wissenschaft und Technik in der Produktion:

Förderung der Tätigkeit der Neuerer und Rationalisatoren in der Neuererbewegung (1971 ff.).

Realisierung der naturwissenschaftlich-mathematischen Grundlagenforschung ausgewählter technischer Richtungen in der Volkswirtschaft (1973 ff.).

Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Effektivität, der Qualität der Erzeugnisse und Materialeinsparung durch Verwirklichung der Pläne Wissenschaft und Technik. Entwicklung neuer Verfahren und Technologien der Plastchemie, der Chemiefaserherstellung, der Erdölverarbeitung, der Fotochemie, der Mikrobiologie, der Elektrotechnik/Elektronik, Nachrichtentechnik, der optisch-mechanischen Ausrüstungen, der Bauelementeindustrie, der elektronischen Röntgentechnik (1975 ff.).

Erarbeitung neuer Rationalisierungsmittel (1976 ff.).

Auswirkung der Verhältnisse auf dem kapitalistischen Weltmarkt und der imperialistischen Boykottpolitik auf die Produktion der Kombinate und Betriebe:

Entwicklung neuer Maßstäbe für die Exportproduktion in das NSW-Gebiet (1980 ff.). Erhöhung der Produktion von Erzeugnissen mit dem höchsten Gütezeichen und Oberbietung des Volumens von Neu- und Weiterentwicklung (1980 ff.).

Verstärkter Einsatz der Mikroelektronik und der Robotertechnik in bereits vorhandenen Produktionsanlagen. Entwicklung der Braunkohlechemie, vor allem der Kohleverflüssigung, Synthesegaserzeugung und der Kohleentgasung (1980 ff.).

#### Bauwesen

Erhöhung des Tempos des Wohnungsbaus (VIII. Parteitag, 1971 ff.) und Beschluß des Wohnungsbauprogramms bis 1990 (1973 ff.).

Verbesserung der Qualität im Wohnungsbau.

Förderung des Baus von Eigenheimen zur Verbesserung der Wohnbedingungen insbesondere der Arbeiterklasse und kinderreichen Familien (1971 ff.).

Unterstützung der örtlichen Initiativen zur Verbesserung der Wohnbedingungen sowie des genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbaus.

Neubau und Modernisierung von Wohnungen und den dazugehörigen Kindereinrichtungen, Schulen, Turnhallen, Polikliniken, Ambulatorien, Apotheken und anderen Versorgungseinrichtungen, Feierabendheimen und Kulturräumen (1976 ff.).

Entwicklung und Oberleitung des neuen Erzeugnisses der Wohnbauserie 70, des Typs IW 83, in die Produktion (1980 ff.).



## Städtebau

Bildung des Forschungsverbandes Städtebau zur Durchführung des Großforschungsvorhabens "Sozialistische Umgestaltung der Städte und Siedlungszentren".

Maßnahmen zur künstlerischen Ausgestaltung von Bauwerken und Ensembles (1971 ff.).

Planmäßige langfristige Restaurierung und Rekonstruktion von Altbaugebieten (1972 ff.).

Ausgestaltung der Bezirkestädte als politische, ökonomische und kulturelle Zentren (1980 ff.).

Standortplanung und Verbesserung der städtebaulich-architektonischen und funktionellen Gestaltung der territorialen Bauplanung (1980 ff.).

Konzentration der territorialen Bauprogramme auf leistungsfähige Industriebauten (1976 ff.).

## Bauwirtschaft

Bildung neuer volkseigener Baubetriebe durch Vergesellschaftung der Privatbetriebe, BSB und PGH (1972).

Verstärkung der Produktion von Rationalisierungsmitteln (1976 ff.).

Wissenschaftlich-technische Forschungen im Bauwesen und in der Industrie zur höheren Veredelung einheimischer Roh- und Werkstoffe (1979 ff.).

Sicherung der Kontinuität des Bauprozesses auf allen Baustellen sowie in den Objektaktstraßen des Wohnungsbaus; weitere Stabilisierung der Takt- und Fließfertigung im Neubau, der Modernisierung und Instandsetzung als wesentliche Faktoren der Ökonomie des Bauens (1980 ff.).

Tagungen der Ständigen Kommissionen des RGW, u. a. über einheitliche Typen der bautechnischen Projektierung (1971 ff.).

Anwendung sowjetischer Arbeitserfahrungen, z. B. die Schtschokino- und Slobin-Methode (1973 ff.).

## 4.4. Handwerk und Dienstleistungen

Aktivierung der Handwerks- und Dienstleistungseinrichtungen zur besseren Versorgung der Bevölkerung. Förderung des Handwerks, v. a. der Dienstleistungs- und Reparaturbetriebe, PGH und Einzelhandwerker, Geschäftsinhaber, Gastwirte und Kleingewerbetreibenden (1971 ff.).

Aktivierung der Gewerbepolitik der staatlichen Organe in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Kräften, u. a. bei der Erteilung von Gewerbebewilligungen, Ausbildung von Lehrlingen und Meistern des Handwerks (1977 ff.).

Qualifizierung der Dienstleistungen; Kooperation der VEB mit den PGH und mit dem Handwerk (1980 ff.).

## 4.5. Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft

### Leitungs- und Organisationsformen der Landwirtschaft

Bildung kooperativer Einrichtungen der LPG, VEG und GPG sowie sozialistischer Betriebe der Nahrungsgüterwirtschaft und des Handels (XI. Bauernkongreß; Musterstatuten (1972). Verstärkung der Zusammenarbeit der Betriebe und Einrichtungen der Landwirtschaft durch Bildung der Kooperationsräte der KAP für die Leitung der Zusammenarbeit mit den Kreisbetrieben für Landtechnik, den Agrochemischen Zentren und anderen Landwirtschaftsbetrieben sowie mit der volkseigenen Nahrungsgüterwirtschaft (1974 ff.). Verstärkung des Einflusses der Partei der Arbeiterklasse in der Landwirtschaft durch Bildung von Grundorganisationen in den KAP und anderen Produktionsbetrieben (1974 ff.).

Weiterentwicklung der Kooperationsräte als gewählter ehrenamtlicher Organe (1980 ff.).



Ausbau der Zusammenarbeit der LPG und VEG Pflanzenproduktion mit den ACZ, Trockenwerken und Meliorationsgenossenschaften als ko-operative Einrichtungen der LPG. Bildung je einer Agrar-industriellen Vereinigung (AIV) als komplexen Großbetrieb in jedem Bezirk (1976 ff.). Fortsetzung der Arbeitsteilung und Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion durch Bildung der LPG Tierproduktion und LPG Pflanzenproduktion (1976 ff.).

Stärkere betriebswirtschaftliche Durchdringung des Produktions- und Reproduktionsprozesses unter Sicherung des vorwiegend genossenschaftlichen Charakters der Produktion (1976 ff.).

Verbesserung der Leitungstätigkeit der örtlichen Staatsorgane durch Integration der RLN gemäß dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe (1974 f.). Erhöhte Verantwortung der Räte der Bezirke für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Dörfer (1980 ff.).

#### Produktionssteigerung der Landwirtschaft

Wettbewerbsbewegung der Genossenschaftsbauern und Landarbeiter in den LPG und VEG zur Intensivierung der Produktion (1971 ff.).

Wettbewerb der Pflanzenbaubetriebe um den Titel "Betrieb mit hoher Ackerkultur" und um die Verleihung des "Grünen Q" (1980 ff.).

Erhöhung der Akkumulation und Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden (1972).

Verstärkung der Investitionen für die Entwicklung industriemäßiger Anlagen für die Tierproduktion, hochproduktiver Maschinensysteme für die Feldwirtschaft, den Meliorationsbau und das landwirtschaftliche Bauwesen (1972 ff.).

Rationalisierung und Rekonstruktion in der Landwirtschaft durch zwischenbetriebliche Bauorganisationen (ZBO) (1980 ff.).

Vertiefung der Kooperation zwischen UdSSR und DDR auf dem Gebiet der Agrarforschung (1974 ff.).

Verbesserung der Futterwirtschaft (Weideordnungen), (1976 ff.). Verstärkung der Zusammenarbeit der spezialisierten LPG (T) und (P), v. a. zur Verbesserung der Futterökonomie. Verbesserung der Aufzuchtergebnisse in der Tierproduktion (1980 ff.).

Erarbeitung langfristiger Programme zur planmäßigen Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, wissenschaftlich begründeter Fruchtfolgen, schlagbezogener Humusbilanzen und von Meliorationsmaßnahmen in den LPG (11. Tagung des ZK der SED, 1980).

Realisierung der Rayonierungsprogramme der Bezirke für den Anbau neuer leistungsstarker Getreidesorten. Erhöhung der Zuckerrübenproduktion (1980 ff.).

#### Forstwirtschaft

Organisation der Forstwirtschaft: Auflösung der VVB Forstwirtschaft und der VVB Binnenfischerei und Übernahme der Leitungsaufgaben durch die örtlichen Räte (1975 ff.).

Intensivierung der Forstwirtschaft durch Steigerung der Rohholzerzeugung und Verbesserung der Waldpflege (1976 ff.).

Maßnahmen zur Aufbereitung des Schneebruchs (1980 ff.).

Intensivierung und Rationalisierung in der Forstwirtschaft durch Ganzbaumverwertung. Mechanisierung der wichtigsten forstlichen Arbeiten und Anreicherung der lebenden Holzvorräte.

Erzeugung von Holzwerkstoffen für die Möbelindustrie durch die holzverarbeitenden Betriebe (1981 ff.).

#### Nahrungsgüterwirtschaft

Sicherung der wachsenden Versorgungsaufgaben durch die staatlichen Leitungen, u. a. des Delikatprogramms. Steigerung der Fischproduktion bei Süßwasserfischen durch Neuanlage von Karpfenteichen und Rinnanlagen für die Forellenzucht. Nutzung von Talsperren und Parkteichen; Werterhaltung vorhandener Gewässer (1980 ff.).



Ausbau der mikrobiologischen Industrie mit den Haupterzeugnissen Futtermittel, Antibiotika und Enzymen (1981 ff.).

Intensivere Nutzung der Rest-, Splitter- und Kleinflächen durch Förderung der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (1976 ff.).

#### 4.6. Umweltschutz und Wasserwirtschaft

Zunehmende Anerkennung und gesellschaftliche Würdigung der Rolle des Umweltschutzes durch entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit, die Einführung neuer Rechtsvorschriften in den materiellen und nichtmateriellen Bereichen und Einbeziehung breiter gesellschaftlicher Kräfte in deren Durchsetzung.

Bildung des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft als Organ des Ministerrates anstelle des Amtes für Wasserwirtschaft (1972; Statut von 1975). Erweiterung der kontrollierenden und koordinierenden Aufgaben der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft (1972 ff.).

Neuorganisation des staatlichen Leitungssystems in der Wasserwirtschaft bei den nachgeordneten Organen und Einrichtungen des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft und den örtlichen Staatsorganen und Regelung ihres sachlichen und territorialen Verantwortungsbereichs (1975).

Erweiterung der rechtlichen Grundlagen zur Durchsetzung eines kontinuierlichen Umweltschutzes und zur Sicherung des Wasserbedarfs, vor allem durch das Landeskulturgesetz (1972 ff.).

Festlegung von Schutzgebieten für die Wasserentnahme aus dem Grund- und Oberflächenwasser zur Trinkwasserversorgung (1974).

Forschungsk Kooperation auf dem Gebiet der hydrologischen Forschung und Erkundung, Stärkung der materiell-technischen Basis zur Verbesserung von Umweltschutz und Wasserwirtschaft (1973 ff.).

Bilanzierung und Realisierung der Aufgaben des Umweltschutzes, vor allem der Reinhaltung der Luft, der Gewässer und des Bodens (1976 ff.).

Maßnahmen der örtlichen Organe, Kombinate und Betriebe zur Reinhaltung der Luft und Gewässer, zum Schutz des Bodens, zur Lärm-minderung, Beseitigung und Nutzung von Siedlungsmüll und industriellen Abprodukten.

Sicherung der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung im Rahmen des komplexen Wohnungsbauprogramms (1978 ff.).

Erhöhung der Leistungen der Forstwirtschaft für die Landeskultur (1981 ff.).

#### Landschaftspflege und Landschaftsschutz

Realisierung der Landschaftspflegepläne der Bezirke und Kreise, vor allem Erhaltung von Naturschutz- und Naherholungsgebieten (1971 ff.).

Durchführung der Woche der sozialistischen Landeskultur in Zusammenarbeit der staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen (1972).

Durchführung von Landschaftstagen zum Schutz der Landschaft bzw. besonderer Gebiete durch die örtlichen Organe, den Kulturbund, die Nationale Front und den FDGB. Durchführung von Kulturtagen zum Schutz von Natur und Umwelt (1976 ff.).

#### 4.7. Binnen- und Außenhandel

Weitere Verbesserung des Binnenhandels zur Verwirklichung der Hauptaufgabe und unter veränderten Außenwirtschaftsbeziehungen:

Modernisierung des Handelsnetzes unter Einbeziehung der Neubaugebiete; verstärkte Einführung der Selbstbedienung (1971 ff.).

Ausbau des Kommissionshandels zur besseren Versorgung der Bevölkerung (1976 ff.).



Schaffung von Bedarfskomplexen im volkseigenen Einzelhandel, vor allem von Einkaufsstraßen und Einkaufszentren (1977 ff.).

Durchsetzung der politischen Verantwortung für die Versorgung bei allen Leitern von Industriebetrieben, Genossenschaften, des Großhandels und der Verkaufsstellen (1980 ff.).

Ausbau der Leistungsfähigkeit der bestehenden materiell-technischen Basis des Handels durch Rationalisierung und Rekonstruktion, mehrschichtige Auslastung vor allem im Handelstransport (1981 ff.).

Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen bei gleichzeitig verschärften Bedingungen auf dem Weltmarkt durch Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit und der Marktforschung:

Erweiterung der Außenhandelsbeziehungen zwischen der DDR, UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten auf Grund abgestimmter Export- und Importprogramme (1971 ff.).

Ausweitung der ökonomischen Beziehungen der DDR zur BRD (Swingregelung 1974, Vereinbarung über den Autobahnbau Wittstock/Zerrenthin). Beginn der Drittlandkooperation mit der BRD (Krupp 1975).

Erweiterung der ökonomischen Beziehungen zwischen DDR und den nichtsozialistischen Staaten durch Außenhandelsverbindungen (1975 ff.).

Komplizierung der außenwirtschaftlichen Bedingungen im Bereich der Energie- und Rohstoffversorgung (Preisexplosion).

Steigerung der Effektivität der volkswirtschaftlichen Ergebnisse im Außenhandel, vor allem durch Konkurrenzfähigkeit der Exportbetriebe und -produktion (1976 ff.).

Zusammenarbeit der Räte der Bezirke und der Außenhandelsbetriebe bei der Realisierung des Exportprogramms der bezirksgeleiteten Industrie (1980 ff.).

#### 4.8. Verkehr, Post und Fernmeldewesen

Technisierung und Rationalisierung des Verkehrswesens zur Bewältigung der steigenden Anforderungen des Personen- und Gütertransports, vor allem auf dem Landwege (1976 ff.).

Schaffung neuer Formen der Transportkoordinierung und branchenorientierter Werkfahrgemeinschaften. Verlagerung von Massentransporten auf weite Entfernungen von der Straße auf den Schienenweg (1980 ff.).

Leistungssteigerung im Berufs- und Nahverkehr, vorrangige Entwicklung schienengebundener Verkehrsmittel zur Erschließung neuer Wohngebiete (1981 ff.).

Verbesserung der Infrastruktur durch Einsatz moderner Bautechnologien, u. a. durch Anwendung bitumeneinsparender Bauweisen bei Bauinvestitionen zur Verbesserung des Straßennetzes (1980 ff.).

Zunehmende Automatisierung und Rationalisierung des Post- und Fernmeldewesens. Schaffung eines dichteren Netzes von Telefon- und Telegrammverbindungen in der DDR und mit dem Ausland (1971 ff.).

Einführung des Selbstwählfernverkehrs (1976 ff.).

Ausbau und Erweiterung der Anschlußkapazitäten, vor allem in Neubaugebieten (1981 ff.).

Einsatz der Mikroelektronik und Übergang zur Produktion digitaler nachrichtentechnischer Geräte und Systeme. Rationalisierung der Brief- und Kleingutbearbeitung, des Zahlungs- und Sparverkehrs im Post- und Zeitungsvertriebswesen.

Entwicklung des Farbfernsehens.

Mitarbeit der Deutschen Post in internationalen Arbeitsgremien, u. a. im Bereich des internationalen Fernsehaustausches, des Funk- und Fernmeldewesens (1971 ff.).



#### 4.9. Finanzen und Preise

Gezielte Investitionspolitik zur Beseitigung der Disproportionen im Produktionswachstum der Industrie (1971 ff.).

Neue Qualität des Kreditwesens zur Förderung und Kontrolle der materiellen Produktion und zur Verwirklichung des Komplexprogramms im Rahmen der sozialistischen ökonomischen Integration (1971 ff.).

Entwicklung eines Systems von Maßnahmen zur Bewältigung der sich aus der Preisexplosion auf dem Weltmarkt ergebenden Probleme, u. a. durch wesentliche Steigerung der staatlichen Subventionen (1973 ff.). Erhöhung der gesellschaftlichen Fonds zur Stützung der Grundnahrungsmittelpreise, der Mieten und der Dienstleistungen zur Wahrung der Preisstabilität als Prinzip der sozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik (1973 ff.).

#### 4.10. Bildung und Erziehung

##### Allgemeinbildende polytechnische Oberschule

Weitere Ausgestaltung und Festigung der POS; inhaltliche Präzisierung der Unterrichtsmethoden und Lehrinhalte auf der Grundlage des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem und nachfolgender Maßnahmepläne; sozialistische Erziehung der Kinder und Jugendlichen:

Aufgaben des Jugendverbandes und seiner Pionierorganisation, u. a. in der Schulbildung (5. Tagung des Zentralrates der FDJ, 1971).

Erarbeitung neuer Lehrpläne für die Ausbildung der Lehrer in den unteren Klassen zwecks Anhebung des Unterrichtsniveaus (1972).

Verstärkung des polytechnischen Charakters der allgemeinbildenden Schule und Erziehung zur sozialistischen Arbeitsmoral (1976 ff.).

Zusammenarbeit der Volksbildungsminister der sozialistischen Staaten (Konferenzen). Entwicklung der gemeinsamen Arbeit beim Aufbau des sozialistischen Bildungswesens und zur weiteren Verbesserung der allgemeinen Schulbildung (1975 ff.).

Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lehrer im Rahmen des sozialpolitischen Programms (1976 ff.).

Vervollkommen des Netzes der Volksbildungseinrichtungen entsprechend den territorialen und bildungspolitischen Erfordernissen.

Ausbau der Sonderschuleinrichtungen für Kinder mit physischen und psychischen Schäden (1976 ff.).

##### Berufsbildung/Erwachsenenqualifizierung

Kooperation der Betriebe und Einrichtungen der Berufsbildung zur effektiven Ausnutzung der Kapazitäten (1976 ff.).

##### Hochschulen und Universitäten

Vertiefung der Kooperation zwischen Lehre, Forschung und Produktion. Verstärkter Beitrag der Hochschulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung zur Lösung der Hauptaufgabe (1972 ff.).

Inkraftsetzung neuer Studienprogramme mit höheren Bildungszielen an den Hochschulen und Universitäten (1975).

Erhöhung des theoretischen Niveaus der Lehre und ihrer Verbindung mit der Praxis; Sicherung der Einheit von Wissenschaft und sozialistischer Ideologie (IX. Parteitag 1976 und ff.).

#### 4.11. Kultur

Neue Etappe der sozialistischen Kulturrevolution zur Herausbildung allseitig entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten. Weitere Ausprägung der sozialistischen Nationalkultur der DDR. Auseinandersetzung mit sozialismusfremden Kulturauffassungen. Langfristige Konzeption für die Entwicklung der Kultur aller Lebensbereiche. Aufschwung der Künste unter großer Resonanz in der Öffentlichkeit:



Aufbau und Ausbau neuer Kulturstätten und Freizeitzentren (1971 ff.).

Erhöhung der massenpolitischen Wirksamkeit des Lichtspielwesens durch vielfältiges Filmangebot und Modernisierung der Filmtheatertechnik.

Erhöhung der Rolle der Massenmedien Rundfunk und Fernsehen. Verbesserung der Programmgestaltung des Fernsehens der DDR. Verstärkung des Programmaustausches mit den sozialistischen Ländern.

Organisierung zentraler und Bezirkskunstausstellungen durch die Künstlerverbände.

Erhöhung der Massenwirksamkeit der bildenden Künste durch Gründung und Förderung der Kleinen Galerien des Kulturbundes und anderen Organisationen in den Städten und Gemeinden (1971 ff.).

Förderung der jungen Künstler der DDR durch zweijährliche zentrale Kunstausstellungen in Frankfurt (Oder), (1974 ff.).

Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der künstlerischen Intelligenz (1975 ff.).

Maßnahmen zur Beseitigung des kulturellen Niveauunterschieds zwischen Stadt und Land (1976 ff.). Beitrag profilbestimmender Theater und Ensembles zur Hebung der sozialistischen Volkskultur (Volks theatertage und -wochen), (1976 ff.).

Kulturaustausch zwischen den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft auf regionaler Basis (1975 ff.). Austausch von Kulturensembles und Solisten im internationalen Maßstab.

Begründung und Förderung jährlicher Festspiele mit eigenem Profil in den Bezirksstädten (1976 ff.).

Stärkung der Rolle des Kulturbundes als gesellschaftliche Organisation der kulturell Schaffenden und Interessierten auf der Basis der neuen Grundaufgaben (Bundeskongreß 1977).

Treffen Erich Honeckers mit den Präsidenten des Kulturbundes, der Akademie der Künste und der Künstlerverbände zur Erhöhung ihrer gesellschaftlichen Wirksamkeit und Sicherung der dazu notwendigen Voraussetzungen (1979).

Kulturgutschutzgesetz (1980).

Vielfältige Pflege des kulturellen Erbes:

Entwicklung der städtebaulichen und sonstigen Denkmalpflege unter Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte (1971 ff.).

Ausbau und Gestaltung des Museumswesens als Stätten der Volksbildung und der Pflege des Kulturerbes. Stärkung der Rolle der Heimatmuseen (1971 ff.).

Verstärkte Besinnung auf bedeutende Kulturleistungen anlässlich von Jubiläen (Cranach 1972, Dürer 1976 u. a.). Konstituierung des Martin-Luther-Komitees der DDR (1980).

Verstärkung der kulturellen Massenarbeit, vor allem der kulturellen Selbstbetätigung der Werktätigen.

Leitung und Förderung der kulturellen Massenarbeit in den Gemeinden, Wohngebieten, Betrieben und Einrichtungen durch die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen (1971 ff.).

Organisierung von Festen des Künstlerischen Volksschaffens, u. a. der Arbeiterfestspiele.

Vergebe gesellschaftlicher Aufträge an das bildnerische Volkskunstschaffen (1971 ff.).

Durchführung ökonomisch-kultureller Leistungsvergleiche, Betriebs-, Dorf- und Kooperationsfestspiele (1975 ff.).

Förderung der vielseitigen Wirksamkeit der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliotheken; regelmäßige Durchführung der Woche des Buches und von Literaturkonferenzen zur Gewinnung neuer Leser und Verbesserung der Literaturpropaganda (1972 ff.).

Verbesserung der Literaturpropaganda der Gewerkschaften und Erhöhung der Wirksamkeit der Gewerkschaftsbibliotheken (1973 ff.).

Entwicklung der Ortschronistenbewegung und Betriebsgeschichtsschreibung, der Interessengemeinschaften an Heimatkunde und Heimatgeschichte (1975 ff.).



Förderung der Jugendmusik, der Diskotheken, Tanzmusik und Singebewegung (1976 ff.).

#### 4.12. Jugendpolitik, Körperkultur und Sport

Erhöhung der Anteile der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft:

Ausbau der rechtlichen Grundlagen (Jugendgesetz 1974).

Übertragung volkswirtschaftlicher Aufgaben als Jugendobjekte, z. B. Melioration; verstärkte Bildung von Jugendbrigaden Technik und in der Tierproduktion (1974 ff.).

Schaffung der Voraussetzungen für eine niveauvolle Freizeitgestaltung der Jugend:

Förderung von Jugendveranstaltungen, Bildung von Jugendklubs an kulturellen Einrichtungen (1974 ff.).

Einrichtung des Jugendreisebüros der DDR "Jugendtourist" (1975).

Literaturwettbewerb der Jugend zum Thema "Seid Euch bewußt der Macht", Durchführung von Jugendwerkstattwochen (1979 ff.).

Ausbau der internationalen Sportbeziehungen:

Erstmalige erfolgreiche Teilnahme einer DDR-Mannschaft an den Olympischen Spielen (1972 ff.).

Austausch von Sportfunktionären auf internationaler Ebene (1973 ff.).

Kampf gegen den Olympiaboykott von NATO-Ländern (1980).

Weiterentwicklung des Massensports; Förderung der Spartakiadebewegung (1972 ff.). Förderung des Sports der Landjugend (1973 ff.).

#### 4.13. Sozialpolitik und Gesundheitswesen

Durchgreifende Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen als Teil der Hauptaufgabe:

Ausbau von Ferienheimen und Nutzung der Kapazität von Internats und anderen Einrichtungen (1971 ff.).

Inkrafttreten des Arbeitsgesetzbuches der DDR. Fixierung der gewerkschaftlichen Rechte und Pflichten bei der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen (1977 ff.).

Verbesserung der Aktivitäten der Einrichtungen der Arbeitshygiene und der hygienischen Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen (1981 ff.).

Umfassende sozialpolitische Maßnahmen:

Beginn der Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem (Wohnungsbauprogramm, 1973 ff.).

Erhöhung der Renten und anderer Sozialleistungen; 40-Stunden-Woche für werktätige Mütter mit 3 und mehr Kindern; Erhöhung des Schwangerschaftsurlaubs und der Geburtenbeihilfe; Erhöhung des Mindesturlaubs; Ehekredite; Mietpreissenkungen (Gemeinsamer Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates 1972).

Einführung der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung (1972).

Erhöhung der Mindestlöhne, unteren Einkommen und der Löhne für Werktätige mit schweren Arbeitsbedingungen. Einführung neuer Grundlöhne für Produktionsarbeiter (1976).

Erhöhung der Alters- und Invalidenrenten (1976), der Mindestbeiträge bei Alters- und Invalidenrenten (1979).

Erhöhung des Jahresurlaubs für alle Werktätigen (1979).

Ausbau des Gesundheitswesens:

Erhöhung des Anteils der Arbeiter an Heil- und prophylaktischen Kuren (1972 ff.).

Neubau von Krankenhäusern, Bettenhäusern und Werterhaltung bestehender medizinischer Einrichtungen (1975 ff.). Erweiterung der ambulant-medizinischen und zahnärztlichen Arbeitsplätze in Neubaugebieten (1980 ff.). Ausdehnung der Schnellen Medizinischen Hilfe. Verbesserung der ambulant-medizinischen Betreuung, vor allem in den Fachgebieten Allgemeinmedizin, Zahnheilkunde, Neurologie/Psychiatrie.



Realisierung komplexer langfristiger Programme zur Bekämpfung der häufigsten Krankheiten (Herz, Krebs, Stoffwechsel, Atemwege, Rheuma, Infektionen), (1981 ff.).

Herstellung neuer wirksamer Arzneimittel, vor allem zur Behandlung von Herz-, Kreislauf-, Zucker- und rheumatischen Erkrankungen (1981 ff.).

#### 4.14. Außenpolitik und internationale Verbindungen

Kampf um die Sicherung des Friedens. Aktive Beteiligung der Vertreter der DDR auf der KSZE in Helsinki und den Nachfolgekongressen. Wirksamkeit der DDR in der UNO (1973 ff.).

Ausbau der diplomatischen Verbindungen und Vertretungen in den kapitalistischen Ländern und in den nichtpaktgebundenen sowie den jungen Nationalstaaten. Weltweite Anerkennung der DDR nach Abschluß des Vierseitigen Abkommens und des Grundlagenvertrages (1971 ff.). Unesco-Mitgliedschaft der DDR (1972). Aufnahme der DDR in die UNO, die WHO und andere Spezialorganisationen der UNO (1973 ff.). Vertiefung der Partnerschaftsbeziehungen zwischen Bezirken und Städten der DDR und anderer sozialistischer Staaten sowie mit nichtsozialistischen Partnerstädten (1976 ff.).

Vertiefung der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten und Ausbau der ökonomischen Integration:

Realisierung des Komplexprogramms zur Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration, vor allem hinsichtlich der Prognosen für die wichtigsten Bereiche der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie der Plankoordination (Fünfjahrplan 1971 ff.).

Langfristige Planabstimmung und Errichtung gemeinsamer Anlagen in der Rohstoff- und Brennstoffversorgung, Maschinenbau, Landwirtschaft, Konsumgüterproduktion (1976 ff.).

Realisierung des Programms der Spezialisierung und Kooperation der Produktion der DDR und der UdSSR sowie der langfristigen Zielprogramme der RGW-Länder (1981 ff.).

Einführung des Paß- und Visafreien Reiseverkehrs zwischen der DDR, der VR Polen und der ČSSR (1972).

Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR (1975).

Verstärkung der internationalistischen Solidarität, vor allem gegenüber Chile, Vietnam und den jungen Nationalstaaten:

Verstärkung der antiimperialistischen Solidarität und aktive Unterstützung für die nationalen Befreiungsbewegungen (1971 ff.).



|              |                                                                  |
|--------------|------------------------------------------------------------------|
| ABF          | Arbeiter- und Bauernfakultät                                     |
| ABI          | Arbeiter- und Bauern-Inspektion                                  |
| ACZ          | Agrochemisches Zentrum                                           |
| AIV          | Agrarindustrielle Vereinigung                                    |
| BGL          | Betriebsgewerkschaftsleitung                                     |
| BHG          | Bäuerliche Handelsgenossenschaft                                 |
| BKV          | Betriebskollektivvertrag                                         |
| BMSR-Technik | Betriebsmeß-, Steuerungs- und Regelungstechnik                   |
| BSB          | Betrieb(e) mit staatlicher Beteiligung                           |
| CDU          | Christlich-Demokratische Union                                   |
| DBD          | Demokratische Bauernpartei Deutschlands                          |
| DEFA         | Deutsche Film Aktiengesellschaft                                 |
| DSF          | Deutsch-Sowjetische Freundschaft                                 |
| DTSB         | Deutscher Turn- und Sportbund                                    |
| DNK          | Deutsche Wirtschaftskommission                                   |
| EVG          | Europäische Verteidigungsgemeinschaft                            |
| FDGB         | Freier Deutscher Gewerkschaftsbund                               |
| FDJ          | Freie Deutsche Jugend                                            |
| FZR          | Freiwillige Zusatzrentenversicherung                             |
| GPG          | Gärtnerische Produktionsgenossenschaft                           |
| GST          | Gesellschaft für Sport und Technik                               |
| HO           | Handelsorganisation                                              |
| IDFF         | Internationale Demokratische Frauenföderation                    |
| IG           | Industriegewerkschaft                                            |
| IOC          | International Olympic Committee                                  |
| KAP          | Kooperative Abteilung Pflanzenproduktion                         |
| KIM          | Kombinat Industrielle Mast                                       |
| KKW          | Kernkraftwerk                                                    |
| KPD          | Kommunistische Partei Deutschlands                               |
| KSZE         | Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa            |
| KWU          | Kommunales Wirtschaftsunternehmen                                |
| LDPD         | Liberal-Demokratische Partei Deutschlands                        |
| LPG          | Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft                    |
| LPG (P)      | Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Pflanzenproduktion |
| LGP (T)      | Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Tierproduktion     |

|            |                                                                                           |
|------------|-------------------------------------------------------------------------------------------|
| MAS        | Maschinen-Ausleihstation                                                                  |
| MTS        | Maschinen-Traktoren-Station                                                               |
| NDPD       | National-Demokratische Partei Deutschlands                                                |
| NOK        | Nationales Olympisches Komitee                                                            |
| NSW-Gebiet | Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet                                                    |
| NVA        | Nationale Volksarmee                                                                      |
| PGH        | Produktionsgenossenschaft des Handwerks                                                   |
| POS        | Polytechnische Oberschule                                                                 |
| RGW        | Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe                                                     |
| RLN        | Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft                        |
| RTS        | Reparatur-Technische Station                                                              |
| SAG        | Sowjetische Aktiengesellschaft                                                            |
| SDAG       | Sowjetisch Deutsche Aktiengesellschaft                                                    |
| SED        | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands                                                |
| SKK        | Sowjetische Kontrollkommission                                                            |
| SMAD       | Sowjetische Militäradministration in Deutschland                                          |
| SPD        | Sozialdemokratische Partei Deutschlands                                                   |
| SPK        | Staatliche Plankommission                                                                 |
| SV         | Sportvereinigung                                                                          |
| UN' (O)    | United Nations (Organisation)                                                             |
| UNESCO     | United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization                          |
| VdGB       | Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe                                                 |
| VEAB       | Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse              |
| VEB        | Volkseigener Betrieb                                                                      |
| VEG        | Volkseigenes Gut                                                                          |
| VVB        | Vereinigung bzw. Verwaltung volkseigener Betriebe                                         |
| VVEAB      | Vereinigung Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe landwirtschaftlicher Erzeugnisse |
| VVG        | Vereinigung Volkseigener Güter                                                            |
| VVMAS      | Vereinigung Volkseigener Maschinen-Ausleihstationen                                       |



|      |                                                                 |
|------|-----------------------------------------------------------------|
| VVN  | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes                      |
| WBDJ | Weltbund der Demokratischen Jugend                              |
| WGB  | Weltgewerkschaftsbund                                           |
| WHO  | World Health Organization                                       |
| ZA   | Zentralausschuß                                                 |
| ZBE  | Zwischenbetriebliche Einrichtung                                |
| ZBO  | Zwischenbetriebliche Bauorganisation                            |
| ZEI  | Zwischengenossenschaftliche Einrichtung der Wald-<br>wirtschaft |